

DIE ROTE HILFE

2.2013

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 4 EURO | 39. JAHRGANG | C 2778 F

Bad Kleinen

IN EIGENER SACHE

REPRESSION

SCHWERPUNKT

INTERNATIONALES

AZADI

DEBATTE



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.

Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg.

Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde!

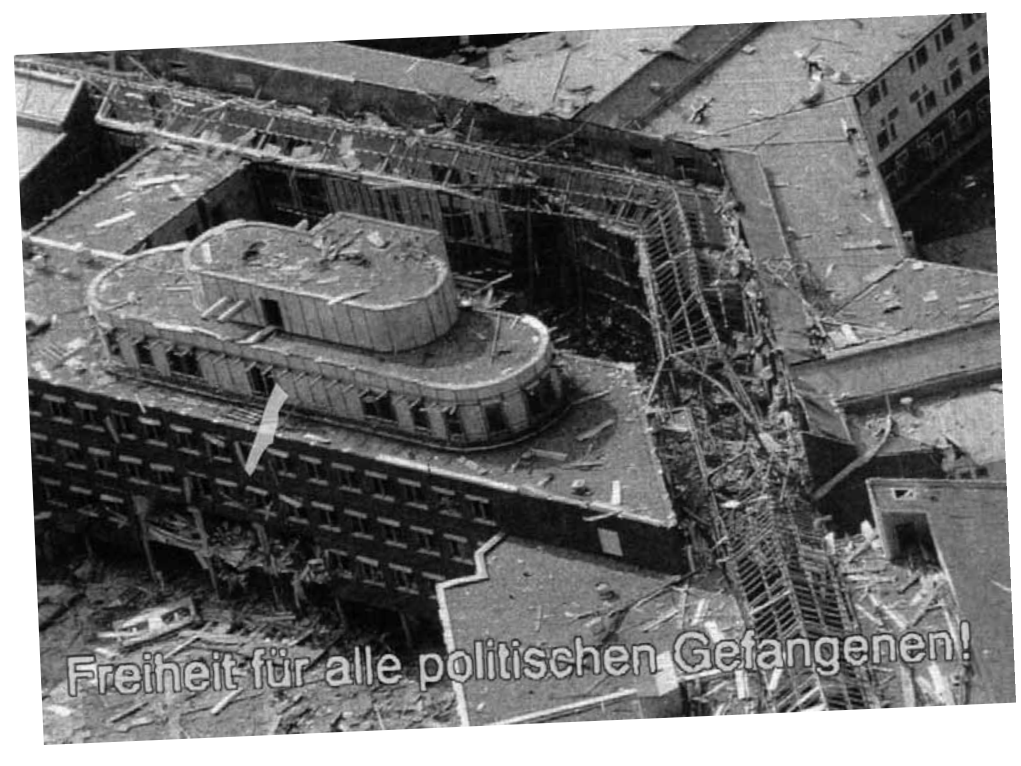
Überraschung! Mit diesem Heft bekommt Ihr von uns mal einen Schwerpunkt serviert, den wir nicht vorher angekündigt hatten. Mit viel Unterstützung aus dem Rhein-Main-Gebiet haben wir ihn in aller Stille vorbereitet, um Euch jetzt einen Blick 20 Jahre zurück zu ermöglichen. Unserer Ansicht nach haben die Ereignisse in Bad Kleinen, der Spitzeleinsatz und die Folgen der Orientierungslosigkeit großer Teile der bundesdeutschen Linken Auswirkungen bis heute. Das zeigt sich auch in einem teils sehr persönlich gehaltenen Beitrag in diesem Schwerpunkt. Manches ist lang, manches mag auf den ersten Blick vielleicht angestaubt wirken. Nehmt Euch die Zeit, lest die Erinnerungen und Analysen der Genossinnen und Genossen, es lohnt sich. Dass da noch viel mehr zu sagen wäre, ist uns in der Redaktion auch klar. Trotzdem finden wir, dass dieser Schwerpunkt richtig rund ist und viele auch heute noch oder wieder offene Fragen aufwirft, die es allemal wert sind, von uns und Euch diskutiert zu werden.

Für unser nächstes Heft – jetzt wieder mit Ankündigung – haben wir uns als Schwerpunktthema den Komplex „Tiefer Staat" auch in Zusammenhang mit dem NSU vorgenommen. Wir wollen gemeinsam mit vielen Autor_innen und Euch versuchen herauszuarbeiten, vor welchem strukturellen Hintergrund, mit welcher Unterstützung sich diese (und vielleicht noch andere?) Mordgruppe bilden und ausrüsten konnte. Wie konnte sie so lange vor der Öffentlichkeit verborgen operieren? Was war ihre Aufgabe im Geflecht von Geheimdiensten und rassistischer Politik? Was bedeuten die in den Medien oft zitierten sogenannten Pannen und Versäumnisse der Geheimdienste und der diversen Polizeistrukturen? Welche Strukturen, Verbindungen und Netzwerke gibt es in der Bundesrepublik, die völlig unberührt von Regierungswechseln oder neuen Landtagsmehrheiten wohl seit Jahrzehnten kontinuierlich ganz eigene Interessen verfolgen und sich ganz eigene, verborgene Organe halten, ob diese sich darüber nun im Klaren sind oder nicht – Gladio, NSU, mafiöse Gruppen vielleicht?

Fragen über Fragen. Eines jedenfalls lehrt uns das, was bisher über den NSU und sein teils staatliches Umfeld herausgekommen ist: Thesen und Analysen können gar nicht so unglaublich und abwegig sein, dass sie sich nicht doch irgendwann als völlig richtig erweisen können.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am 12. Juli. Wir würden uns sehr über Beiträge von Ortsgruppen, Einzelmitgliedern und anderen Antirepressionsgruppen freuen – zum oben skizzierten Schwerpunkt und zu allen anderen Themen, die Euch in der Antirepressionsarbeit beschäftigen. Damit auch das nächste Heft wieder eine lesenswerte Auswahl bieten kann.

Mit solidarischen Grüßen
das Redaktionskollektiv



Postkarte aus Darmstadt, 1993 (Foto: Luftaufnahme der gesprengten JVA-Weiterstadt)

Geld her!

Dafür brauchen wir eure Mitgliedsbeiträge …

Insgesamt wurden zuletzt 27.890,65 Euro für 57 Unterstützungsfälle ausgegeben.

■ Im Berichtszeitraum hat der Bundesvorstand über 63 gestellte Unterstützungsanträge entschieden. In vier Fällen wurden 100 Prozent der Kosten übernommen, in 50 Fällen beschloss der Bundesvorstand 50 Prozent (Regelsatz) der Kosten zu übernehmen. Allgemeine Zusagen wurden zweimal gegeben. In einem Fall musste auf 40 Prozent gekürzt werden. Fünf Anträge mussten zurückgestellt werden, da noch Nachfragen an die Antragsstellenden nötig wurden. Abgelehnt wurde diesmal ein Antrag.

Kein Kardinalfehler

★ Ein Genosse mischte sich unter die Teilnehmenden des „1000-Kreuze-Marsches" am 10. März letzten Jahres in Münster (Nordrhein-Westfalen). Dabei ergatterte er ein Porträt des deutschnationalen Kardinals von Galen, welches er vor den Augen der „Lebensschützer_innen" öffentlichkeitswirksam zerstörte. Die darauffolgende Anzeige wegen Sachbeschädigung endete mit einer Geldstrafe auf Bewährung. Von den entstandenen Gerichts- und Anwaltskosten in Höhe von 379,91 Euro übernimmt die Rote Hilfe e.V. die Hälfte.

Plüschig vermummt

★ Bei der „Raven gegen Wohnungsnot"-Demo im Oktober 2012 in Hamburg fuhr ein Genosse ein Lastenfahrrad mit Soundsystem. Weil er an diesem Tag als „DJ-Genderhase" unterwegs war und ein rosa Häschen-Kostüm trug, handelte er sich lächerlicherweise eine Anzeige wegen „Vermummung" ein. Das Verfahren wurde letztlich eingestellt, die Rote Hilfe e.V. trägt mit einer Unterstützung in Höhe von 229,67 Euro die Hälfte der entstandenen Anwaltskosten.

… denn die Häuser gehören uns

★ In Köln und Hamburg mussten sich jeweils zwei Genoss_innen wegen unterschiedlicher Besetzungsaktionen mit dem Vorwurf des Hausfriedensbruchs auseinandersetzen. Drei der Verfahren wurden eingestellt, eins endete mit einer Verurteilung. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt alle vier Genoss_innen nach Regelsatz, was dann insgesamt mit 1224,97 Euro zu Buche schlägt.

Engagierte Papst-Polizei

★ Bei den Aktivitäten rund um beziehungsweise gegen den Papst-Besuch 2011 in Berlin trafen eine Genossin und ihre Bezugsgruppe immer wieder auf den selben Polizeitrupp. Nach Ende der letzten Kundgebung des Tages machte ein Polizeiobermeister gezielt Jagd auf die Genossin und nahm sie in einem Hinterhof erst in die Mangel, dann fest. Danach hagelte es ein umfangreiches Potpourri an Anzeigen. Die Genossin wurde zu einer Geldstrafe und Arbeitsstunden verurteilt, von den Kosten in Höhe von insgesamt 1624,63 Euro trägt die Rote Hilfe e.V. die Hälfte.

Repression ohne Ende

★ Ein Genosse, der schon seit den 80er Jahren mit teilweise härtester Repression konfrontiert ist, sitzt zur Zeit unter abscheulichen Bedingungen in Haft und ist von einer Ausweisung in die Fänge jenes Staatsapparats bedroht, der ihn bereits im Knast und draußen foltern ließ und ihn um sein Augenlicht brachte. Eine Verfassungsbeschwerde ist eingereicht, die bis jetzt noch offenen Kosten in Höhe von 3225,91 Euro trägt die Rote Hilfe e.V. komplett.

Mit dabei am 1. Mai

★ Nach der Blockade eines Naziaufmarsches am 1. Mai letzten Jahres in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) gab es eine Spontandemo, die letztlich von der Polizei aufgelöst wurde. Dabei ging es nicht sehr zahm zu. Ein Genosse wurde festgenommen und sah sich mit dem Vorwurf des „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte" konfrontiert. Gegen den Strafbefehl legte der Genosse zunächst Widerspruch ein, zog diesen aber später zurück, um weitere zu erwartende Kosten zu vermeiden. Von dem, was er dennoch zu zahlen hat, übernimmt die Rote Hilfe e.V. die Hälfte, was dann 413,83 Euro sind.

Teurer Kratzer

★ Bei einer Anti-Atom-Demo soll eine Genossin ein Transparent von einer Autobahnbrücke gehängt und später bei einer Gleisbesetzung einem Polizisten einen Kratzer am Unterarm zugefügt haben. Dafür gab's dann einen Strafbefehl in Höhe von 597 Euro. Die Rote Hilfe e.V. unterstützt die Genossin nach Regelsatz und übernimmt die Hälfte des Betrages.

Es kracht im Wendland

★ Bei einer Aktion der Kampagne „Castor? Schottern!" wurde die antragstellende Genossin verhaftet. Die Polizei stellte gegen sie eine Anzeige wegen „Erwerb, Beförderung, Verkehr o. Umgang von u.

► **Bei eurer Ortsgruppe oder auf unserer Homepage erfahrt ihr, wie ihr selbst einen Unterstützungsantrag stellen könnt: www.rote-hilfe.de/infos_hilfe/unterstuetzungsantrag**

mit explosionsgefährlichen Stoffen". Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren gegen Einbehalt eines von ihr so betitelten „Polenböllers" und eine Zahlung von 200 Euro ein. Wir zahlen in diesem Fall eine Unterstützung von 100 Euro.

Transpi gegen Thilo

★ Zwei Genossinnen wollten ihren antirassistischen Protest gegen eine Veranstaltung von Thilo Sarrazin durch Zeigen eines Transpis zum Ausdruck bringen. Als sie dieses im Foyer eines Hotels entrollt hatten, versuchten Polizisten ihnen das Transpi zu entreißen. Es kam zu einem Handgemenge. Darauf folgten Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen den Antragsteller und seine Genossin. Der Genosse entschied sich dazu, die Geldstrafe von 600 Euro in „freie Arbeit" umwandeln zu lassen und sie abzuarbeiten. Bei der Roten Hilfe e. V. stellte er einen Antrag auf Unterstützung über die Höhe der Anwaltskosten von 602,50 Euro, von denen wir 301,25 Euro übernehmen.

Blockupy verboten?

★ Eine allgemeine Zusage auf Unterstützung gibt die Rote Hilfe e. V. einer Genossin, die sich im Rahmen der Blockupy-Proteste auf dem Frankfurter Museumsufer in einer angeblich verbotenen Versammlung aufgehalten hat. Das Verfahren wird voraussichtlich 640,66 Euro kosten, von denen die Rote Hilfe e. V. voraussichtlich 320,33 Euro übernehmen wird.

No Pasaran!

★ Die Staatsanwaltschaft Dresden (Sachsen) ermittelte gegen einen Antifaschisten, der an einer Blockade des Naziaufmarsches am 19. Februar 2011 teilgenommen haben soll. Ihm wurde „Störung von Versammlungen und Aufzügen" vorgeworfen. Das Gericht stellte das Verfahren aufgrund „geringer Schuld" ein, dem Genossen entstanden dennoch Anwaltskosten, von denen die Rote Hilfe e. V. 436,50 Euro übernahm.

Stress mit Faschos

★ Mehrere Faschisten provozierten in der Nähe eines bekannten linksalternativen Treffpunkts. Mehrere Antifaschisten machten sich daraufhin auf den Weg zu dem in der Nähe gelegenen Sammelpunkt der Faschisten, um die von ihnen ausgehende Gefahr abzuschätzen. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit den Nazis. Dem Antragsteller wurde vom Gericht vorgeworfen, mit Flaschen geworfen und die Nazis mit Faustschlägen verletzt zu haben. Der Genosse verweigerte vor Gericht konsequent jegliche Aussage, dadurch wurde das Verfahren gegen Zahlung von 100 Euro eingestellt. Die Kosten für seinen Anwalt beliefen sich auf 470,55 Euro. Die Rote Hilfe e. V. unterstützte den Genossen mit insgesamt 285,28 Euro.

Solidarität mit dem K.O.M.I.T.E.E.

★ Im § 129a-Verfahren gegen die angeblichen Mitglieder der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. ist es nötig geworden die Akten digitalisieren zu lassen, da diese aus den 90er Jahren stammen und damit alle Anwälte der Beschuldigten Zugang zu ihnen bekommen können. Da die Akten über 24.000 Seiten umfassen, wurde ein Antrag auf Kostenübernahme bei der Roten Hilfe e. V. gestellt. Wir übernehmen sämtliche Kosten nach Vorlage der Rechnung, voraussichtlich rund 1 000 Euro, für die Digitalisierung der Akten.



Polizeiauto geschlagen

★ Ein Antragsteller nahm an der Demonstration gegen den Polizeikongress in Berlin 2012 teil. Im Verlauf der Demonstration lief er entlang einer Straße, wobei ihm Polizeifahrzeuge entgegen kamen. Eines der Fahrzeuge hielt plötzlich mit hoher Geschwindigkeit direkt auf ihn zu, nur durch einen Sprung beiseite konnte er Schlimmeres verhindern. Er schlug gegen dieses Fahrzeug und wurde nach wenigen Metern der Flucht verhaftet. Vor Gericht schwieg der Antragsteller und ließ durch seinen Anwalt eine politische Erklärung verlesen. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt, dennoch entstanden Anwaltskosten in Höhe von 299,29 Euro, von denen die Rote Hilfe e. V. 149,65 Euro übernimmt.

Solidarität mit Abdullah Öcalan

★ Während einer Demonstration für die Freilassung Abdullah Öcalans machten Polizisten eine in ihren Augen verbotene Fahne mit dem Konterfei Öcalans in „blauem Uniformhemd" aus. Grund genug, die Trägerin dieser gewaltsam aus der Demonstration herauszuziehen. Diesem Vorhaben stellten sich mehrere Genossen in den Weg, konnten jedoch die Festnahme der Betroffenen leider nicht verhindern. Zu diesen Personen soll auch der antragstellende Genosse gehört haben. Laut Aussage eines Polizisten soll der Genosse ihn geschlagen und versucht haben ihn umzureißen, die Staatsanwaltschaft sah darin „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit versuchter Körperverletzung". Das Gericht verurteilte den Genossen schließlich zu 90 Tagessätzen à 15 Euro. Selbstverständlich schwieg der Angeklagte vor Gericht. Die Rote Hilfe e. V. unterstützt diesen Antrag mit 50 Prozent auf die anfallenden Anwaltskosten nach Vorlage der Rechnungen.

Terror in Dresden

★ Eine Antragstellerin hielt sich während der Durchsuchung im „Haus der Begegnung" im Zuge der Ermittlungen während der Proteste gegen den Fascho-„Trauermarsch" in Dresden (Sachsen) auf. Dies genügte den Repressionsbehörden, um im Rahmen eines § 129- Verfahrens gegen sie zu ermitteln. Das Verfahren gegen die Genossin wurde einge-

stellt, ihr entstanden dennoch Anwaltskosten in Höhe von 727,01 Euro. Da diese Rechnung über dem Pflichtverteidigersatz liegt und die Rote Hilfe e. V. für ihre Unterstützung diesen zugrunde legt, zahlen wir in diesem Fall 654,07 Euro und übernehmen den Pflichtverteidigersatz zu 100 Prozent, da es sich um ein § 129-Verfahren handelt.

Castor? Schottern!

★ Ein Aktivist beteiligte sich an der Kampagne „Castor? Schottern!“ und wurde im Wendland verhaftet. Daraufhin wurde er mit dem Vorwurf der „Störung öffentlicher Betriebe“ konfrontiert. Mithilfe eines Anwalts konnte eine Einstellung des Verfahrens gegen eine Strafe von 300 Euro erreicht werden, von der die Rote Hilfe e. V. 150 Euro übernimmt.

Cops von der Party werfen

★ Einem Genossen wurde von zwei Zivilbeamten vorgeworfen, selbige mit Unterstützung weiterer unbekannt gebliebener Genoss_innen von einem Straßenfest geworfen zu haben. Dabei soll er diese geschlagen, beleidigt und Gewalt angedroht haben. Die Staatsanwaltschaft sah darin den Tatbestand der Körperverletzung und Beleidigung erfüllt, das Gericht stimmte dem zu und es erging ein Strafbefehl über 1500 Euro sowie die Anordnung der öffentlichen Bekanntmachung in einer Zeitung. Des Weiteren entstanden dem Genossen Anwaltskosten in Höhe von 338,56 Euro. Von der Gesamtsumme von 1838,56 Euro übernimmt die Rote Hilfe e. V. 919,28 Euro.

Blockade gegen „nationalen Antikriegstag“

★ Ein Antifaschist beteiligte sich an einer Sitzblockade gegen den von Faschos organisierten „nationalen Antikriegstag“ in Dortmund (NRW) und soll sich gegen ein Herausziehen aus der Blockade gewehrt haben. Dabei soll er versucht haben, nach einem Polizisten zu treten. Der Antifaschist musste sich in zwei Instanzen vor Gericht verantworten. In beiden Instanzen verlas der Antragsteller eine politische Prozesserklärung, ansonsten äußerte er sich nicht. Dieses konsequente Vorgehen wird von der Roten Hilfe e. V. begrüßt. Das Gericht stellte in zweiter Instanz das Verfahren gegen eine Zahlung von 200 Euro ein. Dem Genossen entstanden weiterhin Anwaltskosten in Höhe von 900,83 Euro. Von der Gesamtsumme von 1100,83 Euro übernehmen wir 550,42 Euro.

Scheiß Rassisten!

★ In Berlin kontrollierte eine Hundertschaft der Polizei in verschiedenen S-Bahnhöfen Zugreisende. Natürlich wurden nur Menschen kontrolliert, die in ihren Augen wie Migranten aussahen. Der Antragsteller bot sich einem Betroffenen als Zeuge an, in dem Gespräch zwischen beiden soll er die Beamten als Rassisten bezeichnet haben. Nach Rücksprache mit seinem Vorgesetzten fühlte sich auch sogleich ein Polizist in seiner Ehre verletzt und stellte Strafanzeige wegen Beamtenbeleidigung. Das Gericht stellte das Verfahren gegen das Ableisten von „Sozialstunden“ ein. Eine Anwaltsrechnung in Höhe von 556,92 Euro entstand dennoch, von dieser übernimmt die Rote Hilfe e. V. 50 Prozent und damit 278,46 Euro.

Abschiebeärzte öffentlich machen!

★ Das Medinetz-Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) beteiligte sich an einer Protestaktion gegen die Abschiebung eines seiner Patienten, indem es einen Redebeitrag verlas. Dieser beinhaltete folgende Passage: „Herr Dr. Leyk ist Leiter des sozialpsychiatrischen Diensts der Hansestadt Rostock und hat grob gegen die Grundsätze seiner Zunft verstoßen. Das ihm vorliegende Reiseunfähigkeitsgutachten des Psychosozialen Zentrums Greifswald, das X. Y. jederzeit wieder reaktivierbare Suizidalität attestiert, hat er mit einem Handwisch für nichtig erklärt. Nach einer Begutachtung von fünfzehn Minuten.“ Durch diese Passage fühlte sich Herr Dr. Leyk in seinen Rechten verletzt und verklagte Medinetz-Rostock auf Unterlassung und Entschädigung. Den Streitwert setzte sein Anwalt auf 50.000 Euro fest. Unter dem Eindruck dieser Summe und dem Zuraten ihres Anwalts einigten sich die Medinetz-Aktivist_innen außergerichtlich auf die Zahlung von 4500 Euro an den Abschiebearzt sowie die Unterzeichnung einer Unterlassungserklärung. Die Rote Hilfe e. V. unterstützt Medinetz-Rostock in diesem Fall mit 1000 Euro. ❖



„Die Rote Hilfe stützt und stärkt die gewaltbereite Linke in ihrem Kampf gegen die bestehende Ordnung“

Zur neuerlichen Hetzkampagne gegen die Rote Hilfe e. V.

Redaktionskollektiv der RHZ

Im April 2013 ist die Sprecherin der Grünen Jugend, Sina Doughan, in den Fokus rechtskonservativer Kreise geraten. Der Grund: Die bayerische Politikerin hatte sich im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Ich bin linksextrem, weil ...“ offen zu ihrer Mitgliedschaft in der Roten Hilfe e. V. bekannt. Diese wunderbare Kampagne gegen den reaktionären Extremismus-Unsinn hat anscheinend diverse Rechte getroffen, jetzt jaulen sie auf. Mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen im September 2013 griffen christsoziale Politiker_innen sie auf und brachten eine erneute Hetzkampagne gegen die Rote Hilfe e. V. in Gang. Zentraler Bestandteil der reaktionären Medienoffensive war der öffentlichkeitswirksam inszenierte Versuch, bei Mitgliedern der Grünen einen allgemeinverbindlichen Unvereinbarkeitsbeschluss zu „linksextremistischen Gruppierungen“ einzufordern und die Partei zu einer Positionierung gegen ihre eigene Jugendorganisation zu bewegen. Das Pikante dabei: Die extrem rechte Postille *Junge Freiheit* war wieder einmal das erste Organ, das in nennenswertem Rahmen die Mitgliedschaft der grünen Bundestagskandidatin thematisierte; alle anderen bürgerlichen Gazetten zogen dann im gleichen Tenor nach und bauten einen enormen Druck auf Sina auf, die sich am Schluss dazu genötigt sah, auf ihrer Homepage ein Statement zu veröffentlichen.

■ Der öffentliche Rummel um die Mitgliedschaft in der Roten Hilfe hat eine jahrelange Tradition. Die Redaktion der RHZ führte dazu ein Interview mit Michael Dandl vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

Der Versuch der Neuauflage der Berufsverbote vor zehn Jahren gegen den Genossen Michael Csaszkóczy ist umfassend fehlgeschlagen. Micha ist mittlerweile Lehrer und auch Beamter, trotz des Vorwurfs, damals unter anderem Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V. gewesen zu sein. Der Staat hat das Repressionsinstrument der Berufsverbote seither auch nicht erneut anzuwenden versucht. Inzwischen klagt Micha gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz, weil er nicht einsehen will, weiterhin unter inlandsgeheimdienstlicher Beobachtung zu stehen. Dass hohe Gerichte entschieden haben, dass diese Mitgliedschaft im Bundesvorstand der Roten Hilfe einer Übernahme in das Beamt_innenverhältnis nicht entgegenstehe, hat aber nicht notwendigerweise dazu geführt, dass die Angst, wegen Mitgliedschaft in der RH berufliche Nachteile zu erleiden, zurückgegangen wäre oder der Kampfesmut gestärkt wurde.
Sollten wir diese Neuauflage der Kampagne gegen die Rote Hilfe e. V. nicht als steten Versuch werten, für die Mitglieder beziehungsweise für die, die es noch werden wollen, weiterhin eine permanente Bedrohung aufzubauen, nach dem Motto: „Wenn ihr was werden wollt, müsst ihr euch in acht nehmen“?

Genau darum geht es ja bei allen Hetz-Kampagnen gegen die Rote Hilfe, die als linker, mitgliederstarker Verein über ein breites Spektrum von Unterstützer_innen verfügt und dadurch dem bürgerlich-kapitalistischen Staat ein Dorn im Auge ist. Das Abschreckungsmoment ist nicht zu unterschätzen: Über die staatsaffinen Medien wird – teilweise erfolgreich – suggeriert, dass sich die Mitgliedschaft in einer vom Verfassungsschutz als „linksextremistisch“ eingestuften Organisation nachteilig auf die individuellen Lebensentwürfe von Menschen auswirken kann, die kontinuierliche linke Antirepressionsarbeit unterstützen wollen. In den letzten Jahren ist die Angst größer geworden vor dem vermeintlichen Negativstempel „Mitgliedschaft in der Roten Hilfe“. Umso wichtiger sind Kampagnen, innerhalb derer sich Aktive aus politischen Strömungen, denen eine Nähe zu „extremistischen Ideologien“ nicht im Geringsten nachgewiesen werden kann, ganz offen als rote Helfer_innen „outen“. Dass dann der erzkonservative bis neofaschistische Shitstorm über sie hereinbricht, folgt oftmals leider einem mittlerweile gut eingependelten, wenn auch konjunkturbedingten Automatismus. Irgendein rechtsoffener Politiker „entlarvt“ die RH-Mitgliedschaft einer x-beliebigen bekannteren Person – bevorzugt von jungen Politiker_innen – , dann greift dies die rechte Postille *Junge Freiheit* auf, und schließlich ziehen andere rechtskonservative bis bürgerliche Blätter nach. Der Tenor ist immer derselbe, und die zum Teil völlig kruden Vorwürfe werden auch durch die gebetsmühlenhafte Wiederholung nicht besser: Die RH werde vom Verfassungsschutz beobachtet, sei ein Sammelbecken der radikalen, mitunter

militanten Linken, halte die Genoss_innen im Knast nicht nur finanziell, sondern auch ideologisch „bei der Stange“, stärke also „gewaltbereite Linke in ihrem Kampf gegen die bestehende Ordnung“, unterstütze die RAF, die ETA und ehemalige SEDler_innen und distanziere sich nicht von Gewalt. Wichtig ist in diesen Situationen nur, dass die von Hetze betroffenen Genoss_innen dem Druck standhalten und nicht aus Angst vor weiteren Angriffen aus der bürgerlich-konservativen und rechten Ecke aus der RH austreten. Aber auch das ist in der Vergangenheit leider schon passiert …

Verschiedene Gruppen und Organisationen haben sich mittlerweile aus den Verfassungsschutzberichten der verschiedenen Länder herausgeklagt. Ist das für die Rote Hilfe e. V. auch eine Option? Wie ist der Stand der Debatte dazu innerhalb der Organisation?

Über diese Frage wurde äußerst kontrovers diskutiert, weil der Schritt, sich als Organisation aus den VS-Berichten herauszuklagen, die trotz des offensichtlichen NSU-Skandals immer noch verbindliche, innenministeriell protegierte „Nachschlagewerke“ mit definitionshoheitlicher Bedeutung darstellen, immer auch mit immensen Problemkonstellationen verbunden ist. Zum einen kann es ein fatales Signal der scheinbaren Entsolidarisierung aussenden: Beispielsweise wurde ein Verein in Bayern, der erfolgreich war und sodann nicht mehr im VS-Bericht auftauchte, von vielen anderen Organisationen dafür gerügt, sich so extrem von der Linken an sich distanziert zu haben, um eine Nicht-Nennung zu erwirken. Zum anderen müsste die RH den Beweis antreten, nicht „verfassungsfeindlich“ im Sinne des „Verfassungsschutzes“ zu sein – ein aussichtsloses Unterfangen, wenn mensch bedenkt, dass es hier letzten Endes um den Schutz der so genannten freiheitlichen demokratischen Grundordnung geht. Deren Kernelemente gehen in eklatanter Weise nicht nur an der Praxis des Inlandsgeheimdienstes vorbei, der ja vorgibt, eben diese FDGO gegen so genannte extremistische Angriffe verteidigen zu wollen, sondern selbstverständlich auch an den Grundsätzen der RH. Zudem sind wir als Solidaritätsorganisation in doppelter Weise einem kollektiven politischen Vorgehen aller Betroffenen gegen antilinke Repressionsapparate wie den Inlandsgeheimdienst verpflichtet. Folglich kommt der juristische Weg für uns als Einzelgruppierung also nicht in Frage, denn der Weg aus den VS-Berichten kann nur über politischen Druck zustande kommen. Die Forderung der RH kann also nur sein: Löst den VS komplett auf, dann gibt es auch keine VS-Berichte mehr. Dann gibt es auch keine unkontrollierbare Institution mehr, die Gruppen in ein wissenschaftlich nicht haltbares Zwangskorsett zwängt, aus dem diese nicht mehr so schnell herauskommen und das sehr folgenreich werden kann – bis zum Entzug der Gemeinnützigkeit, die die RH glücklicherweise nicht besitzt.

Einer der wesentlichen Punkte, auf dem bei allen uns bekannten Presseartikeln der aktuellen Kampagne herumgeritten wird, ist jener, dass die Rote Hilfe e. V. bei Entschuldigungen zum Beispiel gegenüber Polizeibeamt_innen beziehungsweise bei Distanzierung von den begangenen oder vorgeworfenen Taten die Unterstützung kürzt oder verweigert. Verfassungsschutz und verschiedene Medien meinen, gerade darin die „Bösartigkeit“ und den „Extremismus“ der Roten Hilfe erkennen zu können. Wie siehst Du das?

In aller Regel übernehmen die Medien – die so genannte Vierte Gewalt im bürgerlich-kapitalistischen Akkumulationsregime – uneingeschränkt die von Politik und Justiz verabsolutierte These von der Unfehlbarkeit der Polizeibeamt_innen, die als Personifikationen staatlicher Exekutivgewalt immer im Recht sein müssen. Dass die Realität gerade bei linken Protesten völlig anders aussieht, wird dabei völlig ausgeblendet. Dass die Einsatzkräfte als politische Akteur_innen auftreten, die eigenmächtig intervenieren und dabei auf breiter Ebene Aufstandsbekämpfung betreiben, wird ebenso ausgeblendet wie die brutale Gewalt, die bei oftmals willkürlich wirkenden Attacken auf soziale Bewegungen angewendet wird. Diese scheinbare Willkür hat aber System, denn sie dient der gezielten Einschüchterung der betroffenen Gruppen und Bewegungen. Für uns als linke Solidaritätsorganisation ist es ein zentrales Ziel, dass sich Menschen in diesen Situationen von der Gewaltförmigkeit der staatlichen Angriffe nicht von weiterem politischen Engagement abschrecken lassen. Nach polizeilichen Übergriffen beispielsweise auf Demonstrationen werden die Verhafteten oftmals mit den abwegigsten Vorwürfen konfrontiert: Reine Reflexbewegungen gegen brutale Knüppelattacken werden als „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ oder gar als „versuchte Körperverletzung“ angezeigt und von Dutzenden von Polizeibeamt_innen bezeugt. Vor Gericht sollen die Genoss_innen, die auf diese Weise zweifach scheinbar willkürlicher Gewalt ausgesetzt sind – einmal auf körperlicher, einmal auf juristischer Ebene –, dann auch die Schuld für die erlittenen Attacken auf sich nehmen und Abbitte dafür leisten, von ihrer Versammlungsfreiheit Gebrauch gemacht zu haben; im Tausch gegen dieses öffentliche Widerrufen ihres politischen Engagements wird ihnen eine Strafmilderung in Aussicht gestellt. Selbstverständlich unterstützen wir die Betroffenen, wenn sie diesem massiven Druck standhalten und weiterhin auf ihrem Recht bestehen, sich politisch zu betätigen, anstatt absurde Vorwürfe einzugestehen.

Vielen Dank für das Gespräch! ❖

Freiheit für Sibylle!
Weg mit der Beugehaft!

Solikomitee Frankfurt

Im Prozess gegen Sonja und Christian verhängte das Frankfurter Landgericht in der Verhandlung vom 9. April Beugehaft gegen Sibylle S. Auf die Frage der Richterin Stock, ob sie es sich noch mal überlegt habe, erklärte Sybille, sie halte an ihrer Aussageverweigerung fest. Das Gericht berief sich daraufhin auf das Gesetz, das es nun zwinge, Beugehaft zu verhängen. Der Verweis von Sibylles Anwalt, die Entscheidung darüber liege vielmehr im Ermessen des Gerichts, verhallte ebenso ungehört im Saal wie seine Begründungen zur Unverhältnismäßigkeit dieses Rechtsmittels: „Ist die Bedeutung der Aussage der Zeugin S. in diesem Verfahren ausgesprochen marginal, so vermag ich auch nicht die überragende Bedeutung des Strafverfahrens zu sehen, das für Frau S. vor mehr als 30 Jahren mit einer Bewährungsstrafe von 15 Monaten endete." Dagegen führte daraufhin die Staatsanwaltschaft die angeblich so zentrale Rolle der Zeugin aus, die zur Aufklärung einer schwerwiegenden Straftat beitragen solle.

■ Zur Erinnerung: Hintergrund der Vorladung von Sibylle ist ein Brandanschlag auf das Heidelberger Schloss vor 36 Jahren, der Sonja und Christian vorgeworfen wird. Der Brandsatz zerstörte damals im historischen Königssaal Teile des Parketts, Versicherungsschaden 90.000 DM. In einem Text mit dem Briefkopf der Stadt Heidelberg hieß es dazu: „Als Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg erkläre ich, dass irgendwelche Behauptungen, ich hätte gestern Nacht im Königssaal des Heidelberger Schlosses Feuer gelegt, jeglicher Grundlage entbehren. Richtig ist vielmehr: Ich zerstörte und zerstöre Gebäude, die mir bei der Sanierung Heidelbergs im Wege stehen."

Sibylle war 1980 Mitangeklagte von Hermann Feiling, der 1978 durch einen Sprengsatz lebensgefährlich verletzt wurde. Er verlor dabei sein Augenlicht und beide Beine mussten ihm amputiert werden. Die Sicherheitsbehörden nutzten seinen orientierungslosen und schwer traumatisierten Zustand direkt nach dem Unfall aus, isolierten ihn monatelang und verwerteten die ihm abgerungenen Informationen als „Aussagen". Diese belasten Sonja, Christian und Sibylle. Sobald er konnte, hatte Hermann Feiling diese sogenannten Aussagen widerrufen und über die Umstände ihres Zustandekommens berichtet.

Im aktuellen Frankfurter Prozess war Sibylle bereits im Oktober letzten Jahres als Zeugin vorgeladen worden und hatte die Aussage verweigert, woraufhin das Gericht Ordnungsgeld verhängt und Beugehaft angedroht hatte. Die Beugehaft kann bis zum Ende des Prozesses, maximal aber sechs Monate andauern. Zur Verkündung der Beugehaft wurde das Publikum wegen befürchteter Störungen ausgeschlossen. Noch im Gerichtssaal wurden Sybille Handschellen angelegt und sie wurde abgeführt.

Am selben Verhandlungstag wurde außerdem Christians Verfahren abgetrennt, das Gericht hat endlich eingesehen, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht verhandlungsfähig ist. Darauf hatten seine Anwälte allerdings bereits vor der Auslieferung aus Frankreich und zuletzt vor Anklageerhebung hingewiesen. Eine Entscheidung über die Einstellung des Verfahrens gegen Christian ist damit allerdings noch nicht gefallen.

Das größte Schwein im ganzen Land ...

Anfang 2013 war im zweiten Anklagekomplex des Verfahrens der Kronzeuge



www.verdammtlangquer.org

Hans-Joachim Klein geladen worden. Er erzählte an vier Tagen munter drauf los, seine Vernehmung wurde im April fortgesetzt. Klein war beteiligt an dem Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien 1975, bei dem drei Polizeibeamte ums Leben kamen. Klein beschuldigt Sonja, ihn für diese Aktion angeworben und Waffen nach Wien gebracht zu haben. Sonjas Namen führte er allerdings erst 1999 ein, kurz vor seinem eigenen Prozess – ganz offensichtlich, um den Kronzeugenrabatt zu erhalten. Nachdem im Zuge der Vernehmung vier Versionen seiner Anwerbung mit ganz unterschiedlichen Namen protokolliert wurden und auch die Waffenfrage eher zweifelhaft ist, sollte man denken, dass auch das Frankfurter Landgericht endlich begreift, was eine andere Kammer desselben Gerichts schon längst weiß: Kronzeuge Klein ist als Zeuge unbrauchbar. Der unbedingte Verurteilungswille des Gerichts wird aber einen ihm genehmen Umgang damit finden.

Die Verhängung der Beugehaft gegen Sibylle stellt einen weiteren Tiefpunkt in dem unsäglichen Frankfurter Prozess gegen Sonja und Christian dar. Es ist bereits abzusehen, dass dies nicht der letzte Tiefpunkt gewesen ist: Die drohende Vorladung des seit dem Unfall schwer kranken Hermann Feiling als Zeuge ist ebenso wenig vom Tisch wie die Verwendung seiner „Aussagen“ – erworben unter oben erwähnten Umständen. ❖

Seid solidarisch! Freiheit für Sibylle und Sonja – jetzt sofort!!

► **Schreibt Sibylle:** Rote Hilfe Frankfurt, c/o Cafe Exzess, Leipziger Straße 91, 60487 Frankfurt am Main

► **Spenden:** Treuhandkonto Rechtsanwalt Hartmann; Konto 35762087; BLZ 37050198; Sparkasse Köln Bonn; Zweck: Solidarität

► **Infos:** www.verdammtlangquer.org

Es sind Soli-Flyer der Roten Hilfe und von verdammtlangquer.org erhältlich. Bezug über:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444, 24125 Kiel
Mail: literatuvertrieb@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de/literaturvertrieb

Zum erneuten Versuch des justiziellen Missbrauchs eines schwerbehinderten und beschädigten Menschen

Stellungnahme von Sibylle

Vor 30 Jahren wurde ich vom Frankfurter Oberlandesgericht allein aufgrund von Aussagen meines damaligen Verlobten Hermann Feiling verurteilt, die nicht nur ich damals für nicht verwertbar hielt.

■ Hermann war im Juni 78 bei einer Explosion in seiner Wohnung schwer verletzt worden, nachdem ein Sprengsatz für das Argentinische Konsulat in München – es war 1978 und Fußballweltmeisterschaft in der damaligen Diktatur Argentinien – vorzeitig explodiert war. Keine 24 Stunden, nachdem er in einer Operation beide Augen verloren hatte und die Beine bis kurz unter dem Becken amputiert worden waren, begannen die Vernehmungen durch Staatsanwaltschaft und Polizei. Das ging so weiter bis in den Oktober 1978 hinein, wofür man Hermann noch in einer Polizeikaserne (!) „unterbrachte“ – alles ganz ohne Haftbefehl.

In einem Artikel im *Spiegel* hieß es dazu am 24.11.80: „Mit welchen Mitteln Kriminalbeamte und Staatsanwälte die Anklagebasis erzwungen haben, dass und warum der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts überhaupt verhandelt, markiert einen Tiefpunkt bundesdeutscher Rechtspflege.“

Es gab viele damals, die derselben Auffassung waren und wir haben während des Prozesses 1980–1982 große Solidarität erfahren.

Nichtsdestotrotz wurde ich aufgrund dieser Aussagen verurteilt. Über dreißig Jahre lang lebe ich nun mit Hermann und meinem jetzigen Mann und meiner Familie in Wohngemeinschaft und es gelang uns, das Leben wieder in ruhigere Bahnen zu kriegen und zu stabilisieren, obwohl für Hermann zu der Bürde des Verlusts des Augenlichts und der Beine noch die Gefährdung durch schwerste epileptische Anfälle kommt.

Diese immer lauernde Anfallsgefahr war auch der Grund dafür, 30 Jahre lang nicht mit ihm über seine Vernehmungen und Aussagen im Jahr 1978 zu sprechen. Ich habe das sein lassen, damit keine Gesundheitsgefährdung entsteht, da ich Anfälle bei ihm erlebt habe, die so schwer waren und in Serie kamen, dass sie unmittelbar lebensbedrohlich waren.

Mir wird jetzt in dem laufenden Prozess als Zeugin das Recht zu schweigen nicht zugestanden. Wenn ich das als juristischer Laie richtig verstanden habe, dann soll eine eventuelle Nichtverwertbarkeit von Hermanns Aussagen nur ein Verfahrensfehler des früheren Prozesses gewesen sein, der mit meiner heutigen Aussagepflicht nichts zu tun habe. Das verstehe ich nicht. Dieser mögliche Verfahrensfehler war der Dreh- und Angelpunkt des Urteils gegen mich. Und mehr noch: Es ging um eine schwere Menschenrechtsverletzung, die heute einen Gang zum Europäischen Gerichtshof nahelegen würde.

Es war nicht meine Entscheidung und schon gar nicht die von Hermann, die Vorgänge von vor 34 Jahren wieder hervorzuholen. Aber wenn das Frankfurter Landgericht es jetzt so entschieden hat, dann muss auch und vor allem der Umgang von Polizei und Justiz mit Hermann im Jahre 1978 Gegenstand des gegenwärtigen Prozesses sein. Dies ist der Kern meiner „Gesinnung“ – die Staatsanwaltschaft bezeichnete mich als „Gesinnungstäterin“ – und meiner Haltung zu diesem Prozess.

Meine Entscheidung zu schweigen, entspringt nicht Lust und Laune, wie die Vorsitzende Richterin mir vorhielt. Ich habe sie mir reiflich überlegt, insbesondere auch, weil die schwerwiegenden Konsequenzen nicht nur mich betreffen, sondern natürlich meine Familie und die Wohngemeinschaft mit Hermann mit. Und darüber entscheidet das Gericht – und nicht ich.

Ich habe für mich entschieden, in diesem Prozess keine weiteren Aussagen zu machen.

Verdeckte Ermittler auf Facebook

Polizei und Geheimdienste schnüffeln immer stärker in Sozialen Netzwerken

Matthias Monroy

Die Hamburger Polizei und der Verfassungsschutz nutzen für ihre Internet-Ermittlungen zunehmend Soziale Netzwerke. Dies teilte der Senat auf eine Anfrage der Hamburger Linksfraktion mit. Die Fragestellerin hatte sich nach behördlichen Streifengängen bei Facebook, LinkedIn, MySpace, Twitter oder StudiVZ erkundigt.

■ Ausgangspunkt der Anfrage war ein Aufsatz in der Zeitschrift *Kriminalistik* von 2010, nachgedruckt in der Zeitschrift der „Gewerkschaft" der Polizei (GdP). Zwei Polizeidozenten erklären dort, dass soziale Netzwerke „wahre Fundgruben" für Ermittlungs- und Fahndungszwecke seien. Die Autoren analysieren, dass eine ganze Reihe realer polizeilicher „Lagen" auch im Internet abgebildet werden beziehungsweise dort recherchiert werden können. Nützlich seien sie überdies für „präventionspolizeiliche Maßnahmen", also die vorausschauende „Gefahrenabwehr".

Der Hamburger Senat bestätigt das. Adressiert wird demnach ein weites Feld von „extremistische(n) und terroristische(n) Gruppen im In- und Ausland". Eine entsprechende Abfrage Sozialer Netzwerke scheint für den Verfassungsschutz mittlerweile die Regel zu sein. Der Geheimdienst wird offensichtlich nicht nur bei konkreten Ermittlungen aktiv: „Ganz allgemein (sic!) werden im Rahmen der Informationsgewinnung zu Ermittlungszwecken Recherchen im Internet zu Personen, Personengruppen oder Organisationen auch in sozialen Netzwerken durchgeführt. (...) Es handelt sich um offene und (auch technisch) verdeckte Informationserhebungen zum Zweck themenspezifischer Aufklärung von Bestrebungen im Sinne des § 4 HmbVerfSchG sowie anlässlich entsprechender Identitätsermittlungen." Bislang kommt in Hamburg noch keine Software zu Onlineermittlungen oder zur präventiven „Aufhellung" zur Anwendung. Die zuständige Behörde kündigt aber „zur Aufklärung von verfassungsrelevanten Bestrebungen oder schweren Straftaten" eine eventuelle Beschaffung vorsorglich an.

Weitere Einzelheiten zu den digitalen Ermittlungen des Inlandsgeheimdienstes möchte der Senat aber nicht machen und verweist auf den für die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes zuständigen Kontrollausschuss. Eine derartige Aufsicht ist tatsächlich vonnöten, denn die Schnüffler geben „zum Zweck der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr" Daten auch an polizeiliche Dienststellen weiter.



Mit falschen Identitäten im Chat

Auf die Frage nach der Rechtsgrundlage für „virtuelle ErmittlerInnen", die sich mit falscher Identität in Sozialen Netzwerken anmelden, beruft sich Hamburg auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Februar 2008, das damals ein „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme" betonte. Nach Hamburger Auslegung darf die Polizei

- sich zur Aufgabenerfüllung der allgemein zugänglichen Quellen im Netz bedienen,
- sich unter Angabe eines Pseudonyms anmelden, ohne dafür die wahre Identität preisgeben zu müssen,
- sich der von Kommunikationsbeteiligten (zum Beispiel Hinweisgebern, Geschädigten) überlassenen Zugangsdaten bedienen, um damit beispielsweise an geschlossenen Benutzergruppen teilnehmen zu können,
- auch über einen längeren Zeitraum an Kommunikationsbeziehungen (zum Beispiel in Foren) teilnehmen.

Zahlen zu den Internetermittlungen nennt der Senat nicht, da keine Statistiken geführt würden. Mitgeteilt wird aber, dass „virtuelle ErmittlerInnen“ nicht zu Straftaten aufrufen dürfen. Auch das Verfassen von Texten beziehungsweise das Weitergeben von Dateien mit strafbarem Inhalt ist verboten. Das Gleiche gilt für sogenannte „Honeypots“, mit denen das Bundeskriminalamt InternetnutzerInnen ausforschte, die sich für Ermittlungen gegen die „militante gruppe“ interessierten. Auch seien „keine Fälle bekannt“, in denen Hamburger Sicherheitsbehörden im Zuge von Ermittlungen selbst Webseiten oder Blogs angelegt hätten. Die Ermittlungsarbeit beim Verfassungsschutz würden aber „besonders geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ übernehmen. Deren Kompetenz kann aber bezweifelt werden: Als der Stuttgarter Verfassungsschutz 2008 anlässlich der Beobachtung der Anti-Nato-Proteste sein neues „Internetkompetenzzentrum“ (IKZ) in Betrieb nahm, waren auf einem Foto der Lokalzeitung nicht nur Nacktfotos im Büro zu erkennen, sondern auch ein Leitz-Ordner mit der Aufschrift „IKZ Bedienungsanleitung“.

VS mit Zugriff auf private Nachrichten?

Die Hamburger Polizei nutzt Soziale Netzwerke auch zur „Gefahrenabwehr bei Vermisstenvorgängen“. Ob sich Polizei und Verfassungsschutz von Anbietern sozialer Netzwerke Zugang zu nichtöffentlichen Profilen beziehungsweise Nachrichten geben lassen, wird lediglich für die Polizei bejaht. Weitere Auskunft wird nicht gegeben, da die Frage „kriminaltaktische Belange“ berühren würde, „zu denen der Senat grundsätzlich keine Auskunft erteilt“. Geprüft wird nun, ob Hamburg wie die Polizeidirektion Hannover in Sozialen Netzwerken „mit eigenen Auftritten präsent sein sollte“. Die Behörden wollen hierfür aber zunächst „Chancen und Risiken“ analysieren und eine „Aufwandsberechnung“ abwarten.

Um die polizeiliche Präsenz im Internet auszubauen, lud die Microsoft Niederlassung Köln für den 11. April zum „Microsoft Polizeisymposium 2013“. Die Veranstaltung richtete sich an „Entscheidungsträger der Polizei und Sicherheitsbehörden“, um sich „über neueste Technologien aus den Bereichen Cyber-Crime, Security und Social-Media“ zu informieren. Themen waren neben Cloud Computing im Allgemeinen auch die Einrichtung einer „Polizei-Cloud“. Weil die behördliche Butterfahrt nach Köln nicht ohne Werbung auskam, stellte die Firma StarLIMS als Höhepunkt ihre „Forensik & Crime Scene Windows 8 App“ vor. Danach folgten drei Microsoft-Präsentationen über „Fusion-Center“, „Big Data bei der Polizei“ und „Kinect im Polizeieinsatz“. ❖

► **www.grundrechte-kampagne.de**

Anzeigen



flickr/agfreiburg

Vermummt und gewaltbereit

Ausstellung zu Polizeigewalt in Deutschland

Gruppe RZB, Berlin

Das Vertrauen der Deutschen in die Polizei ist fast grenzenlos. Aus einer aktuellen Studie (Global Trust Report) der Gesellschaft für Konsumforschung geht hervor, dass die Polizei unter allen abgefragten Institutionen das meiste Vertrauen genießt. 81 Prozent der Befragten verlassen sich auf die „OrdnungshüterInnen", dagegen nur 51 Prozent auf Nichtregierungsorganisationen und gar nur 16 Prozent auf politische Parteien. Unter dem Titel „Vermummt und gewaltbereit – Polizeigewalt in Deutschland" hat die Gruppe RZB eine Ausstellung konzipiert, die die verbreitete Fehleinschätzung mit Fakten konfrontiert. Das in der linken Szene so omnipräsent erscheinende Thema einer systematisch über die Stränge schlagenden Polizei soll über den Kreis regelmäßiger DemonstrationsteilnehmerInnen hinaus ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

■ Das falsche Vertrauen, das seinen sprachlichen Ausdruck in der naiven Bezeichnung „Freund und Helfer" findet, basiert vor allem auf mangelnder oder fehlerhafter Berichterstattung, denn tatsächlich haben die wenigsten BürgerInnen eigene, konfrontative Erfahrungen mit der Polizei. Von der Normalität von Polizeigewalt gegen DemogängerInnen oder Fußballfans nimmt die (mediale) Öffentlichkeit kaum Notiz oder gar Anstoß. Berichtet wird entweder gar nicht oder – viel zu oft – in einer Art und Weise, die die Betroffenen als Schuldige der Polizeimaßnahmen verklärt. Erst wenn Menschen in ihrem normalen Lebensalltag die Leidtragenden sind, wie jüngst im Fall einer durch Cops misshandelten jungen Frau in München, wird die Problematik polizeilicher Gewaltausübung und Grenzüberschreitung auch breiter diskutiert. Diese Extrembeispiele sind jedoch keine Ausnahme, sondern Teil eines strukturellen Problems.

Polizeigewalt zeigt sich auf verschiedenste Art und Weise und in unterschiedlichsten Situationen: bei Zwangsräumungen von MieterInnen, BlockiererInnen von Naziaufmärschen, bei alltäglichen, rassistisch motivierten Kontrollen von Menschen, die nicht dem deutschen „Normalbild" entsprechen, bei eher bürgerlich geprägten Protesten gegen den Bahnhofsneubau in Stuttgart oder auch in Fällen, in denen sich Menschen in ihrer Notsituation an die Polizei wenden. Nicht nur wer sich politisch engagiert kann betroffen sein, sondern auch Menschen wie Teresa Z., deren Fall jüngst für bundesweite Schlagzeilen sorgte. Statt der Frau bei einem Streit mit ihrem Freund zu Hilfe zu kommen, wurde sie von den „GesetzeshüterInnen" verhaftet und ihr, bereits in der Zelle gefesselt, Augenhöhlenknochen und Nase zertrümmert.

Neben der Darstellung dieser Fälle nimmt die Ausstellung auch die Gefährlichkeit polizeilicher Waffen in den Blick. Denn der Einsatz von Nervengasen, Wasserwerfern, Pferden und Hunden ist kaum kontrollierbar und führt deshalb immer wieder zu schweren Verletzungen bis hin zu Todesfällen. Die Polizei, aus deren Reihen ständig Forderungen nach noch gefährlicherer Ausrüstung wie Gummigeschossen kommen, agiert dabei keineswegs nur reaktiv und zur Verhinderung von bestimmten Handlungen. Stattdessen verfährt die Polizei häufig nach dem Prinzip des präventiven Erstschlages, um Abschreckungseffekte zu produzieren. Fälle, in denen Uniformierte ihre Nummern abkleben bevor sie gewalttätig werden oder der Einsatz von „Agents provocateurs", also zivilen BeamtIn-

nen, die auf Demonstrationen bewusst Konflikte provozieren, zeigen dies deutlich.

Ein wirksames Vorgehen gegen übergriffige und gewalttätige PolizistInnen ist jedoch kaum möglich. Entweder scheitert die notwendige Identifizierung der TäterInnen in Uniform schon an ihrer fehlenden Kennzeichnung oder am Korpsgeist der KollegInnen, an Falschaussagen sowie Gerichten, die vor allem den „StaatsdienerInnen“ Glauben schenken. Die Ausstellung verweist daher auch auf die Notwendigkeit einer umfassenden Kennzeichnungspflicht und unabhängiger Kontrollgremien, ausgestattet mit allen notwendigen Befugnissen, um angezeigten Fällen von Polizeigewalt unvoreingenommen nachzugehen.

Es darf aber nicht laufen wie in Hamburg, wo 1999 als Reaktion auf einen Polizeiskandal ein Kontrollgremium geschaffen wurde. Gedacht als Beruhigungsstrategie für die Öffentlichkeit, begann ein konservatives Team aus zwei Rechtsanwälten, einem Kriminologen, einer ehemaligen Oberstaatsanwältin und einem Soziologen der Führungsakademie der Bundeswehr aktiv zu werden. Die „Polizeikommission“ bearbeitete 70 Fälle pro Jahr, circa zehn Prozent aller möglichen Untersuchungen, scheiterte jedoch an ihrer fehlenden Unabhängigkeit. Angegliedert an das Innenministerium, konnte sie nach dem Regierungswechsel 2001 ohne weiteres von der CDU/Schill-Regierung abgesetzt werden. Dass der Versuch trotz seiner fehlerhaften Konzeption richtig war, zeigte die Reaktion der CDU, die die Kommission als „fleischgewordenen Ausdruck des Misstrauens gegenüber der Polizei“ bezeichnete.

Die Ausstellung

Die Ausstellung will mit großformatigen Bildern und prägnanten Informationstexten auf die Missstände innerhalb der Polizei aufmerksam machen und die Diskussion darüber aus einer linken Szeneecke herausholen. Erstmalig zu sehen war diese auf dem Berliner Alexanderplatz anlässlich des Europäischen Polizeikongresses 2013. Nach einem Zwischenstopp beim Filmfestival „Globale“ in Berlin stehen auch die nächsten Termine bereits fest: So war die Ausstellung vom 10. bis zum 24. Mai in der Uni Hamburg und während des ersten Bloccupy-Aktionstages am 31. Mai in Frankfurt am Main zu sehen. Gerade dort, wo im vergangenen Jahr KritikerInnen der deutschen Krisenpolitik von tausenden PolizistInnen ihrer Demonstrationsfreiheit und Grundrechte beraubt wurden, findet die Ausstellung ihren geeigneten Ort.

Nicht weniger brisant ist das Thema Polizeigewalt in Bayern, wo nicht nur das ursprünglich für die Bekämpfung schwerer Ausschreitungen aufgestellte Unterstützungskommando (USK) immer wieder für negatives Aufsehen sorgt, sondern selbst der Passauer Polizeichef wegen seiner Gewalttätigkeit angeklagt wurde. Daher wird die Ausstellung vom 5. bis zum 14. Juli im Feierwerk (Farblager) in München zu sehen sein. In diesem Rahmen wird es mehrere Info- und Diskussionsveranstaltungen geben, unter anderem wird am 12. Juli um 20:15 Uhr der Film „Black Block“ im Kulturladen Westend zu sehen sein, der die polizeilichen Gewaltexzesse während der G8-Proteste in Genua 2001 behandelt. In Planung sind außerdem Stationen in Regensburg, Nürnberg, Würzburg, Stuttgart und Marburg. ❖

► **Kontakt: polizeigewalt@posteo.org**

Platzprobleme

Geht es gegen Nazis, wird es eng in Deutschland



Kolumne von Ulla Jelpke

Es kommt ja selten vor, dass ich mal einem CSU-Mann Recht gebe, aber hier sei ausnahmsweise zustimmend mein Kollege aus dem Innenausschuss Stephan Mayer mit einer Bemerkung zum Streit um die Platzvergabe im verschobenen NSU-Prozess zitiert: „Die Verschiebung ist kein Ruhmesblatt für die bayerische Justiz. Das Gericht hätte einfach zehn Zuschauerplätze für ausländische Medienvertreter reservieren sollen. Dann hätte es sich die leidige Debatte ersparen können.“

■ Man muss als Vertreterin der Legislative aufpassen, was man der Judikative ins Stammbuch schreibt, es herrscht da eine historisch durchaus begründete Allergie. Aber noch leidiger als die Debatte um die Medienplätze ist die Tatsache, dass ein Gericht, das unter anderem den Mord an acht türkischstämmigen Menschen aufzuklären hat, sich nicht die Bohne dafür interessiert, dass auch türkische Medien die Verhandlung verfolgen können.

Die *Süddeutsche Zeitung* schreibt dem Vorsitzenden Richter Manfred Götzl die Devise zu: „Wer die Paragrafen kennt, muss sich doch sonst keine Gedanken machen.“ Umso peinlicher natürlich, dass diesmal auch die Kenntnis der Paragraphen nicht so überzeugend ist, sondern das Bundesverfassungsgericht eigens die Beteiligung einer „angemessenen“ Zahl ausländischer Medienvertreter mit besonderem Bezug zu den Opfern des NSU anordnen musste. Angemessen, das bedeute „nicht weniger als drei“. Und das, wo doch selbst CSU-Meyer gerne zehn Plätze abgegeben hätte.

Das NSU-Verfahren ist der größte Prozess gegen ein Nazi-Terrornetzwerk seit Bestehen der BRD. Da erscheint es absurd, sich darüber unterhalten zu müssen, ob manche Medien die Akkreditierungsbedingungen 20 Minuten später erhalten haben als andere. Es sollte hier nicht darum gehen, ob die Justiz ihr Ansehen wahrt oder eine „Blamage“ vorführt. Es geht vielmehr darum, wie man einen solchen Prozess gegen Nazis führt und wie man in diesem Zusammenhang mit den Opfern dieser Nazis beziehungsweise deren Hinterbliebenen umgeht.

Diese werden von den deutschen Ermittlungs- und Verfassungsschutzbehörden seit Jahren verschaukelt. Erst werden die Ermordeten zu Opfern bandeninterner Abrechnungen erklärt und dann stellt sich heraus, dass staatliche Ämter jahrelang ihre Hand im Spiel hatten. Vor einigen Monaten empfing Bundespräsident Joachim Gauck die Familienangehörigen – und untersagte ihnen, ihre Anwälte mitzubringen, die aber nun mal zu den wenigen Deutschen gehörten, die ihnen in den letzten Jahren zur Seite gestanden hatten. Mehr als ein Foto-Shooting zur Selbstinszenierung des Präsidenten war der Termin dann ohnehin nicht.

Wer zuerst kommt, mahlt zuerst

Und nun wollte das Oberlandesgericht München türkische Medien nicht zum Prozess zulassen, weil diese im Gerangel mit den Deutschen den Kürzeren gezogen hatten. Es legte das Akkreditierungsverfahren nach dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ an, was im Umkehrschluss für alle, die draußen bleiben müssen, bedeutet: „Pech gehabt“. Genau das haben die Hinterbliebenen allerdings in den letzten Jahren sehr häufig zu hören bekommen. Es ist nicht zum ersten Mal, dass sie verhöhnt werden, aber man hätte doch vielleicht erwartet, dass ihnen das wenigstens vom Gericht erspart bleibt.

Eine andere Frage: Erinnert sich eigentlich jemand daran, dass es in Deutschland schon Verfahren gegeben hat, die aus politischen Gründen außerhalb angestammter Gerichtssäle geführt wurden? Schon mal von Stammheim gehört, wo eigens ein neues Gerichtsgebäude errichtet wurde, um gegen RAF-Angehörige zu verhandeln? Oder vom 129b-Verfahren in Düsseldorf, für das eine Polizeikaserne umgebaut wurde? Wenn es in ganz München kein Gerichtsgebäude gibt, in das mehr als 100 Zuschauer passen, wieso zieht man dann nicht einfach um? Das ist ja anscheinend kein Problem, wenn es gegen Linke geht oder gegen sogenannten Ausländerextremismus. Aber wenn es gegen Nazis gehen soll, dann wird es auf einmal eng in Deutschland.

Unabhängig davon, und das ist nicht Richter Götzl anzulasten, ist eines wohl jetzt schon klar: Auf der Anklagebank fehlen welche. Angeklagt sind Nazikader und ihre Freunde, aber eigentlich müssten da auch jene sitzen, die jahrelang ihre schützende Hand über sie gehalten haben. Da wurden Nazikiller mit Geld und Papieren versorgt, da verschwanden Beweise, konnten Verdächtige untertauchen, alles im Auftrag mal der Polizei, mal des Verfassungsschutzes, die stets darauf geachtet haben, einander gerade so wenig Informationen zu geben, dass es niemals zur Festnahme reichte. 17 V-Leute des Verfassungsschutzes waren im NSU-Umfeld positioniert, bekamen teilweise horrende Honorare. Anstatt hier wenigstens den Schein zu wahren und mal innezuhalten, wird der Verfassungsschutz jetzt noch weiter aufgerüstet, erhält verstärkte Zentralstellenkompetenzen, wohingegen die parlamentarische Kontrolle der Papiertiger bleibt, der sie schon immer war. ❖

► Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, Infos unter: www.ulla-jelpke.de

20 Jahre Bad Kleinen

Spitzel, Tod, Verhaftung und das Ende der RAF

Redaktionskollektiv der RHZ

Bad Kleinen? RAF? Wolfgang Grams? Das interessiert doch heute niemanden mehr?! Diese oder ähnliche Fragen und Aussagen begegneten uns immer wieder während der Arbeit und Recherche zum Schwerpunkt dieser Ausgabe. Aber wir haben auch die Zustimmung vieler Genossinnen und Genossen erfahren, die uns dazu ermutigt haben – sozusagen als Beitrag zu linker Geschichte, gegen den vermeintlichen oder tatsächlichen Zeitgeist und unabhängig von aktuellen Diskussionen in der Linken.

■ Wie 2003 die Herausgeber_innen der Massenzeitung „10 Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams – Glaubt den Lügen der Mörder nicht" ergreifen wir heute, 20 Jahre danach, erneut die Initiative um an die Geschehnisse rund um Bad Kleinen zu erinnern. Der Fokus der Redaktionsgruppe lag damals darauf, eine Debatte zu Historie und Zukunft revolutionärer Kämpfe anzustoßen. Dafür ist und kann die RHZ kein Forum sein, wir richten das Brennglas auf andere Elemente dieser gigantischen Staatschutzaktion: Im Spitzeleinsatz gegen die revolutionäre Linke der 80er und 90er Jahre (siehe dazu Seite 26 „Stationen einer Karriere") und der daraus resultierenden Menschenjagd kumulieren vielfältige Aspekte und Funktionsweisen staatlicher Repression.

27. Juni 1993. Bad Kleinen, Mecklenburg-Vorpommern. Bei einer lange vorbereiteten Staatsschutzaktion wird durch den Verrat des Verfassungsschutzagenten Klaus Steinmetz das Mitglied der Rote Armee Fraktion (RAF) Birgit Hogefeld verhaftet und der ebenfalls in der RAF organisierte Wolfgang Grams durch einen Kopfschuss getötet.

Entschieden wurde dieser Einsatz von den Verantwortlichen in Geheimdiensten und Politik nach der Kommandoaktion der RAF gegen den Neubau der JVA Weiterstadt bei Darmstadt (siehe auch S. 22 „Weiterstadt – Aktion und Reaktion").

Am Nachmittag dieses Junisonntags gingen Birgit Hogefeld, Wolfgang Grams und der V-Mann Steinmetz vom Billardcafé im Bahnhof Bad Kleinen durch die Unterführung unter den Gleisen in Richtung Bahnhofsvorplatz. Birgit Hogefeld wurde dort überwältigt, durch eine Verwechslung aufgrund eines sogenannten Funkschattens im Funkverkehr der Polizei auch der Spitzel. Dies gab Wolfgang Grams die notwendige Zeit, um über die Treppe zu Bahnsteig 3/4 zu flüchten und sich so der drohenden Verhaftung zu entziehen. Mehrere GSG 9-Beamte verfolgten ihn, Schüsse fielen. Mindestens ein Mitglied der GSG 9 wurde von Kugeln getroffen und erlag wenige Stunden später seinen Verletzungen. Wolfgang Grams wurde von mehreren Kugeln der Elitepolizisten getroffen, fiel rückwärts auf die Gleise, blieb dort bewegungslos liegen. Augenzeug_innen berichten unabhängig voneinander, dass zwei Beamte ihm auf das Gleisbett folgten. Wolfgang Grams starb an den Folgen eines aufgesetzten Kopfschusses.

Noch am selben Abend ließ die Bundesanwaltschaft (BAW) über die Medien erklären, dass die Verhaftung von Birgit Hogefeld aufgrund von Hinweisen aus Akten der Staatssicherheit (Stasi) der DDR möglich wurde. Darüber hinaus hätte Hogefeld den Schusswechsel eröffnet, ihre Festnahme wäre auf dem Bahnhofsvorplatz erfolgt. Eine 48-stündige Nachrichtensperre wurde verhängt, so konnte der Apparat seine Version der Geschehnisse abstimmen, in der Hoff-

Am 27. Juni 1993 wurde auf dem Bahnhof Bad Kleinen unser Freund und Genosse Wolfgang Grams ermordet.

Wolfgang hat für ein menschenwürdiges Leben gekämpft und gegen die Verbrechen des Imperialismus.

Darin sind wir mit ihm verbunden.

Freundinnen und Freunde
Bad Kleinen, 11. Juli 1993

Inschrift der Tafel, die während einer Kundgebung in der Unterführung des Bahnhofs Bad Kleinen angebracht wurde. Die Tafel wurde noch am selben Tag von Beamten entfernt.

CHRONIK 20 JAHRE BAD KLEINEN **Sonntag, 27. Juni 1993:** In den Nachrichten am späten Nachmittag wird gemeldet, dass bei einer Schießerei am Schweriner See zwei RAF-Mitglieder festgenommen wurden, von denen eines lebensgefährlich verletzt sei. Außerdem sei ein Beamter der GSG 9 ums Leben gekommen. + + + Am Abend heißt es, die Festgenommene sei Birgit Hogefeld, der zweite – inzwischen an seinen Verletzungen gestorbene – sei Wolfgang Grams. Beide seien durch Hinweise aus Stasi-Akten enttarnt worden. **Montag, 28. Juni:** Das ARD-Morgenmagazin berichtet, dass am Ort des Geschehens eine dritte Person, die ein V-Mann der Polizei sein soll, anwesend war. + + + Birgit Hogefeld teilt ihrer Mutter nach Eröffnung des Haftbefehls telefonisch mit, dass sie sich um einen Anwalt für »Klaus aus Wiesbaden« kümmern soll. + + + Die Verhaftung von Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld sollte laut Bundesanwaltschaft beim Verlassen der Gaststätte »Waldeck« auf dem Bahnhofsvorplatz durch ein MEK des BKA und im Auftrag des GBA erfolgen. Birgit Hogefeld habe dabei den Schusswechsel eröffnet. + + + Wolfgang

nung den verpatzten Einsatz medial geradezubiegen und so den Spitzel wieder zurück in die Szene zu bringen. Oberste Maßgabe in den Planungen von Verfassungsschutz (VS), Polizeiführung, BAW und den politisch Verantwortlichen war von Beginn an, die Festnahme so durchzuführen, dass der Spitzel und damit sein Einsatz nicht gefährdet würden: Er müsse in jedem Festnahmeszenario entkommen können. Und nichts sollte darauf hindeuten, dass die Festnahme Ergebnis langer und intensiver operativer Planungen war. Die Festnahme von Birgit sollte laut Einsatzplan bereits am Morgen des 27. Juni erfolgen, wurde aber im letzten Moment abgebrochen: Über einen sogenannten Personenschutzsender (ermöglicht Ortung, aber auch Übertragung von Gesprächen), den Steinmetz bei sich trug, konnten die Einsatzleitungen in Wismar und im „Lagedom“ im Bundeskriminalamt (BKA) Wiesbaden mithören, dass es an diesem Tag noch zu einem Treffen mit einem Freund kommen soll. Ein weiteres Mitglied der RAF, wie die Terroristenjäger vermuten. Der Freund war Wolfgang Grams.

Am 28. Juni melden Medien, dass in Bad Kleinen ein „dritter Mann“ vor Ort war, aber nicht verhaftet werden konnte. In den offiziellen Darstellungen der BAW wird diese dritte Person allerdings nicht erwähnt, auch nicht in den Einsatzberichten von Polizei und GSG 9. Die ersten Spekulationen über einen V-Mann-Einsatz werden laut.

Am 1. Juli präsentiert das ARD-Magazin „Monitor“ die eidesstattliche Aussage von Joanna B., einer Kioskverkäuferin auf dem



Birgit Hogefeld

Bahnhof von Bad Kleinen: „Dann traten zwei Beamte an den reglos daliegenden Grams heran. Der eine Beamte bückte sich und schoß aus nächster Nähe mehrmals auf den Grams. Dabei sah der schon wie tot aus. Der Beamte zielte auf den Kopf und schoß, aus nächster Nähe, wenige Zentimeter vom Kopf des Grams entfernt. Dann schoß auch der zweite Beamte auf Grams, aber mehr auf den Bauch oder die Beine. Auch der Beamte schoß mehrmals.“ (*Spiegel* 27/1993 vom 5. Juli 1993)

Ein sogenannter Anti-Terror-Spezialist und am Einsatz in Bad Kleinen beteiligter Beamter bestätigt gegenüber dem *Spiegel* durch seine Beobachtungen die Aussage von Joanna B.: „Er lag da auf der linken Körperseite. Ein Kollege kniete auf ihm. Er hatte keine Bewegungsmöglichkeit mehr. Die Arme waren gespreizt. Die Waffe lag etwa zwei Meter von ihm entfernt 20 Grad nach oben links. Grams hat keine Möglichkeit mehr gehabt, das Schießgerät zu erreichen. Auch hatte er keine Sekundärwaffe bei sich.“ Im Augenblick der Festnahme, sagt der Zeuge, der seinen Namen vorerst nicht veröffentlicht sehen will, „hat Grams keinerlei Gegenwehr mehr geleistet“. Er ging erkennbar davon aus, dass alles vorbei ist. Über den Augenblick des Todesschusses berichtet der Beamte: „Nach etwa ewig langen 20 Sekunden ist dann der tödliche Schuß gefallen. Ein Kollege von der GSG 9 hat aus einer Entfernung von Maximum fünf Zentimetern gefeuert.“ (ebd.)

Der FDP-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Innenausschusses Burkhard Hirsch kommentiert die möglichen Todesschüsse: „Wenn hier auch nur der Eindruck entsteht, es werde etwas vertuscht, dann wird auch einer lückenlosen Aufklärung

BEFREIUNG ALS PERSPEKTIVE

nicht mehr geglaubt.“ Sollte Wolfgang Grams tatsächlich mit einem aufgesetzten Schuss aus der Waffe eines GSG 9-Mannes

1 In der vorherrschend männlichen Definitionsmacht der bürgerlichen Medien wird die Genossin Birgit damit ebenfalls zum Mann gemacht – als Frau, als kämpfende Genossin wird sie nicht wahrgenommen.

Grams stirbt an seinen Schussverletzungen am Sonntag gegen 18.00 Uhr in der Uni-Klinik Lübeck. Mehrere Wohnungen im Bundesgebiet wurden ohne richterlichen Beschluss und mit der Begründung, man sei »auf der Suche nach zwei flüchtigen Terroristen«, durchsucht. **Dienstag, 29. Juni:** Radio und Fernsehen melden, dass Wolfgang Grams durch einen Kopfschuss gestorben ist. + + + Die BAW verhängt eine Nachrichtensperre, unklar bleibt deshalb auch, seit wann die Behörden den Aufenthaltsort von Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams kannten. + + + ZeugInnen sagen aus, Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld seien im Bahnhof festgenommen worden. Sie hätten sich zuvor mit einem weiteren Mann getroffen, der in offiziellen Darstellungen jedoch nicht erwähnt wird. + + + In den Medien wird berichtet, es könnte sich möglicherweise um einen V-Mann des BKA gehandelt haben. Die Schießerei sei wahrscheinlich eine Panne gewesen. Die Festnahme hätte nicht vor der Bahnhofsgaststätte stattfinden sollen, Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld hätten das Feuer jedoch sofort eröffnet. Wolfgang Grams sei über die Treppe auf den Bahnsteig geflohen. Wolfgang

getötet worden sein, sieht Hirsch „mindestens das Ende der GSG 9“. Bundeskanzler Helmut Kohl spricht am 22. Juli bei einem Besuch am Standort der Grenzschutzgruppen in Sankt Augustin-Hangelar der GSG 9 demonstrativ sein „ganz besonderes Vertrauen“ aus. In dieser Ausgabe des *Spiegel* wird auch zum ersten Mal von „Klaus aus Wiesbaden“ berichtet, einem „freien Mitarbeiter“ des rheinland-pfälzischen VS.

Ebenfalls am 5. Juli wird bekannt, dass 54 Beamte verschiedener Polizeieinheiten an dem Einsatz vor Ort beteiligt waren. Die mit den Ermittlungen beauftragte Staatsanwaltschaft (StA) Schwerin schließt öffentlich aus, dass Wolfgang Grams sich den tödlichen Kopfschuss selbst gesetzt hat. In diesem Zusammenhang wird gegen zwei Beamte der GSG 9 über einen Zeitraum von etwa zwei Monaten wegen des Verdachts der vorsätzlichen Tötung ermittelt. Im Abschlussbericht der StA Schwerin wird dieses Zwischenergebnis allerdings umgedreht: Wolfgang Grams habe sich ohne Zweifel durch einen aufgesetzten Kopfschuss selbst getötet.

In der Ausgabe des *Spiegel* 23/1994 vom 6. Juni 1994 widerspricht der Rechtsmediziner Wolfgang Bonte dieser abschließenden Bewertung durch die StA Schwerin: Es sei „weder Selbsttäterschaft bewiesen noch Fremdtäterschaft ausgeschlossen“, ein „Rückschluß auf Selbsttäterschaft ist wissenschaftlich nicht haltbar“, so Bonte. Auf dem rechten Handrücken von Grams bemerkte Bonte eine „bogenförmige Hautabschürfung und -rötung“. Diese Spur lasse sich „wider-

REPRESSION ALS REAKTION

spruchsfrei durch einen streifenden Kontakt mit dem Hahnende“ der Waffe des RAF-Mannes „im Rahmen eines Entwindungsgriffes erklären“. Aussehen und Form der Hautveränderung habe er im Experiment in „weitestgehender Annäherung“ reproduziert. Bonte zum *Spiegel*: „Es hat einen Entwindungsgriff gegeben.“ Zu dieser Schlussfolgerung kam auch der Schweizer Gerichtsmediziner Walter Bär von der Universität Zürich, der von der StA Schwerin mit einem Gutachten beauftragt wurde. Im Abschlussbericht wird auch das nicht berücksichtigt. Der Kriminalwissenschaftler Wolfgang Lichtenberg bemängelt die dilettantische Spurensicherung: Wenn vor einer Obduktion „Haare entfernt oder gewaschen werden“, wie bei Wolfgang Grams geschehen, „entspricht das einer Spurenvernichtung“.

Durch die Lügen und offensichtlichen Vertuschungstaktiken der verantwortlichen Stellen im Apparat weitet sich die Staatsschutzaktion von Bad Kleinen mehr und mehr zu einer handfesten Staatskrise aus. Im Zusammenhang mit vermeintlichen Pannen und Versäumnissen verlieren am Ende zehn Funktionsträger ihren Job, darunter auch leitende BKA-Beamte. Die prominentesten sind Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und CDU-Bundesinnenminister Rudolf Seiters (Rücktritt am 4. Juli 1993). Sein Nachfolger wird der hessische Law-and-Order-Mann Manfred Kanther.

Zusammenfassend und objektiv ist zu sagen, dass das Ergebnis der Ermittlungen zu den Todesumständen von Wolfgang solange zurecht gebogen und gelogen wurde, bis die staatsoffizielle Version die einzig legitime war. Treu dem Leitsatz von

Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams

Zusammengestellt von der Redaktionsgruppe Jitarra

Herausgegeben vom ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam

Edition ID-Archiv, ISBN: 3-89408-043-4
Text: www.nadir.org/nadir/archiv/Repression/bad_kleinen



Auf den Tod eines Kämpfers für den Frieden

Wir trauern über den Tod unseres Genossen Wolfgang Grams auf den Gleisen des Bahnhofs von Bad Kleinen am 27. Juni 1993



Der sich nicht ergeben hat
ist erschlagen worden.
Der erschlagen wurde
hat sich nicht ergeben.

Der Mund des Warners
ist mit erde zugestopft.
Das Blutige Abenteuer beginnt.
Über das Grab des Friedensfreundes
stampfen die Bataillone.

War der Kampf also vergebens?

Wenn,
der nicht allein gekämpft hat,
erschlagen ist
hat der Feind
noch nicht gesiegt.

Bertolt Brecht

Rote Hilfe e.V. | Bundesvorstand | Postfach 3255 | 37022 Göttingen

Anzeige der Roten Hilfe aus dem Jahr 2003

CHRONIK **20 JAHRE BAD KLEINEN** Grams habe laut GBA von Stahl den ihn verfolgenden GSG 9-Beamten aus nächster Nähe mit einem »Dum-Dum-Geschoß« erschossen. Es soll zirka 20 Minuten gedauert haben, bis Grenzschutzhubschrauber zum Abtransport der Verletzten eintrafen. Die Festnahme soll bereits für die Nacht auf den 26. Juni geplant gewesen sein. **Mittwoch, 30. Juni:** Die BAW korrigiert ihre Pressemeldung vom 27. Juni und erklärt nun, die Verhaftung von Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld sei in der Bahnhofsunterführung erfolgt, nachdem Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld die Gaststätte »Billard Café« zwischen den Gleisen verlassen hätten. Birgit Hogefeld sei überwältigt worden, bevor sie hätte schießen können. + + + Zur dritten Person wird keine offizielle Erklärung abgegeben, nach ihr wird auch nicht gefahndet. + + + Alle am 28. Juni festgenommenen Personen sind wieder freigelassen worden. + + + Der Bundestagsinnenausschuss beschäftigt sich mit den Vorgängen, die Informationspolitik des Generalbundesanwalts wird scharf kritisiert und sein Rücktritt gefordert. **Donnerstag, 1.**

Bundesinnenminister Kanther folgend: „Die letzte Version ist immer die gültige.“ Die Medien wurden zum Einsatz in Bad Kleinen belogen und regelrecht an der Nase herumgeführt, dadurch fühlten sie sich nicht mehr an das Stillhalteabkommen über die dritte Person gebunden: Lediglich die hartnäckige Recherchearbeit der bürgerlichen Medien brachte alles im Dunkel liegende ans Licht! Wohl auch deshalb äußerte BKA-Chef Zachert im September 1993, dass die eigentliche Panne die Arbeit der Presse gewesen sei. Er hätte eine totale Nachrichtensperre bevorzugt.

Die Frage, ob es sich bei Klaus Steinmetz um einen Spitzel handelt, beschäftigt zu dieser Zeit die sich als revolutionär verstehende Linke, besonders natürlich die verantwortlichen und betroffenen Strukturen im Rhein-Main-Gebiet. Die Aufarbeitung und Aufklärung der Rolle von Steinmetz in den Geschehnissen rund um Bad Kleinen wird öffentlich, mittels „offener Briefe“ über die Berliner *taz* abgewickelt. Noch am 17. Juli wird Steinmetz von „Freundinnen und Freunden“ öffentlich aufgefordert, seine Rolle offenzulegen. Zur Erinnerung: Bereits am 5. Juli wird im *Spiegel* vom V-Mann „Klaus aus Wiesbaden“ berichtet. Diese Meldung wird am 20. Juli vom rheinland-pfälzischen Innenminister Zuber bestätigt. Am 22. Juli stellt dann auch Birgit Hogefeld in einem in der *taz* veröffentlichten Brief klar, dass Steinmetz ein V-Mann ist.

Der Spitzel war verbrannt, jetzt auch offiziell. Sein Einsatz endete aber bereits in der Bahnhofsunterführung von Bad Kleinen: Durch die Verwechslung mit Wolfgang Grams wurde er zusammen mit Birgit Hogefeld überwältigt. Er lag auf dem Boden, gefesselt, ein Polizist kniend auf ihm, eine Pistole an seinem Kopf. Eine Verhaftungssituation, die ein Entkommen und somit die Rückkehr in die Szene unmöglich machte. Diese Verwechslung und – so bitter es klingt – der Tod von Wolfgang haben den weiteren Spitzeldienst des Klaus Steinmetz verhindert.

> Leben. Wie ein Baum,
> einzeln und frei
> und brüderlich wie ein Wald,
> diese Sehnsucht ist unser!
>
> **INSCHRIFT AUF DEM GRAB VON WOLFGANG, VOM TÜRKISCHEN DICHTER NÂZIM HIKMET.**

Nach Bad Kleinen werden aufgrund von Steinmetz’ Aussagen unzählige Verfahren eingeleitet, vor allem im Zusammenhang mit Weiterstadt. Andrea Wolf entzog sich dem wachsenden Ermittlungsdruck und taucht unter, gegen nicht wenige Genossinnen aus Saarbrücken wird Beugehaft vollstreckt – diese Beispiele stehen stellvertretend für viele Genossinnen und Genossen, die damals der Repression ausgesetzt waren.

Birgit Hogefeld saß seit ihrer Verhaftung in Isolationshaft in Frankfurt und Bielefeld. In Haftbefehl und Anklageschrift wurde ihr die Teilnahme an der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt im März 1993 sowie Mord und sechsfacher Mordversuch an GSG 9-Beamten in Bad Kleinen vorgeworfen – obwohl sie während des Schusswechsels bereits überwältigt auf dem Boden der Bahnhofsunterführung lag. In einem zwei Jahre dauernden Prozess wurde sie Ende 1996 zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt.

SOLIDARITAET ALS ANTWORT

Nach Bad Kleinen hat die RAF keine Kommandoaktionen mehr durchgeführt, im April 1998 gab sie ihre Auflösung bekannt. ❖

Weiterführende Links und Informationen zum Schwerpunkt

- Massenzeitung zum zehnten Todestag von Wolfgang Grams
  http://badkleinen.sooderso.net/texte/zeitung/index.htm
- Materialien zu Bad Kleinen (Presseartikel etc.), Archiv 1993–2004
  http://badkleinen.sooderso.net/material.html
- Interview mit Klaus Steinmetz im *Spiegel*
  http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13684384.html
- Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams (Edition ID-Archiv)
  http://zinelibrary.info/files/Bad%20Kleinen.pdf
- „Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams“ (ID-Verlag)
  http://nadir.org/nadir/archiv/Repression/bad_kleinen/
- „wir haben mehr fragen als antworten – raf-diskussionen 1992–1994“ (ID-Verlag)
  http://mirror.so36.net/home.arcor.de/dokumentationX/weiteres/thema_raf_diskussionen.pdf

Juli: Die Fernsehsendung »Monitor« veröffentlicht die Aussage einer Zeugin (Kioskverkäuferin), die eidesstattlich erklärt, dass ein Beamter Wolfgang Grams, der reglos auf dem Gleis lag, aus nächster Nähe gezielt in den Kopf geschossen hat. Ein zweiter Beamter schoss mehrmals auf Bauch oder Beine. Diese Aussage hatte sie schon am Abend des 27. Juni gemacht. + + + Aus dem Obduktionsbericht vom 28. Juni geht hervor, dass der tödliche Schuss auf Wolfgang Grams entweder »aus unmittelbarer Nähe« oder als »aufgesetzter« Kopfschuss abgegeben worden sein muss. + + + Das Bundesinnenministerium behauptet, die Beamten der GSG 9 hätten keinen Schuss aus allernächster Nähe abgegeben, das habe die Befragung aller beteiligten Beamten ergeben. + + + Der GBA erklärt dem Bundestagsinnenausschuss, die Einsatzkräfte seien sich nicht sicher gewesen, wen sie vor sich hatten. Die Einsatzkräfte der GSG 9 hätten keine schusssicheren Westen getragen. Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams seien nicht durch »Stasi«-Akten entdeckt worden. **Freitag, 2. Juli:** Birgit Hogefeld schildert in einem Brief an die taz, dass sie festgenommen worden sei, bevor

Endstation Bad Kleinen?

Eine Kleinstadt im Osten wurde zum Synonym für die Niederlage der revolutionären Linken

Initiative Libertad!

27. Juni 1993: Bad Kleinen, der Tod von Wolfgang Grams, der Verfassungsschutzspitzel Klaus Steinmetz und das Ende der RAF – 20 Jahre danach stellt sich schon die Frage: Wen interessiert das alles überhaupt noch? Der Staat, die Linke und auch die gesellschaftliche Entwicklung sind heute an einem anderen Punkt. Doch die Suche nach revolutionären Antworten bleibt aktuell. Im Folgenden deshalb ein stark überarbeiteter Artikel von uns, der zum ersten Mal im Rahmen der Kampagne zum zehnten Todestag von Wolfgang Grams erschienen war.

■ Als die RAF 1998 in einer längeren Erklärung ihre Auflösung bekannt gab, überraschte dies niemanden mehr. Viele hatten diesen Schritt als längst überfällig erwartet. Obwohl die RAF ein zentrales Ereignis westdeutscher Nachkriegsgeschichte war und ihre Aktionen Staat und Gesellschaft herausforderten, geriet ihre Selbstauflösung keinesfalls zum Medienereignis. Ihr Schritt bewirkte noch nicht einmal, dass die Sondergesetze und Gesetzesverschärfungen aus dem Arsenal der Terrorismusbekämpfung öffentlich in Frage gestellt wurden. Die Auflösungserklärung war nur noch Formsache, der Versuch das Projekt RAF, das fünf Jahre vorher in Bad Kleinen faktisch zu Ende ging, einigermaßen korrekt abzuschließen.

Rückblende: Die Staatsschutzoperation in Bad Kleinen wurde erst durch den Verfassungsschutzagenten Klaus Steinmetz möglich. Seine über zehnjährige Karriere in linksradikalen Zusammenhängen bis hin zur RAF hing unmittelbar mit der Erosion der revolutionären Linken zusammen. Ihre politische Defensive, der Zerfall ihrer Strukturen und das Loslassen erkämpfter Kriterien waren verkürzt gesagt der Boden, auf dem Steinmetz gedeihen konnte. Und nicht nur für die RAF oder diejenigen, die zu ihr Kontakt oder mit Steinmetz zu tun hatten, sondern für die gesamte revolutionäre Linke war Bad Kleinen ein Desaster.

Die Zeit des großen Schweigens

Offenkundig wurde dies in der Zeit nach Bad Kleinen. Die Zeit des großen Schweigens. Und nicht nur der Staat vertuschte, auch die radikale Linke verhielt sich, beschönigend ausgedrückt, abwartend. Obwohl es schon nach ein paar Tagen sehr viele Fragen zu den Todesumständen von Wolfgang Grams gab und die Medien sehr früh im Zusammenhang mit der Staatsschutzoperation von einem Agenten des Verfassungsschutzes sprachen, gab es damals keine Initiativen, um Druck auf die Verantwortlichen zu machen und auf Aufklärung zu drängen. Die gesamte Linke – egal ob revolutionär oder reformistisch – schwieg und handelte noch nicht einmal dann, als sich eine regelrechte Staatskrise abzeichnete. Von ein paar Rücktritten abgesehen, die heute niemanden mehr interessieren, kamen die Staatsapparate relativ glimpflich aus dieser Affäre: Der damals für seine Law-and-Order-Sprüche bekannte CDU-Politiker Kanther wurde neuer Bundesinnenminister, Bundeskanzler Helmut Kohl besuchte demonstrativ die GSG 9 und auf der politischen Agenda standen, nachdem schon im Frühjahr des gleichen Jahres das Asylrecht drastisch eingeschränkt worden war, weitere innenpolitische Verschärfungen wie das PKK-Verbot, der große Lauschangriff, die verdachtsunabhängigen Kontrollen oder die Verlängerung des „Unterbindungsgewahrsams“ auf vier Tage.

Bad Kleinen wurde so zum Synonym für den Endpunkt eines militanten revolutionären Aufbruchs, dessen Wurzeln bis zu den Revolten der 68er zurückreichten, und dessen Transformation im epochalen Umbruch scheiterte. Während die RAF mit ihrer Auflösung daraus die Konsequenzen zog, war ein anderer Teil jener 68er-Generation auf ihrem Marsch durch die Institutionen im jetzt wiedervereinigten Deutschland längst angekommen: Nur ein halbes Jahr nach Gewinn der Bundestagswahlen stand die rot-grüne Koalition schon Gewehr bei Fuß und führte den ersten Krieg nach 1945 mit direkter deutscher Beteiligung. Die Rechtfertigung für die Bombardierung Jugoslawiens lieferten die Grünen gleich mit: für Menschenrechte und nie wieder Auschwitz. Und so ganz nebenbei wurde damit auch die Gewaltfrage, ob friedlich oder militant, ebenfalls beantwortet. Es war offensichtlich: Die Zeiten hatten sich geändert. Während hierzulande in den frühen 1980er Jahren noch Hunderttausende gegen einen drohenden Krieg demonstrierten, stellten sich jetzt nur noch ein paar Tausend gegen den realen Ernstfall quer.

Keine Frage: Auf die revolutionäre Linke übte Gewalt schon immer eine

CHRONIK
20 JAHRE BAD KLEINEN

sie sich hätte zur Wehr setzen können. Sie wurde gefesselt. Ihr wurde eine Kapuze über den Kopf gestülpt und Mund und Nase mit Klebeband verklebt. Später im Auto wurde ihr eine Pistole weggenommen. + + + Die Staatsanwaltschaft Schwerin bestätigt, dass im Obduktionsbericht der Uni Lübeck Hinweise auf einen Schuss aus nächster Nähe auf den Kopf von Wolfgang Grams enthalten sind. Es sei unklar, aus welcher Waffe und mit welcher Munition geschossen worden sei. + + + Es wird bekannt, dass noch am 28. Juni ein Fernsehteam mühelos zwei Dutzend Patronenhülsen vom Tatort aufgesammelt hat. Die für Wolfgang Grams tödliche Kugel war bis nachmittags verschwunden, dann wurde eine Kugel von einem Zeugen gefunden, die möglicherweise die tödliche war. Das LKA Schwerin findet vier weitere Patronenhülsen zwischen den Gleisen. + + + Den Eltern Grams wurde verweigert, bei der Obduktion anwesend zu sein. Eine zweite von ihnen veranlasste Obduktion bestätigt den unmittelbaren Nahschuss. Die Eltern erstatten Anzeige gegen Unbekannt wegen Mordes bezie-

gewisse Anziehungskraft aus. Marx sah sie als Geburtshelferin der Geschichte und der alte maoistische Spruch „Macht kommt aus den Gewehrläufen“ ist schon deswegen falsch, weil er Macht und Gewalt gleichsetzt. Dennoch, die Option Guerilla war von allen diskutierten Möglichkeiten vielleicht noch der ernsthafteste Versuch einer revolutionären Transformation, denn die ausgangs der 1960er Jahre neu entstandene Linke zersplitterte sich sehr schnell in vielfältige Grüppchen und Parteien. Ideologisch verknöchert, im Kostüm der alten KPD und bis zur Weltrevolution den Plan im Sack war für viele ausgemacht, wohin die Reise gehen sollte. Im Angebot waren die Sowjetunion, China, oder Enver Hoxhas Albanien. Und obwohl schon längst Geschichte, reicht die Wirkung des militanten revolutionären Kampfs bis in die Gegenwart. Als Mythos, als Albtraum, je nach dem, denn er war immer auch Projektionsfläche unerfüllter und oft genug unerfüllbarer revolutionärer Sehnsüchte und genauso oft Bedrohung der eigenen, auch der linken, Lebensweise und Selbstzufriedenheit in den Metropolen. Es ist also kein Zufall, dass es unendlich viele Bücher und mehr als zwanzig Filme, davon die meisten in den letzten zehn Jahren, zu diesem Thema gibt.

Entwicklung einer Offensivposition in den Metropolen

Die militante Linke in Westdeutschland hatte ihre Herkunft aus der stark studentisch geprägten 1968er-Bewegung nie verleugnet. Trotz Massendemonstrationen, Barrikaden und Streiks war aber das entscheidende Ereignis jener Zeit Vietnam. Der vietnamesische Freiheitskampf legte die Lunte an die Proteste. Er hatte für die gesamte Linke in den Metropolen den „Bereich des Möglichen“, wie es Sartre einmal formulierte, erweitert. Ohne die bewusste Verbindung mit den damaligen antikolonialen und antiimperialistischen Kämpfen des Südens war eine Revolutionierung der Verhältnisse in den Metropolen nicht denkbar. Anders gesagt: Nicht die unmittelbare Realität der Metropole





Zeitgenössische Plakate, aus dem Buch „vorwärts bis zum nieder mit“ (http://plakat.nadir.org)

BRD war Ausgangspunkt revolutionären Denkens und Handelns, sondern die Totalität des imperialistischen Weltsystems, wie man das damals nannte. Den Widerstand politisch und militärisch bewaffnen und durch die Entwicklung einer Offensivposition in den Metropolen.

Heute ist die globale Entwicklung an einem anderen Punkt. Der technologische Sprung, die auch damit zusammenhängende strukturelle Neuordnung gesellschaftlicher Verhältnisse und die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse seit gut dreißig Jahren stellen alle Vorstellungen über Revolution, revolutionäre Organisierung, über Formen und Mittel des Kampfes auf den Prüfstand. Was einst auf der Höhe der Zeit eine adäquate Antwort auf die bestehenden Verhältnisse war, würde im alten „Weiter so!“ nur noch anachronistisch wirken. Aber genauso sicher ist, dass der abgerissene Faden revolutionärer Politik in neuer Form und mit neuen Methoden wieder aufgenommen werden wird. Es geht dabei zuerst einmal um solche Fragen, die sich alle, die die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend ändern wollen, immer wieder neu stellen müssen: Wie werden wir zu einer Kraft? Was bedeuten heutzutage Emanzipation und Freiheit hier und weltweit im Spannungsfeld von imperialen Kriegen und globaler Krise? Welche Voraussetzungen müssen überhaupt geschaffen werden, um die revolutionäre Initiative wiederzuerlangen? Und egal welche Antworten wir dann darauf in der Praxis finden werden, wird eine historische Wahrheit bestehen bleiben: Rebellion gegen die herrschenden Verhältnisse ist jederzeit gerechtfertigt.

Schlecht sind die Zeiten für grundlegende Veränderungen allemal nicht. Mit dem „Arabischen Frühling“ wurde die Frage der Revolution nach langen Jahren der Stagnation wieder zur Tagespolitik. Nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse in Tunesien oder Ägypten befinden sich im Prozess der Veränderungen, es wurde eine Dynamik freigesetzt, die in ihrer Wirkung bis nach Europa ausstrahlt und für viele ganz subjektiv die Möglichkeiten grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen erfahrbar macht. Es sind neue Kämpfe für Selbstbestimmung, Freiheit und Würde, die sich seit ein paar Jahren überall auf der Welt entwickeln und deren Botschaft schon jetzt unüberhörbar ist: Wer die Verfügungsgewalt über das eigene wie das gesellschaftliche Leben erkämpfen will, muss die Systemfrage stellen. Drunter ist auch heute nichts zu haben. ❖

hungsweise Totschlags. + + + Dem GBA wird vorgeworfen, durch seine Informationspolitik einen V-Mann »verbrannt« zu haben. Bundesinnenminister Seiters beauftragt den Präsidenten des Bundesverwaltungsamtes und früheren Abteilungsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Grünig, als »unabhängigen« Juristen mit der Untersuchung der Vorgänge. Die beteiligten Beamten wurden bisher nur von ihren Vorgesetzten befragt, nicht vernommen. + + + Bei der Fraktion der PDS/Linke Liste meldet sich ein anonymer Anrufer, gibt sich als »Kollege der in Bad Kleinen eingesetzten Sicherheitskräfte« aus und behauptet, Wolfgang Grams sei unbewaffnet gewesen und ein Kollege habe die Nerven verloren. Ein weiterer Zeuge sagt aus, ein Beamter sei auf den auf dem Gleis liegenden Wolfgang Grams zugegangen und habe ihm die Waffe aus der Hand genommen. Die Staatsanwaltschaft Schwerin erklärt, damit werde die Wahrscheinlichkeit größer, dass sich Wolfgang Grams den tödlichen Schuss selbst gesetzt habe. + + + Bei einer nochmaligen Befragung der beteiligten Einsatzkräfte ergaben sich weder Hinweise auf einen »Nahschuss« noch auf einen

Weiterstadt – Aktion und Reaktion

Ein Knast, ein Kommando, ein Konstrukt

Bunte Hilfe Darmstadt

Am 27. März 1993 hat die Rote Armee Fraktion (RAF) mit dem „Kommando Katharina Hammerschmidt“ den Neubau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Weiterstadt bei Darmstadt gesprengt. Die Fertigstellung des Baus hat sich danach um mehrere Jahre verzögert, erst 1997 wurden die ersten Gefangenen aus der JVA Frankfurt-Preungesheim nach Weiterstadt verlegt. Der Schaden lag bei umgerechnet etwa 65 Millionen Euro. Die Aktion der RAF in Weiterstadt war entscheidend für das, was in und nach Bad Kleinen folgte.

■ Der VS-Spitzel Klaus Steinmetz hatte spätestens seit dem Jahreswechsel 1991/92 Kontakt zur RAF, so nah waren Verfassungsschutz (VS) und Bundeskriminalamt (BKA) der Guerilla noch nie. Ziel war, neben Erkenntnisgewinnung über Strukturen und Personen, die RAF mithilfe der vom Spitzel gelieferten Informationen zu zerschlagen – so oder so. In den Erklärungen der RAF aus dem April und August 1992 hatte die Guerilla für die notwendige Diskussion zur Neuentwicklung revolutionärer Politik, aber vor allem als Antwort auf die sogenannte Kinkel- oder präziser KGT-Initiative (siehe Seite 25) zur Lösung der Gefangenenfrage, die Rücknahme der Eskalation – also die Einstellung bewaffneter Aktionen gegen FunktionsträgerInnen aus Politik und Wirtschaft – verkündet.

Damit hat die RAF dem Apparat – ungewollt – in eine luxuriöse und historisch einmalige Lage verholfen: Durch die Aussicht auf eine mögliche politische Lösung für die Langzeitinhaftierten aus RAF und Widerstand und dem damit eng verknüpften proklamierten Quasi-Waffenstillstand könnte sich das „Problem RAF“ zumindest mittelfristig selbst lösen. Sollte dieses Szenario nicht eintreffen oder – andersrum – nicht in den politischen und zeitlichen Fahrplan des Staates passen, hatten sie als zweite Option immer noch die militärische Lösung in der Schublade. So konnte der Staat in dieser Phase Takt und Rhythmus bestimmen, ebenso Zeitpunkt und Art der Gegenmaßnahmen, vielleicht sogar über den V-Mann Einfluss auf Diskussionen und Entscheidungen nehmen. Sie hatten die Zeit auf ihrer Seite – schließlich hatten sie einen Spitzel an die RAF gebracht. Diese Konstellation in Verbindung mit den Auflösungserscheinungen in der revolutionären Linken machte den Einsatz von Steinmetz, seinen „Erfolg“, erst möglich. Mit der Aktion in Weiterstadt hat die RAF allerdings klar dokumentiert, dass sie weit entfernt davon war, die Waffen niederzulegen. Eine Selbstauflösung der Guerilla oder die weitaus sinnvollere Transformation in eine andere Organisationsform schienen nicht anzustehen, also entschieden sich die verantwortlichen FunktionsträgerInnen in Politik, Polizei- und Geheimdienstapparat für die militärische Lösung.

Das „4-Ebenen-Konstrukt“

Nach Angaben des VS Rheinland-Pfalz hatte Steinmetz bereits im Februar 1993 vor einer anstehenden Aktion der RAF gewarnt. Über die Presse wurde dann lanciert, dass Steinmetz Mitglied der RAF gewesen sei (BKA-Analyse, veröffentlicht in der *taz* am 26. Februar 1994). Welches Interesse sollte der Staat daran haben, Steinmetz als Mitglied der RAF aufzuwerten?

Durch diese Lüge sollte abermals das sogenannte „4-Ebenen-Konstrukt“ von der „legalen RAF“ in der Öffentlichkeit verbreitet werden, um weitere 129a-Verfahren gegen GenossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand zu rechtfertigen. Dieses Konstrukt ging von einem hierarchischen Aufbau und zusammenhängender Organisation von Guerilla

■ Katharina Hammerschmidt (geboren am 14. Dezember 1943 in Danzig) wurde von der deutschen Justiz wegen Mitgliedschaft in der RAF mit Haftbefehl gesucht. Im Juni 1972 stellte sie sich auf Anraten ihres Anwalts Otto Schily (von 1998–2005 Bundesinnenminister) den Behörden. Bereits kurze Zeit nach Haftantritt klagte sie über massive gesundheitliche Probleme, trotz intensiver Untersuchungen durch Anstaltsärzte wurde der wuchernde Krebs aber „übersehen“. Katharina verstarb am 29. Juni 1975 in West-Berlin.

■ Die Bunte Hilfe Darmstadt hat zum Knast Weiterstadt die mittlerweile mehrfach neu aufgelegte Broschüre „High-Tech-Knast Weiterstadt“ veröffentlicht. Die Broschüre ist über den Literaturvertrieb der Roten Hilfe e. V. oder direkt über die Bunte Hilfe Darmstadt zu beziehen:

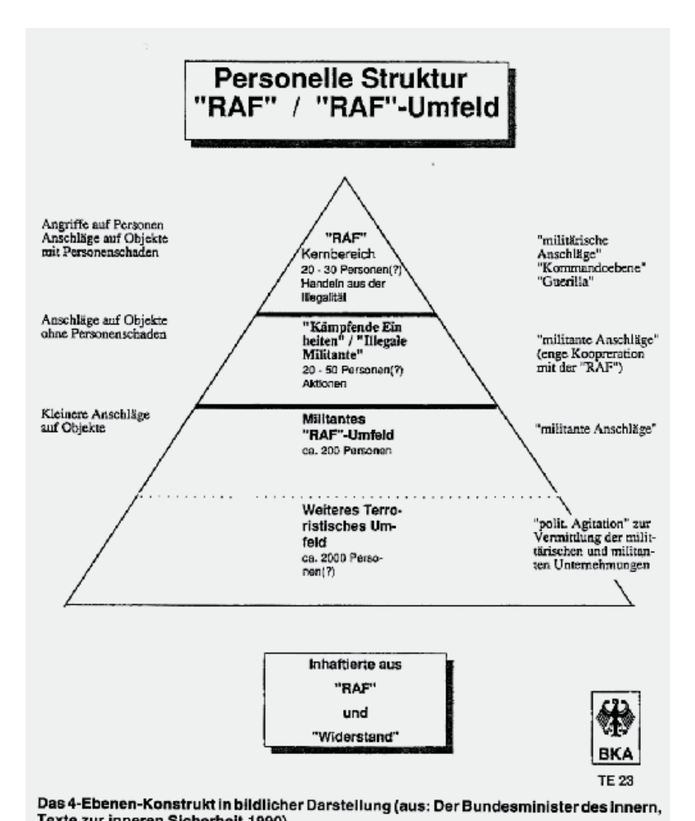
Bunte Hilfe Darmstadt
LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
buntehilfe@riseup.net

CHRONIK
20 JAHRE
BAD KLEINEN

Selbstmord von Wolfgang Grams. Öffentlich bekannt wird, dass im Zuge der Fahndung vom 28. Juni ein »Verdächtigter« auf der Autobahn durch eine absichtliche Kollision gestoppt und dabei verletzt wurde. + + + Der GSG 9-Beamte Newrzella wird beerdigt. **Samstag, 3. Juli:** Generalbundesanwalt von Stahl auf einer Pressekonferenz: Wolfgang Grams hat sich offenbar nicht selbst erschossen und möglicherweise auch nicht den tödlich verwundeten GSG 9-Beamten. Untersucht wird, ob der erschossene GSG 9-Beamte von der Kugel eines Kollegen getroffen wurde. + + + Der Spiegel gibt bekannt, dass sich ein weiterer Zeuge dort gemeldet hat, der die Aussage der Kioskverkäuferin bestätigt. Einer der eingesetzten Beamten habe Wolfgang Grams aus nächster Nähe erschossen. + + + Ein Polizeipsychologe kritisiert, dass der Einsatz nicht dokumentiert worden ist. **Sonntag, 4. Juli:** Bundesinnenminister Seiters tritt überraschend zurück. + + + Es wird mitgeteilt, dass das LKA Schwerin Teile eines Projektils an der Stelle gefunden hat, an der Wolfgang Grams lag. **Montag, 5. Juli:** Öffent-

und Widerstand aus, mit der RAF an der Spitze. In dem als Pyramide angelegten Modell folgten als Unterbau die „Kämpfenden Einheiten“, das „RAF-Umfeld“ und das sogenannte „weitere terroristische Umfeld“. Illegale und Legale waren somit in der strafrechtlichen Bewertung allesamt Mitglieder ein und derselben „terroristischen Vereinigung“.

Weiterer „Beleg“ für dieses Konstrukt und Rechtfertigung zur Kriminalisierung legaler politischer Zusammenhänge war die „geheimdienstlich gewonnene Erkenntnis“ des Verfasungsschutzes, dass Steinmetz Mitglied der Bunten Hilfe Darmstadt gewesen sei. Und auch hier sollten suggeriert werden: Steinmetz war überall dabei. Damals wie heute sagen wir: Das ist eine Lüge! Die Bunte Hilfe war wegen ihrer politischen Arbeit zum Knast Weiterstadt schon früh im Fadenkreuz der Repressionsbehörden, Bundesanwaltschaft (BAW) und BKA vermuteten später sogar eine Beteiligung einzelner Mitglieder an der RAF-Aktion gegen den Neubau der JVA. §129a-Verfahren wurden eingeleitet, ein Genosse aus unserem Zusammenhang wurde von der BAW als Zeuge nach Karlsruhe geladen. Im April 1993 wurde vom BKA ein Vermerk mit der Nummer 13271/78 über die mögliche Tatbeteiligung der Bunten Hilfe Darmstadt angelegt. Wegen der Einstufung als „Geheim – Verschlußsache/nur für den internen Gebrauch“ konnten weder AnwältInnen noch der zuständige Ausschuss im hessischen Landtag die Akte einsehen, der Inhalt des Vermerks ist bis heute nicht bekannt. Diese Einstufung wird oftmals verwendet, um den vermeintlichen Beweisen und den entsprechenden, ebenso vermeintlichen Quellen, Authentizität zu verleihen.



Das „4-Ebenen-Konstrukt“ des BKA

Im Buch „aufruhr – widerstand gegen repression und § 129a“ (ID-Verlag) heißt es dazu: *(Daher) wurde das Konstrukt einer „legalen RAF“ bzw. das „4-Ebenen-Konstrukt“ geschaffen. Es hat die Funktion, den früher von BAW als „RAF-Umfeld“ bezeichneten antiimperialistischen Widerstand als Bestandteil der RAF selbst zu definieren und damit Personen aus diesem politischen Spektrum ohne konkrete Straftatsnachweise zu hohen Freiheitsstrafen zu verurteilen. „Die Propagierung dieses widersinnigen Begriffs einer legalen illegalen Organisation, eines Widerspruchs in sich, durch die BAW mag wahnhaft erscheinen. Sie hat gleichwohl Methode, indem sie alle objektiven Kriterien zwischen legal und illegal aufhebt und dem Gesinnungsstrafrecht und der Willkür noch weiter Tür und Tor öffnet“ (Klaus Croissant, Atom Express 34/1983). Kriterien für eine „legale RAF-Mitgliedschaft“ sind der Kontakt zu Gefangenen aus der RAF, der Besuch von Gerichtsverhandlungen gegen § 129a-Beschuldigte, der persönliche Kontakt zu „legalen RAF-Mitgliedern“, Besitz von „linksterroristischem Schrifttum“, konspiratives Verhalten oder eine offen geäußerte antiimperialistische Grundhaltung. (…) Die Einführung des „4-Ebenen-Konstruktes“ ist in einem Zusammenhang mit einer Entwicklung in den 80er Jahren zu sehen, bei der sich RAF und Widerstand streckenweise politisch eng aufeinander bezogen. Neben seiner Vernichtungsfunktion soll das „4-Ebenen-Konstrukt“ natürlich einschüchtern sowie einen Distanzierungsdruck erzeugen, indem es Leute an einem Punkt angreift, an dem sie gar nicht stehen. Das „4-Ebenen-Konstrukt“ ist gleichsam die Synthese aus „Rädelsführertheorie“ und „Kollektivitätsthese“, weil es zum einen eine hierarchische Arbeitsteilung unterstellt: der legale Arm übernimmt Unterstützungsaufgaben für die Kommandoebene, als deren Hilfstruppe er angeblich agiert (ganz ohne Befehlsstrukturen scheinen selbst Erfindungen von StaatsschützerInnen nicht auszukommen!). Zum anderen aber wird kollektive Verantwortlichkeit auf den einzelnen, angeblichen Ebenen für die jeweils vorgeworfenen Delikte behauptet.“*



Zeitgenössisches Plakat, auf http://plakat.nadir.org

lich bekannt wird: Rund 48 Stunden haben 54 Beamte auf ihren Einsatz in Bad Kleinen gewartet. + + + Bis Freitag 2. Juli 1993, waren die Waffen der Beamten nicht eingesammelt worden. Laut einer Erklärung des BKA waren zur Versorgung der Verletzten vier Rettungshubschrauber eingesetzt. Ein Sanitäter der GSG 9 und Notärzte führten die Erstversorgung durch. + + + Die beteiligten GSG 9-Beamten sollen erstmals von der Staatsanwaltschaft Schwerin vernommen werden. Die StA Schwerin fordert von Bundesinnenministerium und BKA die Herausgabe der bisherigen Aussageprotokolle und die Namen der Beteiligten, die sie bis zum 4. Juli noch nicht erhalten hatten. Die Schweriner Staatsanwaltschaft schließt aus, dass Wolfgang Grams Selbstmord begangen hat. + + + Ein Schweizer Institut soll Kopfhaut und Schädeldecke von Wolfgang Grams kriminaltechnisch untersuchen. + + + BKA-Präsident Zachert nennt drei Versionen zum Tod von Wolfgang Grams. Er könne sich selbst umgebracht oder der tödliche Schuss könne sich aus der Waffe von Grams gelöst haben, als er auf die Gleise fiel. Auszuschließen sei aber auch nicht, dass Wolfgang Grams von einer

dokumentiert

Kommandoerklärung der Rote Armee Fraktion

Wir dokumentieren im Folgenden die relevante Passage zum Knast Weiterstadt aus der Kommandoerklärung der RAF vom 30. März 1993.

„wir fordern die schließung des knastes weiterstadt! weiterstadt ist als Abschiebeknast konzipiert und auf verseuchtem gelände gebaut ...“ (aus einem diskussionspapier von gefangenen aus stuttgart-stammheim, september ’91). der weiterstädter knast steht exemplarisch dafür, wie der staat mit dem aufbrechenden und sich zuspitzenden widersprüchen umgeht: gegen immer mehr menschen knast, knast, knast – und er steht als abschiebeknast für die rassistische staatliche flüchtlingspolitik. in seiner technologischen perfektion von isolation und differenzierung von gefangenen menschen ist er modell für europa.

weiterstadt war neben berlin-plötzensee der zweite völlig neu konzipierte hochsicherheitsknast in der brd. mit begriffen wie „wohngruppenvollzug“ wird er mit seinem hochsicherheitstrakt für frauen, als das „humanste gefängnis“ in der brd dargestellt. hinter diesem begriff verbirgt sich jedoch ein wissenschaftlich weiterentwickeltes konzept zur isolierung, differenzierung und totaler kontrolle der gefangenen. es ist das prinzip von belohnung und bestrafung in high-tech-form, das die gefangenen zur disziplinierung und unterwerfung zwingen und letztlich ihre „mitarbeit“, sich selber zu brechen, erreichen soll.

das elektronische überwachungssystem war wohl das teuerste und perfekteste in ganz europa, mit dem jede äußerung und bewegung der gefangenen kontrolliert werden und zur auswertung für die psychologischen programme benutzt werden sollte, um jede regung von solidarität, freundschaft und selbstbestimmte organisierung zerstören zu können.

„bevor die gefangenen auf die einzelnen wohngruppen verteilt werden, durchlaufen sie die einweisungsabteilung. dort wird ein psychiatriestab die einzelnen gefangenen auf anpassungsbereitschaft bzw. widerstandswillen durchleuchten. anhand der ergebnisse wird die aufteilung der gefangenen auf die einzelnen wohngruppen bestimmt. Die wohngruppen sind hierarchisch gestaffelt. angefangen von unbeugsamen und unkooperativen bis hin zu anpassungswilligen. das ziel: eine „karriere“ des gefangenen durch aufsteigen von der untersten (= unangepaßtesten) in die höchste (= konformste) wohngruppe“ (aus: infoblatt der „bunten hilfe“ darmstadt).

dazu schrieb eine der frauen aus der plötze, die mit einem hungerstreik für die abschaffung des wohngruppenvollzugs gekämpft haben: „die situation ist gekennzeichnet durch ein ausmaß an kontrolle und repression, wie es in seiner totalität kaum vorstellbar ist. die plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein kontakt zwischen den frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte detail registriert wird. die frauen werden in voneinander abgeschirmte zwangsgemeinschaften gepfercht, in denen sie danach ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. die schallisolierten zellen haben eine gegensprechanlage, durch die die frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. die stationsgänge sind mit kameras bestückt und der gruppenraum, wo sich die gefangenen in der freizeit treffen, ist verglast – kurz, die perfekte überwachung jeder lebensäußerung ...“

mit der lüge vom „humansten knast“ wollte die justiz gefangene in anderen knästen auf deren verlegung nach weiterstadt einstimmen. jahrelang sind sie auf viele forderungen der gefangenen in frankfurt-preungesheim nicht eingegangen, mit dem hinweis, es gäbe ’93 den weiterstädter knast. was aber hat beispielsweise die forderung nach abbau der brutalen betonsichtblenden in preungesheim mit weiterstadt zu tun? nichts. nicht mal die behauptung, durch weiterstadt (wo die überbelegung von vornherein eingeplant war) würde sich die situation der überbelegung für die gefangenen in preungesheim verändern, entspricht der realität. sie hat den propagandistischen zweck, zu vertuschen, daß sie immer mehr knäste bauen (preungesheim soll nicht etwa geschlossen, sondern neu aufgebaut werden), mehr haftplätze schaffen und immer mehr menschen einsperren, was ihre antwort auf die gesellschaftliche entwicklung ist.

der bau von knästen ist keine lösung für die (preungesheimer) gefangenen. ihre forderungen müssen erfüllt werden – knäste müssen abgerissen werden.

Die vollständige Erklärung findet sich unter http://labourhistory.net/raf/documents/0019930330.pdf

Der Knast Weiterstadt – Das Konzept des Wohngruppenvollzugs

In der Geschichte des Strafvollzugs mit Zwangsarbeit und Isolationshaft, vollständiger Überwachung und Kontrolle der Gefangenen stellt der Wohngruppenvollzug in den 80er Jahren eine konsequente Weiterentwicklung der Willensbeugung insbesondere angewandt auf politische Gefangene der organisierten Linken dar. Unter dem Deckmantel des Liberalismus und des humanen Strafvollzugs wurde in Wohngruppen unter interdisziplinärer wissenschaftlicher Steuerung eine noch effizientere Ausdifferenzierung und Isolierung von AbweichlerInnen durchgeführt.

Ein Stab von SoziologInnen, MedizinerInnen und PsychologInnen bastelte ein individuell zugeschnittenes Behandlungsprogramm mit einer instrumentalisierten Wohngruppe von acht bis 15 Personen zusammen. Die Gruppe war isoliert von anderen Wohngruppen und innerhalb der Gruppe waren auch jederzeit Einzel- und Isolierhaft möglich. Die Gruppe wurde nach sozialtechnischen und psychologischen Aspekten zusammengestellt und bei gegebenen Verhaltensanlässen gezielt verändert. Die so gebildete und ständig angepasste Zwangsgemeinschaft verhinderte eine innere Solidarisierung und setzte jedeN GefangeneN als Vollzugsinstrument gegen den Rest der Gruppe ein. Ständige

CHRONIK 20 JAHRE BAD KLEINEN

anderen Person erschossen worden ist. Das BKA widerspricht Berichten, nach denen Newrzella möglicherweise von seinen Kollegen getroffen worden ist. Newrzella sei von Wolfgang Grams erschossen worden. + + + Abgeordnete haben den Eindruck, dass von den Behörden vertuscht wird. Sie schließen eine Auflösung der GSG 9 nicht aus. + + + Am 29. Juni wurden folgende Untersuchungsaufträge erteilt: 1. an die Universität Münster. Dort soll eine serologische Untersuchung der Waffen und Geschossteile vorgenommen werden. 2. an den Wissenschaftlichen Dienst der Stadtpolizei Zürich (WD). Er soll prüfen, aus welcher Entfernung die tödliche Kugel auf Wolfgang Grams abgegeben wurde und mit welcher Waffe und welcher Munition. + + + Die Bundesarbeitsgemeinschaft kritische Polizisten erstattet Strafanzeige gegen Innenminister Seiters, GBA von Stahl, die Staatsanwaltschaft Schwerin und unbekannte Polizeibeamte wegen Strafvereitelung. + + + Bei der dritten Person soll es sich um einen V-Mann des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes handeln. + + + In einem BKA-

Überwachung und Auswertung der Kommunikation brachten wichtige Eingangsgrößen für die nächsten Maßnahmen zur Anpassung der Gruppe.

Die Bildung von inneren Gemeinschaften und einander zugewandte soziale Beziehungen innerhalb der Gruppe wurden nur geduldet, wenn die vorgegebenen Bedingungen erfüllt wurden: Zwangsarbeit, Abschwören von der Haltung des Abweichlers oder der Abweichlerin, Anpassungsbereitschaft, Kooperation bei der Erzeugung „wertvoller“ und fleißiger Mitglieder der Gesellschaft. Sobald Differenzen hierzu zu beobachten waren, wurde die Gruppe verändert. Durch eine Hierarchisierung der Gruppe und ein in die Gruppe implementiertes System von Belohnung und Bestrafung wurden einerseits unbeugsame AbweichlerInnen gruppendynamisch diszipliniert und andererseits Privilegien gesichert und Kollektivstrafen verhindert. Arbeit und Anpassung waren Elemente in einem System von Privilegien und Aussonderung.

Dieses Konzept war Bestandteil des in Weiterstadt gebauten Knastes. Mit seiner Architektur war er ganz auf dieses spezialisiert und mit seiner Lage, der autarken Strom- und Wasserversorgung und dem eigenen Krankenhaus, erfüllte er die Voraussetzungen für die Sicherheitsstufe Eins für Hochsicherheitstrakte. Nach der Sprengung des Knastes 1993 durch das RAF-Kommando Katharina Hammerschmidt ist der Wohngruppenvollzug in Weiterstadt als eine Steigerung der Isolationsfolter heute scheinbar vom Tisch, so wie in vielen anderen Knästen auch. Die Rede ist jetzt von beschäftigungstherapeutischen Ansätzen bei Gefangenen, die zu „wirtschaftlich ergiebiger“ Arbeit nicht in der Lage sind. Wunderschön präsentieren sich die Therapieerfolge als käufliche Werkstücke der Knastarbeit, die als Voraussetzung für die positive Sozialprognose zählt.

Der Wohngruppenvollzug hingegen hat sich in abgestufter Form im Jugendstrafrecht etabliert, wie beispielsweise als Vorstufe zu einer vorzeitigen Entlassung. Er hat so wieder ein positives Image in der Öffentlichkeit erreicht. Doch das verschärfte Konzept des Wohngruppenvollzugs zur Isolationsfolter existiert und ist abrufbar. Es ist in Ansätzen und allen denkbaren Abstufungen und Steigerungen jederzeit einsetzbar. Es ist architektonisch umgesetzt und die Verschärfung der maßregelnden und willensbeugenden Maßnahmen in Zeiten der politischen Zuspitzung ist nur eine Frage der Organisation. ❖

„KGT-Initiative“

■ Am 1. Januar 1992 ging durch die Medien, Bundesjustizminister Kinkel beabsichtige, Gefangene aus der RAF vorzeitig zu entlassen. Es war das erste Mal in der bundesrepublikanischen Geschichte, dass der Apparat von sich aus, das heißt ohne Druck durch Hungerstreik oder andere Kämpfe, das Thema Gefangene ansprach. Es war auch das erste Mal, dass zugegeben wurde, dass es in der BRD politische Gefangene, Sonderhaftbedingungen und haftunfähige Gefangene gibt. Sehr schnell wurde öffentlich bekannt, dass diese Initiative im Rahmen der Koordinierungsgruppe Terrorismus, KGT, zumindest abgestimmt, wenn nicht entwickelt war. Kennzeichnend für die Kinkel-Initiative war der Begriff der „Versöhnung“. Durch die Benutzung dieses Begriffs sollte der politische Charakter des Konflikts aus der Diskussion herausgehalten werden. Dementsprechend war auch nicht die Rede von Entschädigung für die erlittene Isolationshaft oder Bestrafung der dafür Verantwortlichen.

Die Rede war von der Freilassung von neun Gefangenen, allerdings wären einige von diesen sowieso in den darauffolgenden Monaten regulär – das heißt nach Absitzen ihrer Gesamtstrafe – entlassen worden. Sie sind dann auch erst nach Verbüßung der vollen Strafe entlassen worden. Als einzige Gefangene aus der RAF wurden die zu „lebenslänglich“ verurteilten Haftunfähigen Günter Sonnenberg (nach 15-jähriger Haft im Mai 1992) und Bernd Rössner (nach 17 Haftjahren, davon die letzten 18 Monate in einer Therapieeinrichtung, im Mai 94 endgültig begnadigt) entlassen. Die Entlassung von Günter Sonnenberg und Bernd Rössner war auch Ergebnis jahrelanger Kämpfe um ihre Freilassung, klar ist aber, dass sie letztendlich nur deshalb erfolgte, weil sie dem Staat zu diesem Zeitpunkt opportun erschien. Außerdem wurden alle Gefangenen aus dem Widerstand mit Ausnahme von Norbert Hofmeier nach zwei Dritteln ihrer Haftzeit vorzeitig entlassen.

Bedingung aller „vorzeitigen“ Entlassungen waren Anhörungsverfahren als Bestandteil vorgeschriebener justizieller Prozeduren. Das heißt, auch hier wurde von staatlicher Seite darauf geachtet, den politischen Kern des Konfliktes zu leugnen. Es wurde deutlich, dass die Absicht der Kinkel-Initiative war, die politischen Gefangenen als Druckmittel zu benutzen, um das Ende des bewaffneten Kampfes zu erreichen – zumindest aber, um durch Spaltung den ganzen politischen Zusammenhang zu schwächen. Sichtbar wurde dies in der Drohung mit neuen Prozessen gegen eine Vielzahl von Gefangenen aus der RAF. Inzwischen wurde eine Reihe von Prozessen auf der Grundlage von Kronzeugenaussagen tatsächlich durchgeführt, am Schluss standen in fast allen Fällen Verurteilungen zu lebenslangen Freiheitsstrafen. Mit dem juristischen Instrument der „besonderen Schwere der Schuld“ hat sich der Staat die Option gesichert, diese Gefangenen nie entlassen zu müssen.

Bericht heißt es, Wolfgang Grams sei nicht in Bad Kleinen erwartet worden, seine Identität sei unklar gewesen. +++ Am 28. Juni sind die sichergestellten Waffen im BKA routinemäßig beschossen worden. **Dienstag, 6. Juli:** Manfred Kanther (CDU) wird neuer Bundesinnenminister. GBA von Stahl wird in den Ruhestand entlassen. +++ Noch immer gibt es keine offizielle Äußerung zum V-Mann. +++ Die beteiligten GSG 9-Beamten werden erstmals in Schwerin vernommen. +++ Das BKA stellt das Gutachten aus Münster der Öffentlichkeit vor, nach dem Wolfgang Grams durch einen »absoluten Nahschuss« starb. Die »Stanzmarke« weise Übereinstimmungen mit seiner eigenen Waffe auf. Er könne sich selbst versehentlich getötet haben. +++ Der GBA will sich auch eine Woche nach Bad Kleinen nicht festlegen, ob Wolfgang Grams auf den GSG 9-Beamten Newrzella geschossen hat und ob er überhaupt eine Waffe bei sich hatte. +++ Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses fordert eine Umstrukturierung der Sicherheitsbehörden und eine Harmonisierung der Polizeigesetze von Bund und Ländern, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicher-

Klaus Steinmetz

Stationen einer „Karriere“

Gruppe „Kein Friede!“

Wir dokumentieren hier einen Text aus dem Bericht der Frankfurter Gruppe „Kein Friede!“ zu Bad Kleinen, Steinmetz und RAF („Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken“) vom März 1994. Neben der Aufbereitung von Steinmetz’ Weg in der Szene bis zum Kontakt mit der RAF wird dieser Spitzeleinsatz in den historischen und politischen Kontext der 80er und 90er Jahre gesetzt. Nur so ist zu verstehen, warum passieren konnte, was passiert ist.

■ Unsere Auseinandersetzung zielte nicht so sehr darauf, möglichst präzise den Weg des Klaus Steinmetz nachzuverfolgen und zu beschreiben. Sicher, wir haben auch entsprechende Informationen eingeholt und zusammengetragen und wir unterstützen die Arbeit der Recherche-Gruppe in Wiesbaden. Wir haben aber auch gemerkt, dass dadurch schnell der Eindruck entsteht, die vielen Details aus seiner Biographie, die bekannt werden, würden tatsächlich Aufschluss geben über seine Spitzelarbeit. Das tun sie nicht. Das ist unserer Meinung nach erst dann möglich, wenn alle Leute, Gruppen und Zusammenhänge, die irgendwann mit ihm was zu tun hatten, ihre Geschichte kritisch reflektieren. Aber einige markante Punkte müssen herausgearbeitet werden.

Verräter oder Agent?

Vorweg: Genau genommen ist der Begriff „Verräter“ für Klaus Steinmetz nicht korrekt. Er war ein Spitzel, ein Agent, oder wie der *Spiegel* schrieb, ein „freier Mitarbeiter“. Es war sein Auftrag, die revolutionäre Linke zu infiltrieren und an die RAF heranzukommen. Die Stationen seiner Karriere, die Dauer seiner Spitzeltätigkeit wie auch sein Ausgangspunkt weisen genau in diese Richtung. Klaus Steinmetz war eben nicht der Typ, der, von den Apparaten erpresst, schwach geworden ist und seine Genossinnen und Genossen preisgegeben hat, also sich selbst, seine Sache, sein Ziel und seine Identität verkauft. Klaus Steinmetz war von Anfang an das, was in Bad Kleinen in der Erschießung eines Genossen der RAF endete: ein Bulle.

Psychologisiererei ist es, sich daran abzuarbeiten, wie das so einer aushält, der ganz offensichtlich das Szeneleben liebt. Davon gehen wir aus. Aber ein Widerspruch ist es für uns nicht. Denn natürlich ist so ein Job nicht ungefährlich und sicher braucht er eine gehörige Portion an Schizophrenie – aber warum sollte das nicht auszuhalten sein? Eins dazu noch: Der psychologischen Erklärungsmuster gibt es viele; sie sagen vor allem etwas über diejenigen aus, die in ihnen eine Antwort zu finden hoffen. Die eigene Unsicherheit oder auch die Hoffnung, der Verräter könnte noch einen Rest von Anstand haben, produziert Bilder und Entschuldigungen, die die einfachsten Tatsachen schlichtweg ignorieren. In seiner Karriere hatte Klaus Steinmetz hundertmal die Möglichkeit seinen Job zu schmeißen, sich seinen Genossinnen und Genossen zu offenbaren. Das tat er nicht. Gut, wir wissen, auch dafür finden einige Entschuldigungen: die harten Zeiten ... – aber das soll uns mal jemand sagen, wann in den letzten vier Jahren die Verhältnisse untereinander so waren – da haben sich die meisten doch nur in Ruhe gelassen. Das ist denn auch das Problem. Und das hat ihm alle Türen geöffnet.

Selbst in der unmittelbaren Situation des Treffens mit der RAF – auch da hatte Klaus Steinmetz noch die Chance, sich für das Eine oder das Andere zu entscheiden. Und er hat sich entschieden. Eindeutig! Er hatte nicht nur Birgit Hogefeld ans Messer geliefert. Auf seine Information hin, „es kommt noch eine weitere Person“, wurde die schon angelaufene Festnahme von Birgit Hogefeld in Wismar im letzten Moment gestoppt. Die Chance, noch eine/n Illegale/n gefangenzunehmen, wollten sich weder Klaus Steinmetz noch das BKA entgehen lassen. Das hat die Kette ausgelöst, die zur Verwechselung von Wolfgang Grams mit dem Spitzel führte, und dass Wolfgang Grams „laufengelassen“ wurde. Das führte nicht nur zu seinem, sondern auch zum Tod des GSGler, der sich irrte, als er dachte, einen Spitzel aus dem Blickfeld zu bringen. Das war die vielgenannte Panne. Ob Klaus Steinmetz wollte, dass Wolfgang Grams starb, ist müßig – aber es war seine Entscheidung, Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams auszuliefern.

„Verstärkung der operativen Aufgaben“ des Verfassungsschutzes

Der politische Ausgangspunkt seiner Spitzelarbeit ist die Entwicklung Anfang der 80er Jahre. Wir wollen das nur kurz umreißen: Massenhafter Protest und Widerstand organisierte sich gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung und der Nato – Stichwort: Raketen-Nachrüstungsbeschluss. Hunderttausende Menschen waren auf der Straße, versammelten sich in örtlichen Friedensgruppen, machten Propaganda und Blockaden – und vieles anderes mehr. Da drin und daneben fassten tendenziell revolutionäre Gruppen Fuß und bildeten, unter anderem in militanten Kampagnen gegen die Nato-Militärma-

CHRONIK
20 JAHRE BAD KLEINEN

heitsbehörden wieder herzustellen. Die Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen fordert eine parlamentarische Untersuchungskommission. Der Rücktritt des BKA-Vizepräsidenten wird wegen seiner teils unglaubwürdigen Angaben vor dem Bundestagsinnenausschuss gefordert. **Mittwoch, 7. Juli:** Bekannt wird: Die Einsatzkräfte haben gewusst, dass es sich bei ihren »Zielpersonen« um Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld handelte und dass der V-Mann geschützt werden müsse. + + + Der Vergleich der Waffen mit den gefundenen Projektilen ist laut StA Schwerin noch nicht abgeschlossen. + + + Das Gutachten der Universität Lübeck kommt zu dem Ergebnis, dass der tödliche Schuss weder aus Wolfgang Grams‘ Waffe noch aus einer Polizeiwaffe stammen könne. Der Bauchschuss verlief horizontal durch seinen Körper. Nach Vermutungen von Gerichtsmedizinern kann nur auf den liegenden Wolfgang Grams geschossen worden sein. Auch die Bauchwunde wirkt »wie ausgestanzt«. + + + Die BAG Kritische Polizisten erklärt, dass Polizisten im Dienst auch andere als ihre dienstlich

schine, den radikalen Flügel dieser Bewegung. Politisch genauso wie organisatorisch war diese Bewegung heterogen, unterschiedliche gesellschaftliche Standorte und Absichten, gegensätzliche Bewusstseinsebenen und Konsequenzen trafen aufeinander. Sozial wie politisch war diese Bewegung in keinster Weise systemfeindlich, ihre gesellschaftliche Perspektive war die Demokratisierung an einigen wenigen Punkten.

Gleichzeitig intervenierte die revolutionäre Linke mit hunderten von Angriffen und Sabotageakten. Die Guerilla der Revolutionären Zellen und Rote Armee Fraktion war in diesen Auseinandersetzungen politisch und militärisch präsent. Ausgemacht, in welche Richtung diese Entwicklung geht, war noch nicht. Genauso, wie in weiten Teilen der Friedensbewegung nie klar war, wovor mehr Angst herrschte: Vor der die Kriegsgefahr signalisierenden Aufrüstung oder vor einer möglichen Radikalisierung und Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik überhaupt. Darin gab es immer Übereinstimmungen mit der herrschenden Bewusstseinshaltung und mit der Politik der Herrschenden. Überregionale und örtliche „Deeskalationsrunden“ zwischen Polizei und führenden Leuten dieser Friedensbewegung waren sich einig, dass auf jeden Fall alles in den geordneten Bahnen verlaufen soll – und die radikalen Kreise isoliert werden müssen.

Diese ideologische Übereinstimmung war auch immer ein Ansatzpunkt des Verfassungsschutzes. Dutzende von Notizen sind uns in Erinnerung, in denen von Anwerbeversuchen berichtet wurde, deren Tenor durchgängig gleich war: Der Protest ist ja legitim, aber er darf nicht aus dem Ruder laufen, an Gewalt, an einer Nähe zur RAF und militanten Gruppen, hätte doch weder die Friedensbewegung noch der Staat ein Interesse – da müsse man zusammenarbeiten. Es ist eine Zeit der Mobilmachung aller Apparate der Inneren Sicherheit, um diese gefährliche Situation in den Griff zu kriegen. Und das nicht nur auf den Straßen, wo der Nachrüstungs-Beschluss von der Polizei prügelnd durchgesetzt wurde. Weniger Beachtung fand zum Beispiel die seit 1982 in den entsprechenden Medien laufende Kampagne zur politischen Durchsetzung von Undercover-Agenten, gegen radikale und revolutionäre Gruppen. Einige Zitate:





Aufnahmen von Klaus Steinmetz um 1990

„Die Fahndung ins Leere verdeutlicht ein zusätzliches Dilemma der Polizei, die nicht über Informationen zur personellen Gliederung des Gewaltpotentials verfügt. Die Verzichtspolitik der 70er Jahre, als man von einer nachrichtendienstlichen Durchdringung der Szene nichts wissen wollte, die rächt sich jetzt spürbar.“ *Die Welt*, 11. Mai 82

„Das BKA setzte zu Beginn dieser Woche eine Sonderkommission ein, die im brainstorming mit Experten der Abteilun-

gelieferten Waffen tragen. Die Gewerkschaft der Polizei erklärt, dass GSG 9-Beamte neben ihren Dienstwaffen auch weitere Waffen mitführen könnten. + + + BKA-Chef Zachert beschwert sich über die »unerträglichen Vorverurteilungen« der Medien. + + + Öffentlich wird die Frage gestellt, ob der V-Mann geschossen hat. Seine Vernehmung wird gefordert. **Donnerstag, 8. Juli:** Laut Süddeutscher Zeitung war die Festnahme von Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams für den 25. Juni geplant, habe aber wegen logistischer »Schwierigkeiten« verschoben werden müssen. **Freitag, 9. Juli:** Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) gibt bekannt, dass sie vom Generalbundesanwalt am 14. Mai und am 17. Juni über die bevorstehende Aktion unterrichtet wurde. + + + Bei einer Nachrichtenagentur geht eine Erklärung der RAF ein, die dazu auffordert, nach der Ermordung von Wolfgang Grams nicht zur Tagesordnung überzugehen. Der StA Schwerin soll ein Videoband vorliegen, das ein »in dienstlicher Eigenschaft anwesender Zeuge« in Bad Kleinen gedreht haben soll. Außerdem soll ein zweites Video des BKA existieren. Beide Bänder zeigen nicht

gen ‚TE‘ (Terrorismus) und der Arbeitsgruppe ‚RZ‘ im BKA Wege zum Eindringen in die verschachtelte anarchoterroristische Landschaft erkunden soll.“ *Die Welt*, 16. Juli 1982

„Eine brainstorming-Kommission – in diesem Sommer vom BKA eingesetzt – machte sich an die Aufgabe: wie kann die Polizei in das Gängeviertel der Terroristen eindringen.“ *Die Welt*, 13. November 82

„Boge, der Nachfolger Herolds“ – als BKA-Präsident – „hat in verschiedenen Vorträgen gesagt (…) Aber auch in der Terroristenfahndung sollen in Zukunft V-Leute eingesetzt werden. Ausgebildete Kriminalkommissare sollen sich beispielsweise an Universitäten einschreiben und dort Fahndung machen.“ *taz*, 14. Januar 1983

„Aus Gesprächen mit ihm“ – (Hellbroich, damaliger Chef der Bundesamtes für Verfassungsschutz) – „weiß man, dass er durchaus dezidierte eigene Vorstellungen hat und diese auch realisieren wird. Dazu gehört eine ‚Verstärkung der operativen Arbeit‘. Dies gilt aus seiner Sicht nicht nur für die Spionageabwehr, wo sie die Grundlage jedes Erfolges ist, sondern vor allem in den Bereichen des Terrorismus und des Linksextremismus. Darunter versteht Hellenbroich in erster Linie die ‚Arbeit mit Quellen‘, also ‚handfeste geheimdienstliche Arbeit‘, wie er es einmal genannt hat“. *Die Welt*, 16. Mai 1983

„Zimmermann“ – damaliger Bundesinnenminister – „würdigt den Verfassungsschutz. Benötigt werde ein funktionsfähiger und ein informierter Verfassungsschutz, denn der Kampf gegen die Verfassungsfeinde und gegen Gewaltanwendung ‚beginnt im Vorfeld der Gefahr und im Vorfeld der Gewaltanwendung‘. (…) Vorfeldbeobachtungen in der Terrorismusbekämpfung gehöre zu den Hauptaufgaben des Verfassungsschutzes.“ *Die Welt*, 23. September 1983

1985–1987: Von Kaiserslautern nach Mainz

Wir wissen natürlich auch nicht, ab wann Klaus Steinmetz für den Verfassungsschutz gearbeitet hat. Ob von Anfang an – also ob er sich schon in Kaiserslautern, im Auftrag des VS an der Uni betätigt hat – oder ob er dort erst vom VS angeworben wurde. Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand 1984/85 kam er in Kontakt mit Leuten, die mit öffentlichen Aktionen diesen Hungerstreik unterstützten. Unter anderem führten sie eine Veranstaltung an der Universität durch. In dieser Zeit war Klaus Steinmetz im Asta und Ansprechpartner. In der allgemeinen Repression des Staatsschutzes – in dieser Zeit wurde selbst das Sammeln von Geld für Gefangene kriminalisiert – wurden dutzende Vorladungen ausgesandt und entsprechend viele Anquatschversuche des VS liefen.

Wie später – im Prozess gegen einige GenossInnen wegen dieser Veranstaltung – deutlich wurde, hatte Steinmetz vor der Staatsanwaltschaft Aussagen gemacht und Leute belastet. Er wurde zur Rede gestellt. Aufgrund dessen wurde die weitere Zusammenarbeit mit ihm abgelehnt. Wir gehen allerdings davon aus, dass ihn seine Chefs zu dem Zeitpunkt nicht mehr als Perspektivagenten angesehen haben können, als jemand, der vor Polizei und Justiz keine Nerven behält, war er identifiziert. Dass er trotzdem später noch Zugang zur RAF findet, wird ihm anfangs wohl tatsächlich niemand beim VS geglaubt haben. Als Spitzel hat er aber weitergearbeitet. Und er konnte das auch, weil er nach seinem Umzug von Kaiserslautern nach Mainz in eine „Szene“ ging, die sich für die Vorgeschichte und Probleme der Leute ohnehin nicht interessierte. Eher war es so, dass seine Geschichte, in Kaiserslautern von den „Antiimps“ schlecht behandelt worden zu sein, in das eigene Bild dieser Leute passte; keine Fragen, zum Beispiel: Was war der Inhalt der Kritik? wurden gestellt, weil jemand nur gut sein konnte, gegen den die „Antiimps“ was sagen. So sektiererisch war damals das politische Verhalten.

Klaus Steinmetz bekam Kontakt zu Autonomen und Antifas und bewegte sich im breiten Bereich der gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens gerichteten Bewegung. Was er dort im Einzelnen trieb, wissen wir nicht. Das müssen auch diejenigen GenossInnen für sich beantworten, die damals mit ihm zu tun hatten. Licht auf seine politische Position zu dem Zeitpunkt wirft folgende Tatsache: Ende Januar 1986 fand in Frankfurt der Kongreß „Antikapitalistischer und antiimperialistischer Widerstand in Westeuropa“ statt. Er stieß, insbesondere bei vielen Autonomen, auf heftigen Widerspruch. Ein Teil wollte den Kongress stürmen, Klaus Steinmetz befand sich bei denen, die vor dem Eingang randalierten.

Die Schüsse an der Startbahn – ein Weg zu RAF?

Der 2. November 1987 markiert für die Rhein-Main-Region einen wichtigen Einschnitt. Zwei Polizisten wurden an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen durch Leute aus der Startbahnbewegung erschossen. Auf eine solche Eskalation der Auseinandersetzungen war niemand vorbereitet, traf sie doch die Bewegung auch zu einem Zeitpunkt, wo innere Zersetzung und Perspektivlosigkeit jede weitergehende Initiative lähmte. Die staatliche Repression löste eine Welle von Distanzierungen und Verrat aus. Politische und moralische Zersetzung, Korruption in breitem Ausmaß waren die Folgen.

Schon damals war deutlich, dass der Verfassungsschutz unmittelbar mitgemischt hat: Die Einsatzleitung beziegungsweise das Polizeipräsidium in Frankfurt wurde vom VS vorher informiert, dass bei einer Wegkreuzung „Spinne“ etwas passieren würde. Nach den Schüssen informierte der VS das Präsidium darüber, dass bei Andreas Eichler die Waffe zu finden sei. Von wem diese Informationen stammten, wurde nie klar. Weder der Staat noch das Spektrum der Startbahnbewegung, das irgendwie was mit den Schüssen zu tun hatte, hatte ein Interesse, diesen Punkt zu klären. Mit einiger Wahrscheinlichkeit können wir heute behaupten, dass Klaus Steinmetz schon damals ein für den VS relevanter Zuträger war. Tatsache ist, dass er mit diesen Leuten aus der Startbahnbewegung Kontakt hatte. Hinzu kommt, dass wir heute wissen, dass er 1987/1988 vom Verfassungsschutz für hervorragende Arbeit belobigt wurde. Wofür konnte, zu dem

CHRONIK **20 JAHRE BAD KLEINEN**

den Schusswechsel. **Samstag, 10. Juli:** Der frühere Justizminister Klaus Kinkel (FDP) erklärt, er stehe weiter zu seiner Politik der »ausgestreckten Hand« gegenüber der RAF. + + + In Wiesbaden findet eine Trauer-Demonstration zum Tod von Wolfgang Grams mit zirka 4 000 TeilnehmerInnen und in Bad Kleinen eine Kundgebung statt. **Sonntag, 11. Juli:** Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Scharping (SPD) bestätigt, dass es sich bei der dritten Person um einen V-Mann des Verfassungsschutzes Rheinland-Pfalz handelt. + + + Bürgerrechtsvereinigungen fordern die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission. + + + Der Spiegel berichtet, das Videoband, das der Staatsanwaltschaft Schwerin vorliegt, sei manipuliert worden. Die ZDF-Sendung „Bonn direkt“ behauptet, eines der aufgenommenen Videos zeige den Schusswechsel auf dem Bahnhof Bad Kleinen. **Montag, 12. Juli:** Auch in einer weiteren Sitzung von Innen- und Rechtsausschuss werden die Ausschussmitglieder nach eigenen Angaben nur unzureichend über den Einsatz infor-

Zeitpunkt, ein VS-Spitzel schon belobigt werden?

Ein weiteres starkes Indiz ist für uns Folgendes: Klaus Steinmetz und der VS benutzten die Folgen der Schüsse dafür, einen zweiten Versuch zu starten, an die RAF ranzukommen. Die nach den Schüsse einsetzende staatliche Repression gegen Leute aus der Anti-Startbahnbewegung traf sehr viele in unterschiedlichster Art und Weise. Massenhaft wurden Hausdurchsuchungen gemacht, viele Menschen wurden vorgeladen und mit schwersten Vorwürfen konfrontiert, mit Anklagen wegen Beteiligung am Mord gedroht. Gegen einige, die von der Polizei nicht gleich aufgegriffen werden konnten, wurden Haftbefehle ausgestellt. Manche brachten sich erst mal in Sicherheit, um die weitere Entwicklung abzuwarten – auch weil sie sich im Verhältnis zu den in den Haftbefehlen angegebenen Gründen grundlos kriminalisiert fühlten. Waren das Konstruktionen des Staatsschutzes? Ging das auf Denunziationen und Aussagen anderer StartbahngegnerInnen zurück?

Wir wissen heute, dass sich Klaus Steinmetz innerhalb eines Kreises von Genossinnen und Genossen befand, der versuchte, einer so zum „Abtauchen“ gezwungenen Person zu helfen. Daraus entstand



Zeitgenössisches Plakat, aus dem Buch „vorwärts bis zum nieder mit“ (http://plakat.nadir.org)

nicht nur ein gewisser Vertrauensbonus, den Steinmetz später auch benutzte. Es ging dabei natürlich auch um die ganzen Fragen, die sich um eine solche Illegalität drehen: Welche Perspektive gibt es dort, was kann dort gemacht werden – welchen Weg will ein Mensch einschlagen, der dorthin gezwungen wurde. Warum sich nicht also mal mit denen treffen, die dort die längsten Erfahrungen haben, die vielleicht helfen können, wie Steinmetz öfter vorschlug. Es ist nie dazu gekommen. Das lag aber nicht an ihm, sondern weil die Person das für sich ausschloss. Wäre das allerdings anders gewesen, wäre Steinmetz mit dran gewesen, eben mitgeschwommen – wie auch zu anderen Zeiten seiner Karriere. Gegen die Person ist später nichts Weiteres passiert. Der Haftbefehl wurde ohne Begründung aufgehoben – die schwerwiegenden Vorwürfe spielten plötzlich keine Rolle mehr. Deshalb, weil sie von Anfang an erfunden waren, um Steinmetz eine Gelegenheit zum Kontakt mit Illegalen, mit der RAF zu ermöglichen?

Stammheim, Institut Français, Hungerstreik – der Weg zur RAF?

Ende 1986 wechselt Steinmetz seinen Wohnort: Er zieht von Mainz nach Wiesbaden. Irgendwann wird bei einer Hausdurchsuchung eine von ihm geschriebene handschriftliche Erklärung zu einer Aktion gefunden – einer Aktion, die nicht stattgefunden hat. Mysteriös auch ihm angeblich zugesteckte Info über die Einleitung eines § 129a-Verfahrens gegen einen Kreis von Leuten, die im Herbst eine Demo gegen eine Tagung einer Nato-Organisation (ATA) vorbereitet. Steinmetz fordert daran anknüpfend eine Diskussion über Kriminalisierung ein.

Im Spätsommer 1987 wird eine Demonstration zum zehnten Jahrestag des Todes von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe in Stuttgart vorbereitet. Die Initiative ging vom autonomen Süddeutschenplenum aus und war für die damalige Zeit in gewisser Weise eine Novum: Eine gewollte und gesuchte Annäherung der autonomen und antiimperialistischen Spektren. Der Kreis, in dem sich Klaus Steinmetz in Mainz und Wiesbaden bewegte und Steinmetz selber beteiligten sich an der Vorbereitung dieser Demonstration, die Solidarität und gemeinsamen Kampf mit den Gefangenen aus der Guerilla ausdrücken sollte. Für die Rhein-Main-Region stellte diese Beteiligung nochmal eine besondere Ausnahme dar: Gerade das autonome Spektrum dieser Region hielt noch stur an Abgrenzung fest.

„Jeder Schritt aufeinander zu ist ein Schritt nach vorne“ – das war eine der Parolen, mit denen im linksradikalen Spektrum für diese Demonstration mobilisiert wurde. Für Steinmetz eröffnete das den Zugang zu antiimperialistischen GenossInnen in Wiesbaden, die ihn so als einen Menschen erfahren haben, der die alten Abgrenzungen zwischen Autonomen und AntiimperialistInnen überwinden will und offen für eine Zusammenarbeit ist. Das galt auch dann noch, als er immer weniger mit dem Zusammenhang zu tun hatte, mit dem er bisher zusammenarbeitete. Aus dem Ergebnis wissen wir heute, dass ihm großes Vertrauen entgegengebracht wurde; offensichtlich konnte er Fragen zu seiner Kaiserslauterner Zeit, zu seinem Verhalten und Absichten, sofern sie ihm gestellt wurden, immer wieder zerstreuen. Vielleicht wirkte der gleiche Effekt wie 1985 in Mainz: Damals war schnell Übereinstimmung in der Wut auf „Antiimps“ herzustellen, jetzt war man unkritisch, weil man ja nicht einen verprellen will, der von den Autonomen herkommt?

Nach den Ereignissen an der Startbahn wurde Steinmetz so großes Vertrauen entgegengebracht, dass er sich an einer militanten Aktion beteiligen konnte. Im Frühjahr 1988 wurden während des Hungerstreiks von französischen Gefangenen aus der Guerilla „Action directe“ in Frankfurt-Bockenheim brennende Barrikaden errichtet und das „Institut Français“ demoliert. Im Zusammenhang mit dieser Aktion wurde in einer Lederjacke ein Strafzettel gefunden, der auf Steinmetz hinweist. Eine Hausdurchsuchung folgt – nie allerdings eine Anklage oder ein Prozess. Diese Aktion gegen das „Institut Français“ hatte zumindest für die Rhein-Main-Region eine bestimmte Bedeutung. Es war keine Aktion

miert. **Dienstag, 13. Juli:** Die Bundesregierung spricht den Einsatzkräften, dem BKA und der BAW ihr volles Vertrauen aus. **Donnerstag, 15. Juli:** In der Fernsehsendung »Panorama« wird behauptet, die Festnahme des V-Mannes sei eine Panne gewesen. Er hätte eigentlich die Möglichkeit zur Flucht haben sollen. Die Staatsanwaltschaft Schwerin fordere von der Redaktion von »Panorama« die Herausgabe von Name und Anschrift des V-Mannes, da Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesanwaltschaft keine Angaben machten. **Freitag, 16. Juli:** Birgit Hogefeld wird von Frankfurt nach Bielefeld verlegt, wo sie verschärften Isolationshaftbedingungen ausgesetzt ist. **Samstag, 17. Juli:** »Freunde und Freundinnen aus Wiesbaden« veröffentlichen einen »offenen Brief an Klaus S.« und fordern ihn zur Offenlegung seiner Rolle in Bad Kleinen auf. **Montag, 19. Juli:** Der Gerichtsmediziner Sellier übt Kritik an den Ermittlungen. Die Bestimmung der Tötungswaffe hätte durchaus sofort nach dem Einsatz erfolgen können. + + + Der rheinland-pfälzische Innenminister Zuber erklärt am Wochenende vorher, dass er von der Aktion der

einer militanten Kleingruppe, sondern, wie damals in einem Text geschrieben wurde, eine mit vielen GenossInnen verschiedener Städte der Region gemeinsam vorbereitete und durchgeführte Aktion. Offen im militanten Auftreten, sollte es auch die Verunsicherung und Defensive nach dem 2. November 1987 durchbrechen.

Steinmetz hat durch seine Beteiligung an dieser Aktion die Verbindung mit den „Antiimps" festigen können. Über die Zusammenarbeit im Infoladen, bei den Aktivitäten während des Hungerstreiks 1989 und bei und nach der Besetzung des Hauses in der Helenenstraße in Wiesbaden war er dann fest integriert. Die Umbrüche in diesem Spektrum, die Orientierungslosigkeit und das Bedürfnis, zu recht „neue Wege beschreiten" zu wollen, führten dazu, dass Steinmetz mit seiner Kritik an „straighten Antiimps" offene Türen einrennt: Viele sehen sich selber als deren Opfer.

Siggi Nonne – ein Bauernopfer des VS?

Ende Januar 1992 erschütterte – wenn wir den Medien glauben – ein Skandal die Republik: Die RAF hätte bei einem gewissen Siggi N. aus Bad Homburg, während der Zeit der Vorbereitung des Angriffs auf die Fahrzeugkolonne des Chefs der Deutschen Bank, im November 1989 Quartier gemacht – und dieser Mensch hätte sich den Behörden offenbart. Ein Erfolg behördlicher Aufklärungsarbeit gegen die RAF war zu feiern. Bereitwillig glaubten die Medien das – bis durchsickerte, dass dieser Siggi Nonne schon Anfang der 80er Jahre unter dem Verdacht stand, Informant des Verfassungsschutzes zu sein und umgehend isoliert wurde. Noch mehr Ungereimtheiten tauchten auf, seine Schwägerin widersprach öffentlich, weil sein Bruder in dieser Zeit mit Siggi Nonne zusammen wohnte, auch die RAF dementierte, jemals bei der Person gewesen zu sein. Aus dem Erfolg wurde ein Skandal: Der Verfassungsschutz war informiert. Kurze Zeit später wurde Nonne als Psychopath präsentiert, der alles nur erfunden hätte.

Was hat diese Geschichte mit Klaus Steinmetz zu tun? Der Spitzel Siggi Nonne zeigt einige Parallelen: Zum Beispiel die, von örtlichen Friedensgruppen des Taunus aus Kontakt zu antiimperialistischen Gruppen, die vom Staatsapparat als „RAF-Umfeld" eingeordnet wurden, zu suchen und dort mitzuschwimmen. Er wurde damals verdächtigt und der Umgang mit ihm abgebrochen. Dass er knapp zehn Jahre später wieder auftauchte – und bevor er groß in die Medien kam, schickte der VS ihn nochmals los, um mit einer abenteuerlichen Geschichte bei linken Rechtsanwälten vorstellig zu werden – hat unserer Einschätzung nach wenig mit dem vorübergehenden „Fahndungserfolg" zu tun, den der Staatsapparat inszeniert hätte, um von seiner Erfolglosigkeit abzulenken. So wurde das damals hauptsächlich interpretiert.

Wir sehen einen unmittelbaren Zusammenhang mit Klaus Steinmetz: Nonne wurde aus der Versenkung geholt und präsentiert, um von Steinmetz abzulenken. Warum? In dem Jahr vor Nonnes Medienerfolg gab es Hinweise auf einen V-Mann des Verfassungsschutzes im Rhein-Main-Gebiet. Wiederholt konnte die *Welt* berichten, dass es dem Verfassungsschutz gelungen sei, im Umfeld der RAF im Rhein-Main-Gebiet einen V-Mann zu platzieren. Zuerst als Verunsicherungstaktik abgetan, fragten sich dann aber doch einige Genossinnen und Genossen, ob und was denn da wohl dran sein könnte. Dann tauchte die Nonne-Geschichte auf – und alle Fragen schienen eine Antwort zu haben: Ja, Siggi Nonne war damit gemeint.

Heute können wir die Informationen ganz anders zusammensetzen und sie ergeben ein anderes Bild. Nach dem Umzug Steinmetz' Ende 1986 von Mainz nach Wiesbaden informierte der rheinland-pfälzische VS die hessischen Kollegen. Einer ihrer Mitarbeiter würde jetzt in Hessen operieren, aber weiter von Rheinland-Pfalz aus geführt werden. Man sei zwar „vor vielen Jahren ordnungsgemäß über den Umzug eines V-Mannes aus Mainz nach Wiesbaden informiert worden, aber außer seiner Existenz sei über diesen Mann in Hessen nichts bekannt gewesen". (*Frankfurter Rundschau* vom 19. Juli 1993) Die Vermutung liegt nahe, dass der hessische VS „undicht" war – und von dort das Info an die *Welt* ging. Aus dem, was bis jetzt bekannt ist – und aus der Methodik von Geheimdiensten auch glaubhaft – wusste der hessische VS nicht genau, um welche Person es sich handelt, sondern nur, in welcher Szene er sich bewegte.

Bei den Geheimdiensten mussten diese *Welt*-Meldungen Alarm auslösen. Vermutlich konnte Steinmetz sogar berichten, dass in diesen Kreisen Fragen und Vermutungen wegen dieser Meldungen angestellt wurden. Vielleicht wäre es nur eine Frage der Zeit gewesen, bis der Verdacht auf ihn gefallen wäre; Unsicherheit musste auch darüber herrschen, was die Quelle dieser Infos sonst noch wusste und ob, wer weiß, vielleicht das auch irgendwann in der Zeitung gestanden hätte. Hatte Steinmetz zu dieser Zeit schon Kontakt zur RAF? Eine Gefährdung dieser so lange gesuchten Verbindung zu riskieren wegen durchgesickerter Infos? Auch ohne dass ein Verdacht auf Klaus Steinmetz gefallen wäre, der nicht auszuschließende Abbruch oder die Reduzierung aller möglichen Kontakte der RAF in dieser Region, bis mehr Klarheit über diese Meldungen herrscht, hätte für den VS schon einen herben Rückschlag bedeutet und die langjährige Operation gefährdet. Dem musste Abhilfe geschaffen werden. Weil offensichtlich die Meldung aus dem hessischen VS an die Öffentlichkeit gedrungen ist, musste der auch das Ablenkungsmanöver starten. Siggi Nonne wurde als „Bauernopfer" ausgewählt, weil auf ihn einige der Merkmale von Klaus Steinmetz zutrafen, weil es plausibel war.

Aus Sicht des Verfassungsschutzes rechtfertigte der endlich hergestellte heiße Draht zur RAF allemal eine solche Finte. Es hatte für die Verantwortlichen im hessischen VS nie Konsequenzen, selbst als – was es ja auch sollte – aus dem Fahndungserfolg eine Geheimdienstschote geworden war: Kein Rücktritt ist bekanntgeworden, keine Strafversetzung der zuständigen Abteilungsleiter oder auch nur Sachbearbeiter. Von Siggi Nonne haben wir seitdem nichts mehr gehört. Das Letzte war, dass er in eine unbekannte Psychiatrie eingewiesen wurde – damit er erst richtig verrückt wird, auf jeden Fall für immer schweigt? ❖

CHRONIK
20 JAHRE
BAD KLEINEN

RAF in Weiterstadt am 27. März keine Kenntnis durch den V-Mann hatte. + + + Nach Presseberichten sollen bereits Treffen zwischen dem V-Mann und Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams im Februar und April stattgefunden haben. In der taz wird ein Brief von Klaus S. veröffentlicht, in dem er behauptet, kein V-Mann zu sein. **Dienstag, 20. Juli:** Öffentlich bekannt wird das Zwischengutachten des Wissenschaftlichen Dienstes der Züricher Stadtpolizei mit dem vorläufigen Ergebnis, dass Wolfgang Grams' Waffe mit der »Stanzmarke« nach Form und Ausmaß übereinstimmt. Der Lübecker Gutachter besteht nicht mehr darauf, dass die Druckstelle an Wolfgang Grams' Kopf nicht zu seiner Waffe passe. + + + Der rheinland-pfälzische Innenminister Zuber erklärt, dass im Rhein-Main-Gebiet seit zehn Jahren ein V-Mann für den VS Rheinland-Pfalz arbeitet. + + + Die Eltern Grams' und Newrzellas kritisieren die Ermittlungsbehörden. Die Eltern von Newrzella haben bis jetzt keine offizielle Nachricht über die Todesumstände und -ursache ihres Sohnes bekommen. **Donnerstag, 22.**

„ich bin froh, nicht mehr abzuwarten, sondern zu handeln“

Brief von Andrea Wolf, Juli 1996

„... wir können entweder sterben, buchstäblich als volk und möglicherweise als ganzer planet, oder wir können der sich häutenden schlange gleich zu bewußten zeugen des todes der existierenden kultur werden und uns mit der strahlend neuen haut identifizieren, die sich unter der oberfläche des alten zu zeigen beginnt ...“

(aus: mythen, musen und tarot von vicki noble)

■ mein name ist andrea wolf. ich werde wegen des sprengstoffanschlags der RAF auf den knastbau in weiterstadt gesucht. im november letzten jahres wurde deswegen haftbefehl gegen mich erlassen, obwohl dem staatsschutz bekannt ist, dass ich damit nichts zu tun habe. ich war zu dem zeitpunkt weder illegal noch bei der RAF, sondern auf reisen in lateinamerika. ich lebe jetzt allerdings seit einem jahr in der illegalität, weil sich meine mögliche verhaftung bereits im sommer 95 abzeichnete. das ermittlungsverfahren bedroht mich als teil der linksradikalen opposition, in der ich seit 15 jahren aktiv bin. konkret heißt das zum beispiel, daß ich teil der häuserbewegung anfang der 80er war, in infoladenstrukturen und in der anti-waa-bewegung organisiert war, daß ich in frauenzusammenhängen und im antirassistischen und antifaschistischen info- und notruftelefon frankfurt am main mitgearbeitet habe oder in einzelnen mobilisierungen wie im hungerstreik der politischen gefangenen 1989 aktiv war.

als mitte der 80er die hoffnung auf eine grundsätzliche veränderung der machtverhältnisse, die an unsere kämpfe geknüpft war, immer schmaler wurde, habe ich, wie viele andere auch, versucht, revolutionären kampf neu zu bestimmen. nach wie vor geht es um eine fundamentale opposition. die frage ist nur das „wie“. nach wie vor ist das interesse des staates, das zu bekämpfen und zu verhindern.

in meinem fall konnten sich bundeskriminalamt (bka) und bundesanwaltschaft (baw) zunutze machen, dass ich monate nach bad kleinen das motorrad des steinmetz von seiner wohngemeinschaft gekauft hatte. (steinmetz ist der agent des verfassungsschut-



Andrea Wolf

Juli: Die taz veröffentlicht einen Brief von Birgit Hogefeld, in dem sie klarstellt, dass Klaus Steinmetz der V-Mann ist. + + + Bundeskanzler Kohl spricht in Hangelar der GSG 9 sein »ganz besonderes Vertrauen« aus. Unter Bezug auf Wolfgang Grams erklärt er, es werde versucht, aus einem Mörder eine Art Märtyrer zu machen. Die Presse wird bei diesem Besuch massiv behindert. **Freitag, 23. Juli:** Die StA Schwerin vermutet Absprachen unter den vernommenen Beamten. Der Aufenthalt des V-Mannes ist nach offizieller Darstellung noch immer unbekannt. + + + Die Eltern Grams' erstatteten Strafantrag gegen Kohl wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und des Verdachts der üblen Nachrede, weil er Wolfgang Grams öffentlich zum Mörder erklärt hat. + + + Die Wochenzeitschrift Freitag veröffentlicht einen anonymen Brief von zwei angeblichen leitenden Beamten des Bundesinnenministeriums, die behaupten, es handele sich bei den Ereignissen in Bad Kleinen um ein Komplott von Regierungsstellen, um das Thema »Terrorismus von links« zum Wahlkampfthema zu machen. Weiter wird behauptet, Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams sei-

zes, der im juni 93 die sicherheitsbehörden nach bad kleinen führte, wo birgit hogefeld verhaftet und wolfgang grams erschossen wurde.) der kauf war ein großer fehler, an dem motorrad und den dazugehörenden koffern wird das ganze verfahren gegen mich aufgehängt und eine beteiligung von mir an der knastsprengung in weiterstadt konstruiert. mein denken damals, dass so ein motorrad keine rolle spielen wird, weil der v-mann sowieso das blaue vom himmel runter lügen wird, wie die behörden es wollen, um damit weiter ermitteln und kriminalisieren zu können, macht nur deutlich, daß ich noch gar nicht begriffen hatte, was eigentlich passiert war.

ich kannte steinmetz knapp über ein jahr, wovon ich drei monate in lateinamerika war. kennengelernt hatte ich ihn im rahmen der vorbereitungen gegen den weltwirtschaftsgipfel, der im juli 92 in münchen stattfand. gegen den gipfel der reichsten der welt wurde nicht nur eine großdemonstration mit über 25 000 teilnehmerInnen organisiert, sondern auch ein gegenkongreß mit beteiligung von vertreterInnen aus nationalen befreiungsbewegungen weltweit. mein kontakt zu steinmetz war von anfang an ein politischer, wo es um „fragen und diskussion des kampfes“, um grundsätzliche veränderung der machtverhältnisse ging. obwohl mir seine tour als unbehagen irgendwie aufstieß, konnte ich ihn nicht wirklich durchschauen und identifizieren. er setzte z.b., psychologisch präpariert von seinen v-mann-führern, oft pures vs-wissen anstelle von eigener meinung und diskussion. frauen gegenüber mimte er den aufmerksamen und mitdenkenden, und meinungsverschiedenheiten unter gruppen und einzelnen, nach denen er sich immer wieder erkundigte, benutzte er, um sich darin sicher bewegen zu können und die leute voneinander getrennt zu halten.

es gab keine irgendwie gearteten aktionen von mir mit steinmetz. die bezeichnung „freundin“ in den medien soll mich als frau demütigen und mein handeln und denken entpolitisieren: die frau ohne eigenen willen, als anhängsel des (v)-mannes, war überall dabei, dann wieder suggeriert es, der vs-agent wäre eben schon auf die „richtigen“ angesetzt gewesen …

im zuge der ermittlungen wurde mein wohnort, das teilbesetzte haus und wohnprojekt, fritzlarer straße in frankfurt am main, wo 16 erwachsene und zwei kinder seit jahren zusammenleben, ständig terrorisiert und immer wieder von sonderkommandos der polizei durchsucht. eine frau ist zusammen mit ihrem sohn mittlerweile ausgezogen. im juli 1995 nach der dritten hausdurchsuchung war die situation für mich nicht mehr überschau- oder einschätzbar. ich war zusammen mit fünf anderen aus meiner wohngemeinschaft zeugin in dem o. g. verfahren gegen unbekannt geladen. gleichzeitig war im durchsuchungsbeschluss zu lesen gewesen, dass ich ja den weiterstadt-sprengstoff transportiert haben könnte. ein nahtloser übergang von der beuge- zur u-haft war zu befürchten. so entschied ich mich wegzugehen, um aus sicherer entfernung zu beobachten, was weiter passiert. es kann auch sein, dass nur der eindruck erweckt werden sollte, dass meine verhaftung unmittelbar bevorsteht. unter einem solchen druck, spekulierte der staatsschutz möglicherweise, würde ich dazu gebracht, neue fehler zu machen, die er für die verfolgung nicht nur von mir, sondern auch von anderen benutzen könnte. d. h. aber umgekehrt nicht, dass nichts passiert wäre, wenn ich zuhause geblieben wäre.

ende november 95 konnte ich der presse entnehmen, dass haftbefehl gegen mich erlassen worden war. ausserdem wurden sechs meiner mitbewohnerInnen erneut als zeugInnen geladen, diesmal um gegen mich auszusagen. vier von ihnen sassen bis zu fünf monate in beugehaft, weil sie sich weigerten, mit der politischen justiz zusammenzuarbeiten.

ich kam kaum dazu zu realisieren, was ein haftbefehl bedeutet, als ein freund am 6.12.95 an einem deutsch-österreichischen grenzübergang kurzfristig festgenommen wurde. bei ihm wurden ausser diskussionsmaterial persönliche briefe von mir gefunden. als folge davon wird ein neues verfahren gegen mich eingeleitet wegen mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung. in dem beschluss des bundesgerichtshofs dazu werden einzelne wörter aus dem zusammenhang gerissen und mit füllwörtern aufgepeppt, so wieder zusammengesetzt, dass sich ein neuer sinn ergibt. hatte ich in einem brief über meine entscheidung, weggegangen zu sein, geschrieben: „… ich bin froh, nicht mehr abzuwarten, sondern zu handeln.“

die verdrehung der baw endete in der kernaussage, daß ich in einem pkk-ausbildungslager sei und mit einer unbekannten gruppe zurückkehren wollen würde, um den bewaffneten kampf aufzunehmen. aufgrund dieser behauptung wird nicht nur gegen mich ein neues verfahren eingeleitet, auch gegen … wird wegen unterstützung dieser angeblichen terroristischen

■ Andrea Wolf kam 1965 in München zur Welt und war dort Anfang der 80er Jahre in verschiedenen politischen Bewegungen aktiv und wurde mehrmals festgenommen und verurteilt. Nach ihren Umzug nach Frankfurt 1986 war sie vor allem in den damaligen antiimperialistischen Zusammenhängen aktiv. Sie kämpfte gegen die geplante WAA (Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernstäbe) in Wackersdorf, organisierte die Mobilisierung gegen den Münchner Weltwirtschaftsgipfel/G7 1992 mit, sie war in den Kämpfen zur Verhinderung des Startbahn West in Frankfurt aktiv, im Kampf gegen den § 129a, für die Solidarität mit politischen Gefangenen … Auch in Frankfurt war sie im Focus der Repressionsorgane, mehrmals wurde ihre Wohngemeinschaft Ziel von Hausdurchsuchungen.

Nach der Sprengung des Knastes in Weiterstadt und nach Bad Kleinen wurde auch gegen sie ein Haftbefehl erlassen, Andrea ging 1995 in die Illegalität. Andrea Wolf wurde am 23. Oktober 1998 von türkischen Militärs nach ihrer Gefangennahme während eines Gefechts bei Catak in der Region Van in Kurdistan erschossen.

CHRONIK
20 JAHRE
BAD KLEINEN

en über ein Jahr einer lückenlosen Kontrolle unterlegen. **Dienstag, 27. Juli:** Das jetzt bekannt gewordene Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes der Züricher Stadtpolizei besagt, dass der GSG 9-Beamte Newrzella von Wolfgang Grams erschossen wurde. **Donnerstag, 29. Juli:** Bekannt wird die Aussage einer weiteren Zeugin, die angibt, dass nach einer Pause im Anschluss an die Schießerei noch ein einzelner Schuss gefallen sei, und damit die Aussage der Kioskbesitzerin bestätigt. + + + Nach einer Meinungsumfrage glauben 76 Prozent der BürgerInnen nicht an eine völlige Aufklärung von Bad Kleinen. **Freitag, 30. Juli:** Der rheinland-pfälzische Innenminister Zuber berichtet vor dem Innenausschuss des Landtags über die Aussagen von Steinmetz. Danach habe der V-Mann im Nachhinein zugegeben, von der Aktion der RAF gegen den Gefängnisneubau Weiterstadt am 27. März gewusst zu haben. **Montag, 2. August:** Der Spiegel berichtet, die Bundesanwaltschaft ermittele gegen Steinmetz wegen »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung«. Die »Pannen«

vereinigung als „kurier“ ermittelt, weil bei ihm die briefe gefunden wurden.

die gefundenen diskussionspapiere setzten sich unter anderem mit dem zustand der linken insgesamt, ihren fehlern und derzeitigen möglichkeiten auseinander. alles drehte sich um die suche nach einer neuen perspektive des kampfes, nach ideen und impulsen auch ausserhalb der eurozentristischen realität. die linke in den reichen industriezentren hat sich aus ihrer teilhabe an der macht nicht wirklich befreien können, hat diese reproduziert und sich letztlich selbst gestoppt. deshalb ist zentrales thema für mich, wo was gelernt werden könnte, um aus der verwobenheit wirklich rauszukommen. das ist der hintergrund, vor dem die pkk erwähnt wird, als einer der befreiungsprozesse in der heutigen zeit, der ständig anwächst. die pkk hat es geschafft, von einer kleinen isolierten guerillagruppe, die im august 84 den bewaffneten kampf aufnahm, zu einer grossen breiten volksbewegung zu werden. in ihr organisieren sich frauen zu eigenständigen fraueneinheiten, eine reine frauenarmee wird angestrebt. dieser innerhalb der organisation respektierte raum und gewollte schritt ist ein ausdruck davon, dass die pkk es ernst meint, wenn sie sagt, dass es ohne die befreiung der frau eine befreiung nicht nur des kurdischen volkes nicht geben kann. es wäre spannend und interessant kennenzulernen, wie das alles in der realität aussieht. um schiessen zu lernen jedenfalls braucht niemand nach kurdistan zu gehen.

unter dem titel „hilflos vor dem terror“ bereitet der spiegel (13/96) auf, wie die informationen aus den sicherheitsbehörden gelesen werden sollen: die bevölkerung in deutschland soll nicht angst haben vor massenentlassungen, dem atommüll, der dramatischen wirtschaftlichen situation, nicht vor der änderung erkämpfter rechte, nicht vor dem polizeiterror und den korrupten eliten, nein vor der pkk. „... die das land bedrohen und terrorisieren und sogar mit deutschen terroristen zusammenarbeiten würde ... auch die wegen des sprengstoffanschlags auf die jva weiterstadt mit haftbefehl gesuchte andrea wolf halte sich, so mutmaßt das bka, in einem camp der guerilla auf.“

den paranoiden hirnen des über 20 jahre hochgezüchteten staatsschutzes entspringt die phantasie einer „neuen terroristischen vereinigung“ a la RAF, die ich gründen wollen würde, weil in den siebzigern spätere RAF-leute in palästina



http://arab.blogspot.de

Wandbild in Berlin, 2011

in Bad Kleinen seien auf eine Verwechslung von Wolfgang Grams mit dem V-Mann und einen verstümmelten Funkspruch zurückzuführen. Statt »Zugriff erfolgt wie besprochen« sei »Zugriff erfolgt« übermittelt worden. + + + Die Verteidigung von Birgit Hogefeld teilt in einer Presseerklärung mit, dass diese bei der Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft Schwerin ausgesagt hat, sie habe mindestens einen Beamten mit einer Maschinenpistole gesehen und während des Schusswechsels eine MP-Salve gehört. Dies hatten mehrere andere ZeugInnen auch ausgesagt. **Freitag, 6. August:** Wolfgang Grams wird in Wiesbaden beerdigt. + + + Es wird bekannt, dass das BKA im Zusammenhang mit denw Ereignissen in Bad Kleinen nach zwei weiteren Personen, die der RAF zugeordnet werden, fahndet. **Samstag, 7. August:** Die beiden weiteren Personen, nach denen jetzt gefahndet wird, sollen laut Süddeutsche Zeitung am 27. Juni auf dem Bahnhofsvorplatz Bad Kleinen gewesen sein, von wo sie entkommen konnten. + + + Die Veröffentlichung eines Zwischenberichts der Bundesregierung wird verschoben. Laut Vorabmeldung des Spiegel behauptet der Zwi-

militärische ausbildungen machten, kann es nur das sein. die reaktion spricht eine deutliche sprache: es ist die drohung, wer den gedanken an widerstand nicht aufgibt, wird mit dem, seit der zerschlagung der arbeiterbewegung immer weiter perfektionierten, deutschen polizeiapparat eingekreist, isoliert und bis zur vernichtung gejagt werden. nur 24 stunden nach der grenzkontrolle wird meine wg zum fünften mal durchsucht. (...) zwei neue 129a-verfahren werden eingeleitet, und in der presse wird gegen die pkk gehetzt.

in den von mir verfassten briefen geht es um meine situation in der illegalität. so wie ich es mitkriege, ist das immer noch ein tabuthema in der linken, obwohl viele der von den aktuellen verfahren bedrohten untertauchen mussten. ich mache selbst die erfahrung, wie schwierig es ist, den kontakt und die diskussion unter den gegebenen umständen aufrechtzuerhalten. der staat weiss, daß es in der illegalität ohne anbindung an eine organisation oder politische perspektive nur die alternative gibt, aufzugeben oder auszuwandern. deshalb setzt er alles daran, die verbindung und den kontakt der linken zu den illegalen zu verhindern. punktuell ist das auch gelungen, wenn man sich anschaut, wieviele menschen aus den 80er jahren heute noch illegal leben, an die sich kaum jemand mehr erinnert bzw. von denen fast niemand etwas weiss. ich kriege erst jetzt so langsam eine vorstellung davon, was es für die zigtausende flüchtlinge in deutschland bedeutet, tag für tag ohne papiere und ohne status ums überleben zu kämpfen. und dabei habe ich noch das „privileg“, weiss zu sein.

ich bin überrascht, wie liebevoll und offen ich überall aufgenommen werde. allen, auch zu hause, möchte ich für ihre solidarität danken. diese solidarität ist wie eine welle, die mich trägt. ich hoffe, alle, die in der gleichen situation sind, erleben das genauso. euch möchte ich sagen, dass meine gedanken und meine liebe euch begleiten, egal wo auch immer ihr sein mögt!

ich rufe hiermit alle fortschrittlichen menschen, auch in den medien, auf, sich an den verdrehungen und der hetze nicht zu beteiligen. die geheimdienstoperation um steinmetz herum muss komplett offengelegt werden.

die verfolgung von mir, meiner wohngemeinschaft und der linken muss aufhören!

schluss mit all den aktuell laufenden politischen verfahren.

weg mit den haftbefehlen und der beugehaft (ermittelt werden muss beim verfassungsschutz und in der regierung).

statt dessen sollte endlich das pkk-verbot aufgehoben, die militärhilfe für die türkei eingestellt werden, die politischen gefangenen freigelassen und die menschenverachtende asylpraxis gestoppt werden.

für unser recht auf leben als menschen und frauen.

freiheit und glück ❖

http://arab.blogspot.de

Transparent in Berlin

CHRONIK
20 JAHRE
BAD KLEINEN

schenbericht, dass der für Wolfgang Grams tödliche Kopfschuss »auf eine Selbsttötung oder einen Unfall zurückzuführen« sei, obwohl die Ermittlungen und Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien. **Freitag, 13. August:** Es wird bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Schwerin ein Ermittlungsverfahren gegen zwei GSG 9-Beamte (Nummer 6 und Nr. 8; ihre Namen sind nicht bekannt) eingeleitet hat wegen des Verdachts, Wolfgang Grams vorsätzlich getötet zu haben. + + + Der rheinland-pfälzische Innenminister Zuber hat vor dem Innenausschuss der Verwechslungstheorie (Verwechslung von Wolfgang Grams mit dem V-Mann) widersprochen. Von Birgit Hogefeld und dem V-Mann seien »in den Tagen vor Bad Kleinen hervorragende Videos und Fotos« gemacht worden. **Montag, 16. August:** Im vorab bekannt gewordenen Zwischenbericht der Bundesregierung werden zahlreiche »Pannen« aufgelistet. Der Bericht enthält zahlreiche Widersprüche, obwohl es sich um die letzte von mehreren Versionen handelt. + + + Die taz zitiert aus einem Brief von Stein-

danach war alles anders ...

ein sehr persönlicher rückblick

von anja & tim

vorbemerkung – „wir waren nicht in bad kleinen. wir haben weder das wissen der raf noch des verfassungsschutzes."

diese einleitenden worte der gruppe „kein friede" aus ihrem bericht zu bad kleinen, steinmetz und raf[1] beschreiben exakt unseren „informellen" ausgangspunkt am 27. juni 1993. aber wir fühlten uns der raf und dem antiimperialistischen widerstand politisch und praktisch tief verbunden. dieser tag hat für uns, für unseren weiteren politischen weg, aber auch für unsere freundschaft, alles verändert.

■ wir offenbaren hier nichts, was nicht sowieso mittlerweile bekannt ist, jedenfalls an der oberfläche, nennen weder namen noch orte, nicht woher wir kommen, wo wir jetzt leben. wir beschreiben, wie wir den 27. juni 1993 und die wochen danach erlebt haben. nach 20 jahren aufzuschreiben, was damals geschehen ist, war für uns nochmal eine sehr intensive erfahrung. der ursprüngliche text ist wesentlich länger, detaillierter. letztendlich haben wir uns für diese, erheblich gekürzte, version entschieden, denn im originaltext sind sehr viele allgemeinpolitische aussagen zu linksradikaler politik in rückblick und perspektive und einschätzungen zur bewaffneten intervention enthalten, die nicht mit der satzung der rh vereinbar sind und ihrem strömungsübergreifenden charakter widersprechen. dafür ist die rhz nicht der ort, das respektieren wir. einige einschätzungen sind weiterhin – wenn auch ge- beziehungsweise verkürzt – enthalten, auch um zu verstehen, was damals gelaufen ist.

die ersten abschnitte mögen dem einen oder der anderen unpassend erscheinen, zu intim, fehl am platz. doch wir haben uns bewußt dazu entschieden, um klarzumachen, in welcher phase unseres lebens und in welcher stimmung zwischen uns die ereignisse auf uns einprasselten.

„über geschichliche ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im gegenteil, ihre ursachen zu verstehen und ihre folgen, die noch lange nicht erschöpft sind!"[2]

am vorabend

am abend vor dem 27. juni waren wir auf einer party bei genossInnen, wie immer wurde bis zum frühen morgen durchgetanzt, es wurde viel getrunken und gelacht, viel gesungen, genossInnen lagen sich in den armen, ehrlich, aufrichtig. belangloses wurde ausgetauscht, alltägliches, banales, aber wie immer auch träume von einer anderen welt, einer welt ohne imperialismus, einer welt ohne ausbeutung, ohne unterdrückung ... einer welt ohne ihre gewalt. bitterer konnte es nicht sein, denn wir wußten ja nicht, wie real und hart uns ihre gewalt am nächsten tag treffen würde. die gläser wurden erhoben, auf den kommunismus, auf die raf ... auf die befreiung. es war herrlich, wie immer in diesen tagen, das haben wir so nie wieder erlebt. wir waren jung, zu allem entschlossen, hatten uns in praktischer antifaschistischer selbsthilfe gegen den rassistischen, nationalistischen aufbruch nach der sogenannten wiedervereinigung und vor allem über den antiimperialistischen protest und widerstand gegen den us-geführten angriffskrieg gegen den irak politisch sozialisiert und organisiert, wir hatten '92 große hoffnungen in die von der raf angestossene debatte, waren ebenfalls auf der „suche nach wegen, wie menschenwürdiges leben hier und weltweit organisiert und durchgesetzt werden kann". wie so vieles aus dieser zeit nehmen wir vor allem diese sehnsucht mit, sie ist triebfeder unseres politischen handelns. wir vermissen diese zeit.

mit den ersten sonnenstrahlen sind wir auf den menschenleeren straßen dieses sonntagmorgens nach hause gelaufen, haben uns auf einer bank noch ein letztes bier geteilt, sind dann wie so oft zu den klängen des mittlerweile ziemlich abgenudelten tapes „monarchie und alltag" von fehlfarben hundemüde aber glücklich zusammen eingeschlafen. das alles hatte etwas von perfektion, der ganze abend, die ganze nacht wie ein in den schönsten und wärmsten farben gemaltes stillleben, wenigstens für den moment war die welt in ordnung, alles war gut. absurd angesichts der kommenden ereignisse an diesem sonntag. denn wir hatten ja keine ahnung, was am nächsten tag passieren würde, wir hatten keine ahnung, daß die bluthunde von bka, vs und GSG 9 an diesem morgen ihre letzten vorbereitungen getroffen haben, um die ersten früchte von steinmetz' jahrelanger spitzelarbeit gegen raf und antiimperialistischen widerstand zu ernten, wir hatten keine ahnung, dass sie am

1 „die niederlage der raf ist eine niederlage der linken" von kein friede
2 friedrich engels, aus dem vorwort zu „marx vor den kölner geschworenen"

metz, in dem er behauptet, im Chaos nach seiner Festnahme entkommen zu sein. Mehrmals hatte er Kontakt zu Leuten aus Wiesbaden und zu seiner Familie. Ein Treffen einer Person aus Wiesbaden mit ihm hatte stattgefunden. + + + In einem offenen Brief an die Bundesanwaltschaft verlangen die Eltern Grams' Aufklärung darüber, warum in Bad Kleinen – obwohl gesetzlich vorgeschrieben – keine Notärzte vor Ort waren und warum Wolfgang Grams in der Uni Lübeck Gesicht und Hände abgewaschen wurden. Außerdem verlangen sie die Aushändigung des Haftbefehls und des Obduktionsberichts Newrzellas. **Mittwoch, 18. August:** Der SPD-Vorsitzende Scharping fordert als Konsequenz aus dem Einsatz in Bad Kleinen eine Umstrukturierung der »Sicherheitskräfte« mit stärkerer »Zentralstellenbefugnis« für das BKA. Die Auflösung der GSG 9 stehe zur Debatte. + + + Der Zwischenbericht der Bundesregierung wird dem Innen- und Rechtsausschuss des Bundestages vorgestellt. Die Ausschussmitglieder kritisieren weiterhin die »Vernichtung von Beweismaterial«. Bundesinnenminister Kanther bemängelt lediglich »handwerkliche Fehler«. **Donnerstag, 26.**

ende dieses tages eine genossin verhaftet und einen genossen mit einem kopfschuss ermordet haben würden. wir hatten keine ahnung, daß der nächste tag den anfang vom ende der raf bedeuten würde.

der 27. juni 1993

wir hatten die wg für uns, alle waren weg, die stille lag wie ein schützender mantel über allem, gab uns das gefühl für den moment allein auf dieser welt zu sein …und genau das wollten wir. nur jetzt, nur hier … nur wir. wir haben bis in die mittagsstunden geschlafen, haben uns aber auch danach nicht aus dem bett bewegt, irgendwie wollten wir das jetzt und hier konservieren, das sollte nicht einfach vorbei sein, weil eine/r von uns beiden die tür hinter sich zu zieht und geht. die rolläden blieben bis auf wenige schlitze geschlossen, wir haben viel anne clark gehört, die proletenpassion, das schweigen genossen, die stille wenn die tapes zu ende waren … uns. diese nacht, dieser tag hatten und haben neben der wegweisenden politischen auch eine sehr persönliche, sehr innige bedeutung für uns. daher konnten der beginn und das ende dieses tages nicht gegensätzlicher sein, die erinnerung zerreißt uns noch heute: pure harmonie, glückliche zweisamkeit standen tod und verhaftung gegenüber.

irgendwann am frühen abend wurde unsere welt durch schrille töne aus dem flur erschüttert, die türklingel, mehrfach hintereinander, ebenso oft haben wir es ignoriert, nichts und niemand sollte uns heute stören dürfen. der abstand wurde kürzer, das klingeln gefühlt eindringlicher, aggressiver, ein ignorieren war nicht mehr möglich, es schien also vielleicht doch wichtig zu sein. widerwillig ist anja aufgestanden, kam mit s. ins zimmer, der ohne begrüßung erzählte: in einem kaff im osten gab's ne schießerei mit der raf, festnahmen, tote. wir waren sofort hellwach. genaueres wusste er nicht, die infos waren zu frisch und noch war wohl nichts bestätigt. wir mussten bis 20 uhr warten, dann kamen die nächsten nachrichten. unsere schlimmsten befürchtungen, dass die bullen tatsächlich genossInnen aus der raf verhaftet, schwer verletzt oder getötet haben, wurden bestätigt: birgit hogefeld wurde verhaftet, wolfgang grams und ein bulle wurden bei dem schusswechsel getötet. aber das war nicht mal die halbe wahrheit. und nichts deutete auf das hin, was noch kommen sollte.

die tage danach

s. hat in dieser nacht in der wg gepennt, am nächsten morgen standen wir früh auf, hatten sowieso kaum geschlafen, viel diskutiert, der wecker klingelte um halb sechs, wir standen schon vor dem kiosk, bevor er aufgemacht hat, kauften die ganze bandbreite deutscher tageszeitungen wie in den ganzen nächsten Wochen, um uns ein bild davon zu machen was passiert war. wir verfolgten den ganzen tag nachrichten in radio und fernsehen, glichen neue informationen mit dem ab, was die zeitungen schrieben, auch was gestern abend zu hören und zu sehen war, schnitten zeitungsartikel aus, machten

CHRONIK
20 JAHRE
BAD KLEINEN

August: Der rheinland-pfälzische Innenminister erklärt, dass der V-Mann im Februar 1993 vor einer möglichen Aktion der RAF gewarnt habe, ohne jedoch Weiterstadt zu erwähnen. **Montag, 30. August:** Auszüge aus Briefen Birgit Hogefelds an/von ihrer Familie und weiteren Papieren, die in ihrem Rucksack gefunden wurden, werden veröffentlicht. + + + Es wird bekannt, dass der Vizepräsident des BKA, Gerhard Köhler, ins Bundesinnenministerium versetzt wird. Der Leiter der Polizei-Abteilung im Innenministerium, Wolfgang Schreiber, wird in den Ruhestand geschickt. **Montag, 6. September:** Laut Spiegel soll der Zwischenbericht des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich in Kürze vorgelegt werden. Vorab wird berichtet, der Bauchschuss, den Wolfgang Grams erhalten hat, sei nicht aus nächster Nähe abgegeben worden. Der Kopfschuss stamme aus Wolfgang Grams' Waffe. Das Ermittlungsverfahren gegen zwei GSG 9-Beamte werde möglicherweise eingestellt. **Mittwoch, 8. September:** Aus einer Pressemeldung wird bekannt, dass der

anmerkungen und notizen, haben treffen mit genossInnen vereinbart, die mehr wissen mussten, wollten einschätzungen teilen. wir haben das gemacht, was uns „die alten“ immer wieder und wieder in die köpfe geprügelt haben: sammelt alle informationen, die ihr beschaffen könnt, auch aus counter-blättern, siebt das essentielle aus der scheiße und stellt die richtigen fragen, darum geht es jetzt, auch das ist die aufgabe von revolutionärInnen! und fragen gab es viele, mit jedem tag gab es mehr details zum ablauf in bad kleinen. in den monaten danach aber auch viele antworten, aus den reihen der revolutionären linken ebenso wie aus der bürgerlichen und staatstragenden presse. antworten, die keine/r hören wollte … denn es offenbarte sich immer mehr der verrat, der vor allem durch das versagen der verantwortlichen strukturen möglich wurde, aber auch konsequenz war aus falschen entscheidungen und auflösungserscheinungen der revolutionären linken der letzten jahre.

in den medien wird über einen „dritten mann“ spekuliert, der in bad kleinen war, aber entkommen konnte. na immerhin, dachten wir uns. am abend erfahren wir, dass es hausdurchsuchungen im rhein-main-gebiet gegeben hat, verhaftungen gab es allerdings keine. was? die bullen rockern in mehrere wohnungen, treten türen ein und interessieren sich nicht für die bewohnerInnen? da kann etwas nicht stimmen. aber die zusammenhänge konnten wir zu diesem zeitpunkt nicht erkennen. dann erscheint die *taz*, die auf der ersten seit titelt: „es fehlt kein klaus in wiesbaden“. birgit soll ihrer mutter in einem telefonat aus dem knast gesagt haben, dass ein/e anwältIn für klaus aus wiesbaden benötigt wird. genossInnen aus seiner struktur haben das dementiert, eben mit dem satz der es auf die titelseite schaffte. wie wir erfahren, hat sich steinmetz noch am abend des 27. juni in seiner wg gemeldet und mitgeteilt, dass er am nächsten tag nach hause kommen würde. wir halten die meldung erstmal für eine counteraktion. erst viel später erfahren wir, dass es diesen anruf tatsächlich gegeben hat. damit erklären sich für uns auch die hausdurchsuchungen, sie scheinen die these vom flüchtigen „dritten mann“ zu stützen und damit auch unsere these zur counteraktion in der *taz*. aber wie wir heute wissen, sollte eben nur der eindruck erweckt werden, dass die bullen jemanden suchen. verwirrung allenthalben, im rückblick hat der apparat bereits hier das kommando im kampf um die medien und die köpfe der menschen übernommen – vor allem mit dem ziel, ihren spitzel wieder zurück in die szene zu bringen. handwerklich schlecht, aber unsere seite konnte das nicht nutzen.

die propagandaschlacht: der staat wankt, aber er fällt nicht

am 30. juni erklärt der damalige generalbundesanwalt (gba) von stahl öffentlich, dass es zum einsatz in bad kleinen eine lange planungs- und vorbereitungsphase gab. es war mittlerweile klar, dass die GSG 9 den einsatz durchgeführt hat, also muss es eine operative vorlaufphase gegeben haben. damit wurde nun sozusagen unser gefühl der letzten tage von „offizieller seite“ bestätigt, aber einen verrat, einen spitzeleinsatz konnten wir ausschließen – wie wir uns heute eingestehen müssen, *wollten* wir das nicht glauben, haben den gedanken nicht mal zugelassen. wir haben vermutet, dass bullen und vs der raf an den fersen klebten, sei es durch zufall oder unachtsamkeiten der genossInnen. zu diesem zeitpunkt aber hat die raf sich nicht zu einem möglichen verrat geäußert, auch birgit schweigt. also wird nichts dran sein.

im nachhinein war der glaube an die handlungsfähigkeit der guerilla nach bad kleinen ein fehler, wir hätten nicht so sehr an den lippen der raf hängen dürfen. trotzdem schleichen sich zweifel bei uns ein und wir fragen uns: warum wird nicht nach dem flüchtigen genossen gefahndet, jedenfalls nicht öffentlich?! normalerweise hätten sie eine mediale hetzjagd begonnen, mit plakaten, aufrufen in radio und fernsehen. vielleicht weil sie ihn gar nicht suchen? ihn bereits haben? unsere fragen in unterschiedliche richtungen sind bei betroffenen und verantwortlichen strukturen im rhein-main-gebiet längst zu sich gegenüberstehenden haltungen geworden. die verantwortlichen strukturen aus wiesbaden verweigerten viel zu lange die zusammenarbeit mit anderen gruppen, die steinmetz schon früh öffentlich als spitzel, bulle, verräter benennen wollten. in diesem zusammenhang gab es auch offene und verdeckte drohungen aus wiesbaden an diejenigen, die einen harten schnitt mit steinmetz forderten, den verrat öffentlich machen wollten – immer mit dem hinweis „wenn die raf nichts dazu sagt, dann ist es auch nicht so“.

grundsätzlich stimmten wir dieser maxime zu, aber in diesem fall gab es zu viele widersprüche. der spitzel hat sich in den wochen nach bad kleinen wiederholt bei „seinen“ leuten gemeldet, telefonisch, mit briefen. das hatte zur folge, dass die verantwortliche struktur in wiesbaden zögerlich gehandelt und daraus falsche entscheidungen getroffen hat, sich hat blenden lassen von den geschichten ihres „genossen“ und so dem apparat ausreichend zeit gab, sich in stellung zu bringen. daran können auch selbstkritische reflexionen in einem späteren papier aus wiesbaden nichts ändern[3].

die frage nach dem „dritten mann“ tritt am nächsten tag kurzzeitig in den hintergrund: eine ard-sendung berichtet von einer augenzeugin, die gesehen haben will, dass wolfgang – bereits schwer verletzt auf den gleisen liegend – von bullen in zivil mit einem aufgesetzten kopfschuss getötet wurde. die schweine haben wolfgang hingerichtet! für uns war das in der brutalität nicht zu überbietender ausdruck staatlicher strategie gegen die bewaffnete fundamentalopposition: vernichtung und gleichzeitig warnung an alle, die hier aufstehen und kämpfen – oder zumindest daran überlegen! sofort kam uns die staatliche killfahndung ende der 70er jahre in den sinn … haben sie ihren bluthunden nun wieder das ziel

3 dokumentation aus wiesbaden zu steinmetz, http://labourhistory.net/raf/documents/0019930800_01.pdf

Präsident des BKA, Zachert, und der Inspekteur des BGS, Hitz, der Ansicht sind, die eigentliche Panne in und nach Bad Kleinen sei die Öffentlichkeitsarbeit der Behörden gewesen. Zukünftig müsse es eine »professionelle Informationssteuerung in Form eines Krisenmanagements à la Schleyer« geben. **Donnerstag, 9. September:** Der Chef der »Abteilung Linksterrorismus« im BKA, Rainer Hofmeyer, soll versetzt werden und das Kriminalistische Institut des BKA übernehmen. Er wird damit oberster Ausbilder des BKA. **Montag, 13. September:** Der V-Mann Steinmetz beschreibt in einem weiteren Brief, der in der taz veröffentlicht wird, eine neue Version der Vorgänge in Bad Kleinen. **Mittwoch, 15. September:** Die Berliner Gruppe F.e.l.S. stellt vor der Presse klar, dass ein Protokoll, das bei Birgit Hogefeld gefunden wurde, von einem öffentlichen und vorher in einer Zeitschrift angekündigten Arbeitstreffen stammt. Bei dem Treffen war über Möglichkeiten der Organisierung der Linken diskutiert worden. Nach dem Auffinden dieses Protokolls in Birgit Hogefelds Gepäck wurde in der Presse eine »enge Abstimmung mit den Illegalen«

ausgegeben, militante aus der raf in einer verhaftungssituation zu töten? ausschließen konnten wir das nicht, aber nach dieser logik hätten sie birgit auch erschiessen müssen. und wo sollte das besser durchzuführen sein als in einer menschenleeren bahnhofsunterführung in der ostdeutschen provinz?

jedenfalls hatten wir keinerlei zweifel daran, daß dieser mord so oder so durch den staat gedeckt werden würde – sie würden niemals ihre polizeilichen eliteeinheiten juristischer verfolgung aussetzen. trotzdem glauben wir damals wie heute, dass die hinrichtung von wolfgang nicht teil des einsatzplanes oder gar ein konkretes einsatzziel war. wolfgang und birgit sollten verhaftet werden, der spitzel entkommen und zurück in die szene. alleine die tatsache, dass wolfgang die waffe gezogen und geschossen hat, verhinderte die rückkehr von steinmetz in seine zusammenhänge, wohl auch wieder zurück an die raf. kaum vorstellbar, was das bedeutet hätte. wir behaupten auch heute noch, dass ein bulle durchgedreht ist, weil in dem kurz vorher stattgefundenen schusswechsel ein mitglied seiner einheit getötet wurde – ob durch kugeln aus wolfgangs waffe oder querschläger der bullen selbst bleibt offen, spielt für uns auch keine rolle. ein paar tage später sagt ein anonymer, am einsatz beteiligter beamter im *spiegel* ebenfalls aus, dass wolfgang von einem mitglied der GSG 9 mit einem kopfschuss getötet wurde. beide zeugInnen werden in der folgezeit öffentlich demontiert, widerrufen ihre aussagen, die version vom selbstmord soll die staatsoffizielle sein, egal um welchen preis. wie 77 in stammheim. diesmal hat sich die staatsanwaltschaft schwerin hier als willige handlangerin erwiesen. wir erfahren, dass für den 10. juli eine demo zum tod von wolfgang in wiesbaden geplant ist.

in der nacht nach dieser meldung waren wir zusammen mit anderen genossInnen in der stadt sprühen:„wolfgang grams wurde ermordet – es lebe die raf“

in den tagen und wochen nach bad kleinen gab es von genossInnen verschiedener zusammenhänge lange und intensive diskussionen darüber, mit einer aktion auf die hinrichtung zu reagieren. sie sollten wissen, dass sie auf die eine oder andere art zur verantwortung gezogen werden, wenn sie genossInnen liquidieren. sozusagen als zeichen für handlungsfähigkeit, gleichzeitig als zeichen gegen die verunsicherung. „wenn sie uns, also alle, die für eine menschliche gesellschaft kämpfen, nicht leben lassen, dann müssen sie wissen, dass ihre eliten auch nicht leben können“[4]. damals wie heute empfinden wir das als politisch richtig und moralisch gerecht, aber daran allein kann und konnte sich nichts entwickeln: der bewaffnete kampf wurde so zum kalkül, zur taktischen option, orientierte sich ausschließlich an der haltung des staates, daran konnten sich keine neuen perspektiven oder initiativen entfalten. in dieser form der politik sind defensive und reaktion immanent und genau das war auch die politische schwäche der weiterstadt-aktion: „mit unserer aktion haben wir den druck jetzt neu gesetzt und die drohung aktualisiert.“[5] die notwendige offensive (neu-)ausrichtung revolutionärer politik ist spätestens hier gescheitert.





Plakat für eine Demonstration in Wiesbaden 1993 und ein anderes zeitgenössisches Plakat, beide aus dem Buch „vorwärts bis zum nieder mit“ (http://plakat.nadir.org)

seit der meldung über die mögliche erschiessung von wolfgang durch polizisten gerät der apparat mächtig in bewegung, er taumelt, aber er fällt nicht: innenminister seiters tritt zurück, gba von stahl wird entlassen. alles wegen eines toten terroristen? kann die frage „selbstmord oder mord“ tatsächlich solch eine krise im apparat auslösen? unwahrscheinlich. im zusammenhang mit der aktion in bad kleinen wird in diesen tagen immer wieder von „pannen“ gesprochen. welche pannen?

als im zusammenhang mit dem faschistischen nsu ebenfalls von „pannen“ und „versäumnissen“ im apparat gesprochen wurde, fühlten wir uns in den sommer 93 zurückversetzt. die pannen sind doch nicht tote terroristen, tote migranten oder mordende faschisten. die wirklichen pannen sind geheimdienstliche operationen, die scheitern, öffentlich und in der folge medial seziert werden. wenn ihre schweinereien nicht bekannt werden und im dunkeln bleiben, müssen keine akten

4 raf-papier vom 10. april 1992, http://labourhistory.net/raf/documents/0019930330.pdf
5 erklärung des raf-kommandos „katharina hammerschmidt“, http://labourhistory.net/raf/documents/0019930330.pdf

CHRONIK **20 JAHRE BAD KLEINEN**

konstruiert. **Freitag, 17. September:** Die Frankfurter Rundschau veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über die zahlreichen Versetzungen innerhalb des BKA. **Dienstag, 21. September:** Ein bekannt gewordenes weiteres Teilgutachten der Universität Münster soll belegen, dass sich Wolfgang Grams selbst erschossen hat. Der Justizminister von Mecklenburg-Vorpommern erklärt vor der Presse, trotz des Münsteraner Gutachtens könne von einer endgültigen Klärung nicht die Rede sein, die Befunde sprächen nur am ehesten für eine Selbsttötung. Dem Anwalt der Eltern Grams‘ wird weiterhin die Akteneinsicht verwehrt. **Donnerstag, 30. September:** Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Werthebach, spricht sich dafür aus, trotz der Ereignisse in Bad Kleinen die Haltung des Staates gegenüber der RAF zu überdenken. **Samstag, 2. Oktober:** Die taz meldet, ein hessischer Verbindungsmann des BND sei als Beobachter am 27. Juni in Bad Kleinen vor Ort gewesen. + + + Angehörige von Birgit Hogefeld protestieren in einem Schreiben

vernichtet werden, keine funktionsträger zurücktreten, stürzt der apparat nicht in die (vermeintliche) krise … weil niemand fragen stellt. die „pannen“ in bad kleinen waren zum einen die verwechslung von wolfgang und steinmetz durch die bullen, was das geplante entkommen des spitzels und die fortführung seines einsatzes verhinderte. zum anderen der tod einer ihrer elitepolizisten. und natürlich, dass sie sich innerhalb des apparats lange nicht auf eine einheitliche version der lüge einigen konnten.

wir können zu diesem zeitpunkt die vorliegenden und sich teilweise heftig widersprechenden informationen nicht zu einem sinnigen gesamtbild zusammensetzen, suchen auch daher immer wieder die diskussion mit älteren genossInnen. im laufe der folgenden wochen wird allerdings immer klarer, dass die ganze scheiße nur durch den verrat eines vermeintlichen genossen, eines langjährigen spitzels – eines bullen – möglich werden konnte. kaum jemand konnte erahnen, in welcher dimension und über welchen langen zeitraum dieser verrat gelaufen ist. in den tagen vor der demo melden immer mehr medien, dass steinmetz für den vs rheinland-pfalz gearbeitet hat, es wird sogar das haus seiner wg abgefilmt. wer sollte jetzt noch zweifeln?

aus dem desaster und den ursachen rund um bad kleinen wurde die notwendige neuorientierung revolutionärer politik nicht gemeinsam entwickelt, keine gemeinsamen grundlagen für eine organisierte diskussion geschaffen – kurz: es wurde nicht um eine gemeinsame perspektive gekämpft.

die demo

am 10. juli fand dann die demo für wolfgang in wiesbaden statt. die stadt war im ausnahmezustand, so viele schwer bewaffnete bullen hatten wir noch nie gesehen, jedenfalls nicht in deutschland. an der demo haben – wenn wir uns richtig erinnern – zwischen 4 000 und 5 000 menschen teilgenommen. die raf hat eine grußadresse[6] an die teilnehmerInnen der demo gerichtet, zu einem möglichen verrat, den abläufen in bad kleinen sagt die guerilla aber auch jetzt nichts. bedeutet das, dass birgit und wolfgang nicht verraten wurden? will die raf damit sagen: wenn wir uns nicht zu einem möglichen verrat äußern, dann müssen alle dazu die schnauze halten? wie kann die guerilla nichts zu steinmetz sagen, wenn er von den medien bereits als vs-mitarbeiter geoutet wird?! erst im märz 94 meldet sich die raf wieder dazu zu wort und reflektiert ihren kontakt zum spitzel und die gescheiterte politik seit 92. spätestens am tag der demo zeigt sich das ganze ausmaß der schwäche der revolutionären linken. das uneinheitliche und zögerliche verhalten von raf und widerstand hat massive verunsicherung und desorientierung geschaffen, ehemals gemeinsam kämpfende zusammenhänge standen sich nach bad kleinen mit tiefem misstrauen gegenüber. die ersten risse waren sichtbar, selbst für diejenigen, die nicht unmittelbar teil der betroffenen strukturen waren. der nächste, noch heftigere riss, sollte im herbst folgen: die spaltung des gefangenen-kollektivs und sorum die faktische spaltung guerilla – gefangene – widerstand.[7]

im laufe des juli wurde dann all das bestätigt, was sich bereits andeutete, der rheinland-pfälzische vs konnte nicht länger leugnen, was offensichtlich war: steinmetz war seit mitte der 80er jahre spitzel für den verfassungsschutz, er hat sich, wenn seine angaben stimmen, in dieser zeit etwa 200 mal mit seinem führungsoffizier getroffen, um berichte und einschätzungen über genossInnen, strukturen, diskussionen, entwicklungen abzuliefern. die bittere erkenntnis muss im rückblick sein, dass nicht die revolutionäre linke, sondern die bürgerlichen medien steinmetz’ rolle aufgedeckt haben. ausdruck von vielem, vor allem aber von politischer schwäche.

steinmetz hat sich in dieser zeit wie bereits erwähnt mehrfach bei verschiedenen genossInnen gemeldet, telefonisch und mit briefen, letztmalig im april 1995 (!) bei einer genossin. wie wir erfahren mussten, haben sich genossInnen nach bad kleinen noch mit ihm getroffen. was für ein wahnsinn!

das ende

„ich habe bemerkt“, sagt herr keuner, „daß wir viele abschrecken von unserer lehre dadurch, daß wir auf alles eine antwort wissen. könnten wir nicht eine liste der fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst erscheinen?“[8]

zu steinmetz und bad kleinen sind unseres wissens drei berichte aus den reihen der revolutionären linken erschienen:

6 grußadresse der raf an die demo vom 10. juli 1993, http://labourhistory.net/raf/documents/0019930706.pdf
7 erklärung von brigitte mohnhaupt zur spaltung des gefangenen-kollektivs aus raf und widerstand, http://labourhistory.net/raf/documents/0019931028.pdf
8 bertolt brecht, „geschichten von herrn keuner“

an den Bundesgerichtshof gegen die Isolationshaftbedingungen, denen Birgit Hogefeld ausgesetzt ist. **Montag, 4. Oktober:** Die Zeitschrift Focus berichtet, das Züricher Gutachten komme wie das Münsteraner zu dem Ergebnis, dass Wolfgang Grams sich selbst erschossen habe. **Freitag, 15. Oktober** Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger räumt in einem Interview ein, dass wohl »nie ein letzter Rest von Zweifel, von Bedenken, ausgeräumt werden kann«, was die Aufklärung der Ereignisse von Bad Kleinen betrifft. **Mittwoch 20. Oktober:** Das mecklenburgische Justizministerium teilt mit, das weitere Teilgutachten aus Zürich liege nun vor und besage, dass außer dem »aufgesetzten Kopfschuss« keiner der anderen Schüsse auf Wolfgang Grams aus einer Entfernung von weniger als 1,5 Metern abgegeben wurde, was die Selbstmordthese stütze. **Freitag, 29. Oktober** Der Anwalt der Eltern Grams‘ kritisiert das Verhalten des Justizministeriums von Mecklenburg-Vorpommern, das jeweils nur diejenigen Gutachten-Teile veröffentliche, die die unter Verdacht stehenden GSG 9-Beamten entlasten. Widersprüche in den Gutachten, zum

* abschlussbericht des komitees zur aufklärung des todes von wolfgang grams

* „die niederlage der raf ist eine niederlage der linken“ von kein friede

* „like a rolling stone“ der gruppe b.a.s.i.s.

alle drei zusammenhänge hatten in der einen oder anderen weise kontakt zu steinmetz, aber aufgrund unterschiedlicher analysen und vorgehensweisen im umgang mit dem verrat und dem spitzel kam es zu zerwürfnissen zwischen mindestens zwei dieser strukturen. auch das ist unseres erachtens weiterer ausdruck von politischer schwäche und spiegelt die fehlende einheit dieser umbruchphase wieder. aus dem desaster und den ursachen rund um bad kleinen wurde die notwendige neuorientierung revolutionärer politik nicht gemeinsam entwickelt, keine gemeinsamen grundlagen für eine organisierte diskussion geschaffen – kurz: es wurde nicht um eine gemeinsame perspektive gekämpft. ebenso wie das ende der front wurde der ab 89, spätestens 92 notwendige diskussionsprozess nicht als bewusster politischer schritt oder besser: einschnitt vollzogen. kampfphasen/kampagnen/projekte müssen in unserem verständnis linksradikaler (von revolutionär möchten wir heute gar nicht sprechen) politik grundsätzlich bewusst beendet werden, um aus *analyse&kritik* die richtigen schlüsse für kommende aufgaben zu ziehen … dafür müssen allerdings die jeweiligen anforderungen berücksichtigt und entsprechende bedingungen geschaffen werden: das ist politisches handeln, dazu war die revolutionäre linke nicht in der lage, weder umfassend und schon gar nicht kollektiv. das ist unseres erachtens die eigentliche niederlage in der ganzen scheiße um den spitzel, den mord an wolfgang und birgits verhaftung. bad kleinen war der anfang vom ende … in vielerlei hinsicht. sowas kommt von sowas.

am 20. april 1998 hat sich die raf aufgelöst. wie am 27. juni 93 waren wir auch an diesem tag zusammen, haben auf



flickr/jksimpson

einen geburtstag angestoßen. so schließt sich für uns ein kreis. „heute beenden wir dieses projekt.“[9]

die rote armee fraktion war ein wichtiges und notwendiges projekt auf dem weg zur befreiung, ein projekt, in dem unschätzbare erfahrungen über den kampf in der illegalität gesammelt wurden: die raf hat bewiesen, dass der bewaffnete kampf hier möglich ist. dieses projekt, das konzept stadtguerilla ist gescheitert, raf und widerstand sind hier nicht durchgekommen. die gründe dafür sind bekannt und müssen für zukünftige bewaffnete projekte berücksichtigt und einbezogen werden. und ein projekt wird folgen … muss folgen – in welcher form auch immer. nicht als kopie oder reproduktion der raf, das wäre fatal, politisch wie historisch falsch. aber als integraler bestandteil einer neu zu schaffenden sozialrevolutionären, emazipatorischen organisation oder partei, denn „die waffe der kritik kann allerdings die kritik der waffen nicht ersetzen. die materielle gewalt muß gestürzt werden durch materielle gewalt“[10].

wir halten die diskussion über den bewaffneten kampf, seine funktion und wirkung hier für unerlässlich, verstehen nicht warum diese notwendigkeit heute trotz vielfältiger neuer kämpfe und bewegungen von der metropolenlinken nicht mal als option diskutiert wird. „wir haben mehr fragen als antworten“[11] bleibt für uns daher unwidersprochen – politisch, taktisch, strategisch. trotzdem oder eben drum gilt weiterhin, damals wie heute, und wir bleiben dabei: eine radikale linke, die die bewaffnete intervention als taktisches, aber vor allem als strategisches mittel im kampf für die umwälzung der herrschenden verhältnisse ablehnt, hat aufgehört revolutionär zu sein – ist nicht revolutionär!

was bleibt

in den tagen zwischen dem mord und der demo in wiesbaden sind wir nicht von der seite der/des anderen gewichen, waren füreinander da, haben mit vielen genossInnen harte, gute, lehrreiche diskussionen geführt, haben viel gelernt, haben uns in den nächten nicht losgelassen, weil wir die kälte und schlechtigkeit dieser welt nicht ertragen haben, wir empfanden unfassbare und nahezu unerträgliche wut … rückblickend waren das für uns die intensivsten momente unserer freundschaft und der gemeinsamen politischen arbeit, diese tiefe verbundenheit spüren wir bis heute.

wir erinnern uns noch exakt an alle momente und einzelheiten aus diesen tagen, die zeit scheint stillzustehen, die leere im kopf aber auch die entschlossenheit im herzen sind spürbar, alle gefühle sind wieder präsent, wenn sich der mord an wolfgang jährt: die trauer, die wut … der hass. das wird nicht vergehen, dieser junitag im sommer 93 ist in unser beider herzen und köpfe manifestiert. denn es war der tag, an dem wir den bruch mit diesem system gemacht haben … auch wenn wir natürlich wissen, dass wir teil dieses systems sind: kleine rädchen, die das große rad am laufen halten – so wie alle, die hier leben und arbeiten, teil sind. aber wir sind eben auch sand im getriebe. dieser tägliche widerspruch ist der raum, in dem wir kämpfen.

wir werden wolfgang niemals vergessen.

„unser die welt. trotz alledem“

FÜR DEN KOMMUNISMUS!

❖

9 aus der auflösungserklärung der raf vom 20. April 1998, http://labourhistory.net/raf/documents/0019980300.pdf

10 karl marx, aus: „einleitung zur kritik der hegelschen rechtsphilosophie“

11 raf-papier august 1992, http://labourhistory.net/raf/documents/0019920800_01.pdf

CHRONIK **20 JAHRE BAD KLEINEN** Beispiel die Untersuchung einer »offensichtlich frisch gewaschenen« Hose, würden der Öffentlichkeit vorenthalten, genauso wie ein nachträglich entdecktes Projektil, das weder aus einer Polizeiwaffe noch aus Wolfgang Grams' Waffe stamme. **Donnerstag, 18. November:** Das Abschlussgutachten der Stadtpolizei Zürich liegt jetzt dem Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern vor. Es bestätige die Ergebnisse des vorherigen Teilgutachtens, wonach sich Wolfgang Grams selbst erschossen hat. Genauere Einzelheiten sollen noch mitgeteilt werden. **Samstag, 20. November:** Teile des Züricher Gutachtens werden der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin heißt es unter anderem, die Waffe von Wolfgang Grams erzeuge eine Stanzmarke, die »maßtechnisch und morphologisch nicht von der Stanzmarke an der rechten Schläfe von Grams unterschieden werden kann«. Die Schweriner Staatsanwaltschaft hält eine direkte Fremdbeibringung der Nah-Schussverletzung durch diesen Beamten (exekutionsähnliche Handlung) für praktisch ausgeschlossen. Es gibt somit aus unserer Sicht keine

neuen Erkenntnisse, die zwingend gegen eine Selbstbeibringung des Nahschusses durch Grams sprechen würden.« Der Wissenschaftliche Dienst der Züricher Stadtpolizei teilt außerdem mit, dass die Jacke eines Beamten nach der Untersuchung abhanden gekommen ist. Sie sei vermutlich gestohlen worden. **Montag, 22. November:** Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten kritisiert das Züricher Gutachten und erklärt, eine seriöse Einschätzung sei nach den Mängeln und Fehlern bei der Spurensicherung nicht mehr möglich gewesen. **Montag, 29. November:** Der Chef der Kriminaltechnik im LKA Sachsen-Anhalt, Lichtenberg, erklärt im Spiegel, von der Stanzmarke könne man gar nicht auf die Waffe schließen, die Schmauchspuren seien entscheidend. Mit einer entsprechenden Untersuchung hätte man die Schusswaffe sehr schnell bestimmen können. Außerdem seien die bisher in der BRD beauftragten Gutachter keine Schussspurenexperten. Laut Spiegel ist der Münsteraner Gutachter Brinkmann ein guter Bekannter des Schweriner Oberstaatsanwalts Schwarz. **Donnerstag, 9. Dezember:** Es wird bekannt, dass wegen zweier Transparente in Bielefeld, die von Mord an Wolfgang Grams sprechen, ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole gegen Unbekannt eingeleitet worden ist. **Samstag, 18. Dezember:** Die Anwälte der Eltern von Grams haben Beschwerde gegen die Verweigerung der Akteneinsicht durch die Staatsanwaltschaft Schwerin erhoben. **Samstag, 8. Januar 1994:** Die Anwälte der Eltern Grams' erhalten – aufgrund ihrer Beschwerde – nach rund sechs Monaten Einsicht in die Ermittlungsakten, da die Staatsanwaltschaft Schwerin das Ermittlungsverfahren gegen die zwei GSG 9-Beamten einstellen wolle und deshalb der Ermittlungszweck jetzt durch die Akteneinsicht nicht mehr berührt werden könne. **Mittwoch, 12. Januar:** Teile der Redaktionsräume des Focus in München werden vom Staatsschutz durchsucht. Focus hatte ein anonymes Angebot über brisante Informationen aus Sicherheitsbehörden, die an Bad Kleinen beteiligt waren, erhalten. In diesem Zusammenhang läuft auch ein Ermittlungsverfahren gegen einen Redakteur wegen »verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen«. **Donnerstag, 13. Januar:** Die Staatsanwaltschaft Schwerin stellt das Ermittlungsverfahren gegen zwei GSG 9-Beamte ein, weil »keine Anhaltspunkte bestehen, dass Grams von einem Polizeibeamten rechtswidrig getötet oder verletzt worden ist«. Der leitende Oberstaatsanwalt Schwarz erklärt den JournalistInnen: »Es ist wirklich nichts mehr drin in der Sache – glauben Sie's oder glauben Sie's nicht.« **Donnerstag, 27. Januar:** Der Rechtsanwalt der Eltern Grams' teilt mit, dass er nach Durchsicht der Ermittlungsakten auf eine »Fülle von Absonderlichkeiten« gestoßen sei und deshalb Beschwerde gegen die Einstellung des Verfahrens einlegen wolle. **Mittwoch, 2. Februar:** Der Haftbefehl gegen Birgit Hogefeld wird auf Antrag der Bundesanwaltschaft um die Punkte »Verdacht der Teilnahme an der Sprengung des Gefängnisneubaus in Weiterstadt im März 1993«, »Mord« und »sechsfacher Mordversuch« an Beamten der GSG 9 in Bad Kleinen erweitert, obwohl sie zum Zeitpunkt des Schusswechsels gefesselt und mit einer Kapuze über dem Kopf in der Bahnhofsunterführung lag. Die Verteidigung von Birgit Hogefeld gibt bekannt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz ihr signalisieren ließ, diese Mordanklage sei zu »kippen«, Birgit Hogefeld müsse dazu nur eine gewisse Kooperation, das heißt Gesprächsbereitschaft, zeigen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bestreitet dies. **Montag, 14. Februar:** Es wird bekannt, dass das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann Steinmetz wegen des Verdachts der »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« und »Nichtanzeigens von Straftaten« von der Bundesanwaltschaft eingestellt worden ist. Der Spiegel veröffentlicht ein Interview mit dem V-Mann, in dem dieser erklärt, er habe von der geplanten Aktion in Weiterstadt vorher nichts gewusst. Seine frühere Behauptung, er habe vorher einen entsprechenden Kassiber erhalten, sei erfunden gewesen. Außerdem schließe er einen Selbstmord von Wolfgang Grams aus. **Samstag, 26. Februar:** Die taz veröffentlicht Teile einer internen Analyse des BKA, wonach der V-Mann Steinmetz »tragendes Mitglied der RAF« gewesen sein soll. **Montag, 28. Februar:** Die Existenz eines derartigen internen Berichtes vom August 1993 wird vom BKA bestätigt. **Donnerstag, 3. März:** Die taz berichtet, ihr liege ein Entwurf des Abschlussberichts der Bundesregierung zu Bad Kleinen vor. Darin wird den beteiligten Beamten »Ernsthaftigkeit ihres Bemühens um Aufklärung« attestiert und erklärt, Wolfgang Grams habe sich selbst »möglicherweise noch während der Schüsse der Beamten in Suizidabsicht einen Kopfdurchschuss« versetzt. Die Zeugenaussagen seien »ohne Beweiswert«. In diesem Bericht werden nun zehn »Schwachstellen« aufgelistet, unter anderem sei der Verbleib von Birgit Hogefeld nach der Schießerei nicht klar gewesen. »Die anschließende Suche, an der sich der Beamte GSG 9 Nr. 6, der Grams sicherte, nicht beteiligte, trug zu Hektik und Nervosität unter den Einsatzkräften bei.« Das Vertrauen in die GSG 9 sei »wieder hergestellt«. **Montag, 7. März:** Innenminister Kanther äußert in einem Interview gegenüber der Süddeutschen Zeitung: »Ich hatte nie den leisesten Zweifel daran, dass die Polizei Grams nicht ‚hingerichtet' haben konnte, wodurch die besondere Dimension des Falles entstanden ist.« **Mittwoch, 9. März:** Der schon zuvor bekannt gewordene Abschlussbericht der Regierung wird der Öffentlichkeit vorgelegt. Daraus wird bekannt, dass der spätere Verdacht, Wolfgang Grams sei durch den Nahschuss eines Polizeibeamten getötet worden, zwar schon am Abend des 28. Juni innerhalb der Tatortgruppe des BKA in Bad Kleinen »diskutiert« wurde, aber nicht zu der an sich gebotenen Neuaufnahme der Tatortarbeit geführt habe. **Donnerstag, 10. März:** Es wird bekannt, dass beim BKA »Fahndungskarten« existieren, mit denen nach zwei Personen gefahndet wird, die am 24. Juni in Bad Kleinen gewesen und sich verdächtig verhalten haben sollen. **Mittwoch, 16. März:** Die Zeitung junge Welt teilt mit, dass ihr eine Erklärung der RAF vom 6. März vorliege, in der diese die angebliche Mitgliedschaft des V-Mannes in der RAF wie auch seine Beteiligung an der Aktion gegen den Gefängnisneubau in Weiterstadt bestreitet. **Samstag, 2. April:** Die Welt berichtet unter Berufung auf den Justizminister von Mecklenburg-Vorpommern, dass in Bad Kleinen am 27. Juni ein weiteres »verdächtiges« Paar observiert, aber nicht festgenommen worden war. **Dienstag, 5. April:** Laut taz wird gegen die Zeitschrift konkret ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung durch die Staatsanwaltschaft Hamburg betrieben, weil in einem konkret-Artikel über die Ereignisse in Bad Kleinen die GSG 9 mit südamerikanischen Todesschwadronen verglichen wurde. **Donnerstag, 7. April:** Das BKA dementiert Meldungen von Focus, wonach in Bad Kleinen zwei weitere RAF-Mitglieder entkommen seien. **Dienstag, 19. April:** Nach Pressemeldungen sollen in dem erst am 2. Februar beschlagnahmten Wagen des V-Mannes Spuren desselben Sprengstoffes entdeckt worden sein, der bei der Aktion gegen die JVA Weiterstadt verwendet worden sein soll. Ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wird eingeleitet. **Freitag, 22. April:** Die Bundesanwaltschaft teilt mit, dass der Nachfolger von GBA von Stahl, Kai Nehm, bereits am 24. März Anklage gegen Birgit Hogefeld unter anderem wegen Mordes und sechsfachen Mordversuchs im Zusammenhang mit Bad Kleinen erhoben hat. **Montag, 25. April:** Laut Focus soll am 14. März auf einem südhessischen Autobahnparkplatz ein auf den V-Mann zugelassenes Motorrad sichergestellt worden sein. **Dienstag, 10. Mai:** Im Zusammenhang mit dem Auffinden des Motorrads wird in Frankfurt die Wohnung einer früheren Bekannten des V-Manns Steinmetz wegen Urkundenfälschung und Betrugs durchsucht. **Montag, 6. Juni:** Die Anwälte der Eltern Grams' geben auf einer Pressekonferenz neue Fakten bekannt, die die Behauptung, wonach Wolfgang Grams Selbstmord begangen habe, widerlegen. Der Rechtsmediziner Prof. Bonte stellt sein Gutachten vor, das zum Ergebnis hat, dass die Waffe Wolfgang Grams entwunden worden sein muss und aufgrund des vorgefundenen Spurenbildes nicht – wie von der Staatsanwaltschaft Schwerin behauptet – auf dem Boden gelegen haben kann. Aufgrund dieser neuen Erkenntnisse haben die Anwälte der Eltern Grams' Strafanzeige gegen alle am direkten Zugriff beteiligten GSG 9-Beamten erstattet wegen eines »vorsätzlichen Tötungsdeliktes«. ❖



Anonymes zeitgenössisches Plakat zur Auflösungserklärung der RAF im Jahr 1998

„Wer Unterstützung fühlt, erhält Hoffnung“

Interview mit der Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte in Marokko

Die „Association de Défense des Droits de l’Homme au Maroc“ (Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte in Marokko, ASDHOM) hat Ende 2012 eine Patenschaftskampagne für die politischen Häftlinge in Marokko gestartet, um das Schweigen gegenüber willkürlichen Festnahmen und Gefängnisstrafen zu brechen. Wer handeln will, schreibt Briefe an die Gefangenen und zeigt so Solidarität. Die französische Nichtregierungsorganisation besteht seit 1984 und hat in den 90er Jahren bereits eine ähnliche Kampagne geführt – mit Erfolg. Für die RHZ sprach Pascal Mülchi anfang April mit dem Generalsekretär von ASDHOM, Ayad Ahram (49), über den Verlauf der Kampagne, ihr beabsichtigtes Ziel und die jüngsten ungerechtfertigten Verurteilungen im Königreich.

Herr Ahram, wie sieht ihre Bilanz nach vier Monaten Kampagne aus?

Nach vier Monaten haben wir ungefähr die Hälfte der zu Beginn vorgeschlagenen Liste mit den politischen Häftlingen abdecken können. Das ist eine gute Sache. Jede Woche erstellen und publizieren wir einen Wochenrückblick. Er geht an alle Patinnen und Paten, an die Presse und sozialen Netzwerke im Internet, welche wir über den Verlauf der Kampagne informieren. Die Kampagne gewinnt derzeit an Boden. Die Briefe der Patinnen und Paten werden verschickt und die marokkanischen Behörden bekommen Anfragen. Wir registrieren ungefähr zehn Patenschaften pro Monat. Das ist ermutigend.

Wie viele politische Häftlinge gibt es aktuell in Marokko? Wie viele davon wurden nach dem 20. Februar 2011 und der damit ausgelösten landesweiten Protestbewegung des „Mouvement du 20 Février“ (Bewegung des 20. Februar, M20F) festgenommen?

Am 17. November, beim Beginn der Kampagne, hatten wir 172 Menschen auf unserer Patenschaftsliste. Davon sind acht für mehrere Monate auf Bewährung verurteilt. Zwei Menschen sind auf freiem Fuß, werden aber verfolgt. Vier Häftlinge des M20F wurden nach abgesessener Strafe freigelassen. Zwölf Aktivisten der Union Nationale des Etudiants du Maroc (Nationale Studentenunion Marokkos, UNEM) wurden in Meknès und Fès nach Beginn der Kampagne festgenommen und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Zehn BürgerInnen wurden in Marrakesh festgenommen und verurteilt, nachdem sie Ende 2012 gegen die Erhöhung der Wasser- und Elektrizitätspreise protestiert hatten. Sieben weitere AktivistInnen der Association Nationale des Diplômes Chômeurs (Nationale Vereinigung der arbeitslosen Diplomierten, ANDCM) und des M20F wurden in Zayou (Nordost-Marokko) festgenommen, nachdem sie an einer friedlichen Protestkundgebung teilnahmen. Insgesamt zählen wir aktuell 177 politische Gefangene, verteilt auf sieben Gruppen. Davon stammen unter anderem 23 aus der Gruppe der „Islamisten“, 34 aus dem M20F und 64 aus der Gruppe der „Sahraouis“. 70 der 177 Gefangenen wurden nach dem 20. Februar 2011 inhaftiert. Das sind 40 Prozent aller politischen Gefangenen in Marokko!

Eine der letzten Verurteilungen betrifft 24 Sahraouis, welche am 17. Februar vom Militärgericht in Rabat zu 20 Jahren und mehr, neun davon zu lebenslänglicher Haft, verurteilt wurden. Sie waren wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation, Gewalt gegen einen Funktionär und Verstümmelung einer Leiche angeklagt. Die Verurteilten wurden nach den Auseinandersetzungen mit marokkanischen Sicherheitskräften im November 2010 in der Nähe von Laayoune (Sahara Occidental) festgenommen. Die Sicherheitskräfte hatten das Protestcamp Gdeim Izik gestürmt, das von Sahraouis aufgebaut wurde, um gegen ihre Marginalisierung zu protestieren. Dabei kamen elf Sicherheitsleute und zwei Sahraouis ums Leben. Herr Ahram, in einem ihrer Wochenrückblicke schreiben Sie von einem „katastrophalen“ Urteil. Warum?

Katastrophal aus allen Perspektiven. Katastrophal vor allem für den Kampf, den wir für die Menschenrechte führen. Der marokkanische Staat wollte ein Exempel statuieren. Er bediente sich nationaler und internationaler Beobachter, um den Prozess gegen die angeklagten Sahraouis zu legitimieren, welche zur Mehrheit Verteidiger der Menschenrechte sind und bekannt für ihr gewaltfreies Engagement. Die Weigerung des Gerichts, die Zeugen der Verteidigung anzuhören, ist nur ein Beispiel für die Regelwidrigkeiten, welche diesen Prozess beschmutzen. Die Beschwerden der Angeklagten, dass sie für Schuldgeständnisse gefoltert und erpresst wurden, sind nicht berücksichtigt worden. Schon die Tatsache, dass Zivilbürger von einem Militärgericht verurteilt werden, stellt ein Problem dar. Das Urteil zeigt, dass das Gericht nicht bestrebt war, die Wahrheit herauszufinden.

Wo ist man unterdessen mit diesem unhaltbaren Urteil? Und welchen Einfluss hatte der Bericht des UN-Gesandten Juan E. Mendez zur Folter in Marokko?

Der Conseil National des Droits de l'Homme (Nationaler Menschenrechtsrat, CNDH) von Driss El Yazamai hatte vier Tage vor dem Urteil von Gdeim Izik ein Memorandum präsentiert betreffend der Reform des Militärgerichts. Bei NGOs und internationalen Beobachtern wurde damit die Hoffnung genährt, dass die Angeklagten frei gelassen würden. Dazu kam es aber nicht. Der Bericht von Juan E. Mendez hatte nicht den erhofften Effekt auf den Verlauf der Dinge. Er wurde mit derselben Gleichgültigkeit behandelt wie die meisten anderen Berichte, die Marokko betreffen.



Ayad Ahram, Generalsekretär von ASDHOM

Sie sagten, dass für gut die Hälfte aller politischen Gefangenen eine Patenschaft besteht. Geben Sie uns doch bitte ein Beispiel!

Als wir die Kampagne begannen, haben wir den Fokus auf ein einziges Engagement gelegt: auf jenes des Briefeschreibens. Es bedarf keines finanziellen Engagements. So hat sich beispielsweise eine Schweizer Rentnerin, welche bereits für einen Sahraoui bürgte, entschieden mit uns weiter zu machen, weil ihr Patenkind auf unserer Liste steht. Sie schickt uns regelmäßig Briefe, welche sie mit ihrem Patenkind austauscht. Wir publizieren sie dann auf unserer Seite.

Im Kampagnentext steht, dass ASDHOM einen „Elan der Solidarität in Frankreich und andernorts" schaffen will. In welchen Ländern spricht man von der Kampagne?

Für den Moment erreichen wir vor allem Frankreich, die Schweiz, Belgien und Marokko. Wir wünschen uns, dass man uns auch in anderen Ländern wahrnimmt. Das Internet hilft uns dabei enorm.

Sie haben eine Serie von Begegnungen angekündigt, um für die Patenschaftskampagne zu sensibilisieren. Was für Aktionen wird ASDHOM genau durchführen?

Wir haben eine Serie von Begegnungen mit „Action des Chrétiens pour l'Abolition de la Torture" (Aktion von Christen für die Abschaffung der Folter, ACAT), „Association des Travailleurs Maghrébins en France" (Vereinigung der maghrebinischen Arbeiter in Frankreich, ATMF) und Amnesty International eingeleitet. Wir haben außerdem die Idee, ein Treffen mit allen Patinnen und Paten mit Gilles Perrault, dem französischen Schriftsteller und offiziellen Paten der Kampagne, zu organisieren, um sich gemeinsam auszutauschen und der Kampagne neuen Schwung zu verleihen. Ein Datum ist noch nicht festgelegt. Es dürfte jedoch noch vor Ende des Monats Juni sein. ASDHOM konnte die Kampagne sogar bis ans Weltsozialforum in Tunis tragen. Und zur selben Zeit nahm sie an einer Konferenz-Debatte in Brüssel zum Thema „gewaltsames Verschwindenlassen in Marokko" teil.

Für einen politischen Gefangenen zu bürgen ist in erster Linie ein Akt der Solidarität. Was beabsichtigen Sie mit ihrer Kampagne überhaupt? Und: Was hat sie bis jetzt bewirken können?

Wir haben zwei Ziele. Erstens eine Solidaritätswelle mit den politischen Gefangenen zu schaffen, um sie aus ihrer Isolierung und Abschottung herauszuholen. Zweitens: Druck auf die marokkanischen Behörden auszuüben, indem wir sie auf die mangelhafte Behandlung und die Ungerechtigkeiten gegenüber den Häftlingen aufmerksam machen. Ein politischer Gefangener fühlt sich dank eines Briefes einer unbekannten Person ermutigt, seinen Kampf gegen die Ungerechtigkeit weiterzuführen. Das stärkt seine Moral, was uns Häftlinge aus dem M20F oder die Gruppe der Minenarbeiter in Ouarzazate bestätigt haben. Wer fühlt, dass er unterstützt wird, erhält Hoffnung und Sinn für den geführten Kampf. Und wenn die marokkanischen Behörden von Bürgerinnen und Bürgern aus aller Welt angeschrieben werden, dann stört sie das. Denn das stellt den verbreiteten beschönigenden Diskurs Marokkos gegenüber der internationalen Gemeinschaft in Frage, in welchem das Königreich Marokko vorgibt, einen respektvollen Umgang mit den Menschenrechten zu pflegen.

Wie präsentiert sich die Solidarität gegenüber den Gefangenen in Marokko? Und welche Bedeutung schreiben Sie dem Kampf der Marokkanerinnen und Marokkaner in Frankreich zu?

Der Einfluss der Kampagne ist reell. Leider haben wir nicht die Möglichkeiten, dies in Marokko zu überprüfen. Wir tun aber alles, um alle möglichen Opfer von rechtlichen Verletzungen zu erreichen. In Marokko führen Menschenrechtsorganisationen eine andere Kampagne. Es handelt sich um die Kampagne für die Befreiung der Gefangenen des M20F und aller anderen politischen Häftlinge. Unsere Kämpfe sind komplementär und haben das gleiche Ziel. In Frankreich ist es ASDHOM, welche diesen Kampf führt, doch wir versuchen alle anderen aus der marokkanischen Einwanderung hervorgegangenen Vereine mit einzubeziehen. Die größte Herausforderung ist, die marokkanischen Bürgerinnen und Bürger im großen Umfang zu sensibilisieren. ❖

► **Mehr Infos zur Kampagne: asdhom.org**

Solidarische Interventionen

„Solidaritätsklausel" regelt europaweiten Einsatz polizeilicher, geheimdienstlicher und militärischer Mittel im Falle einer Krise

Matthias Monroy

Die EU-Kommission und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik haben ihren Vorschlag zur Ausgestaltung der sogenannten „Solidaritätsklausel" vorgelegt. Das Dokument bezieht sich auf Artikel 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Die Organe der Europäischen Union beziehungsweise ihre Mitgliedsstaaten sollen darin verpflichtet werden, einander im Falle eines Schadensereignisses zu unterstützen. Dies schließt den Einsatz polizeilicher, geheimdienstlicher und militärischer Mittel ein. In der „Solidaritätsklausel" wird bestimmt, dass der Einsatz im Hoheitsgebiet eines Staates nur auf „Ersuchen seiner politischen Organe" erfolgen darf.



■ Politische Auseinandersetzungen werden im vorgelegten Vorschlag bislang nicht erwähnt. Allerdings könnte die mitgelieferte Definition einer „Katastrophe" auch Unruhen, Blockadeaktionen oder Sabotage erfassen. Entsprechend ließe sich auch der Passus „jede Situation, die schädliche Auswirkungen auf Menschen, die Umwelt oder Vermögenswerte hat oder haben kann" interpretieren. Die ebenfalls festgeschriebene Definition einer „Krise" als Auslöser deckt alle weiteren denkbaren Bedrohungen ab, darunter jede „ernste, unerwartete und häufig gefährliche Situation, die rechtzeitige Maßnahmen erfordert" oder die „wesentliche gesellschaftliche Funktionen betreffen oder bedrohen kann". In einer Entschließung hatte das Europäische Parlament im November 2012 gefordert, die „Solidaritätsklausel" solle überdies „politisch motivierte Blockaden" sowie „Cyberangriffe, Pandemien oder Energieengpässe" berücksichtigen.

Der Vorschlag ist jetzt den Mitgliedsstaaten zur Beratung zugegangen. Strittig ist dort, ob die „Solidaritätsklausel" an Land, im Wasser oder auch in der Luft gelten soll. Einige Regierungen fordern, sie auf Schiffe und Flugzeuge auszuweiten, die außerhalb der EU unterwegs sind. Kommission und Europäischer Auswärtiger Dienst schlagen vor, „Offshore-Öl- und Gas-Förderanlagen" einzubeziehen. Botschaften und Konsulate werden zwar nicht genannt, ihre Einbeziehung liegt aber nahe. Weiter wird gefordert, dass die Klausel „unabhängig davon, ob der Ursprung der Krise innerhalb oder außerhalb der EU liegt" angewendet werden solle. Die Bundesregierung hält sogar ein „präventives Vorgehen" für denkbar, etwa zur „Abwehr einer terroristischen Bedrohung".

In den behandelnden Ratsarbeitsgruppen wird nun darüber gestritten, ob eine Schwelle zur Aktivierung der Hilfen festgelegt werden soll. Denn die „Solidaritätsklausel" soll erst dann gelten, wenn alle eigenen Kapazitäten des anfragenden Landes ausgeschöpft sind. Aber wie soll dies bestimmt werden? In einer eigens dem Vertrag von Lissabon angefügten Erklärung heißt es, dass im Falle einer Unterstützung die Wahl der Mittel den übrigen Mitgliedsstaaten überlassen bleibt. Während Österreich und die Niederlande hierzu strenge Einschränkungen verankern möchten, votieren Griechenland und Italien für ein breites Anwendungsgebiet.

Nach deutscher Position sollen im Zuge der Umsetzung des Artikels 222 AEUV keine neuen Einrichtungen geschaffen werden. Jedoch könnten geheimdienstliche EU-Strukturen gestärkt werden: „In Betracht" käme, dem Intelligence Analysis Centre (INTCEN) eine regelmäßige „integrierte Gefahren- und Risikoabschätzung auf EU-Ebene" zu übertragen. Zuständig wäre das INTCEN dann nicht nur für „Terrorismus", sondern auch für „organisierte Kriminalität, Katastrophenschutz, Gesundheit, Klimawandel und Umwelt". ❖



Grafik: Laika-Verlag

Eurovisionen

Aspekte und Entwicklungen der europäischen Repressionsarchitektur

Ortsgruppe Hamburg

Endlich ist es soweit – die Ortsgruppe Hamburg hat ihr Buch veröffentlicht. Ein Redaktionskollektiv aus OG-Aktiven hat etwa anderthalb Jahre lang Texte geschrieben, herangeschafft und redigiert. Nun ist das Buch beim Laika-Verlag in Hamburg erschienen.

■ Wir haben dieses Buch veröffentlicht, weil uns in Diskussionen innerhalb der OG klar geworden ist, wie wenig wir eigentlich über die „Blackbox EU“ wussten, gleichzeitig aber Repressionsmaßnahmen gegen soziale Bewegungen längst nicht mehr nur von der Ebene der Bundesländer oder Nationalstaaten ausgehen: Ein entscheidender Teil der Sicherheitspolitik wird von der EU vorbereitet und umgesetzt. Und schnell haben wir gemerkt, dass es offensichtlich nicht nur uns so geht. Vieles, was in der EU passiert, passiert in intransparenten Verfahren und bleibt von der Öffentlichkeit, auch der linken und kritischen, weitgehend unbeachtet. Dies dürfte unter anderem daran liegen, dass die komplizierte Funktionsweise und der Einfluss der EU von den Wenigsten durchschaut werden. Obwohl oder gerade weil die Arbeit der EU-Gremien zunehmend direkt auf das Leben der Menschen in den Mitgliedsstaaten einwirken wird, wird vieles erst bekannt, wenn es längst beschlossene Sache ist – auch, weil die nationalen Regierungen die EU dazu nutzen, innerstaatlich rechtlich oder politisch nicht durchsetzbare Maßnahmen anzutreiben und dann darauf verweisen, aufgrund des EU-Rechts nun mal daran gebunden zu sein.

Dieses Buch versucht, eine kritische Einführung in die Arbeit der EU zu geben und einige Schauplätze der Repressionszusammenarbeit vorzustellen. Ursprünglich geplant als Broschüre, wurde der Umfang angesichts der Komplexität des Themas bald auf Buchlänge ausgeweitet. Es enthält einen Überblick über die Entwicklung der Repression in Frankreich, Großbritannien und der BRD als treibende Kräfte innerhalb der EU, da viele europaweite Entwicklungen vor diesem Hintergrund verständlicher werden. Daran anschließend folgen Texte zum „European Union Institute for Security Studies“ (EUISS), der polizeilichen Zusammenarbeit, der EU-Terrorliste, Frontex und Eurojust. Am Ende des Buches steht eine Auswertung, die mit vertiefenden Informationen versucht, den Gesamtzusammenhang zwischen den Kapiteln deutlich zu machen.

Ausgemachtes Ziel des Buches ist dabei die Verständlichkeit für alle Interessierten auch ohne viel Vorwissen. Dieses Buch hat keineswegs den Anspruch, die Europäische Sicherheitsarchitektur allumfassend darzustellen. Es soll vielmehr Anstoß geben, sich auch aus linker Perspektive mehr damit zu beschäftigen, eine Analyse vorzunehmen und dieses Wissen in der Bildung von Gegenstrategien zu berücksichtigen. ❖

► Redaktionskollektiv der Hamburger Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. (Hrsg.): Eurovisionen – Aspekte und Entwicklungen der europäischen Repressionsarchitektur, ISBN 978-3-942281-48-5, 140 Seiten, 17 Euro.

► Bestellbar beim Literaturvertrieb oder direkt beim Laika-Verlag.

Freiheit für Marina!

Politische Gefangene nach „Sud Francilien“ verlegt

Marina Soligruppe

Marina Bernadó ist eine baskische politische Gefangene in Frankreich. Sie war seit ihrer Jugend Aktivistin der sozialen Bewegungen in Barcelona, darunter in der autonomen Hausbesetzer- und Antifabewegung sowie der linken katalanischen Unabhängigkeitsbewegung. Sie pflegte engen Kontakt zum besetzten Zentrum Kasa de la Muntanya im Stadtteil Gràcia. Im Winter 2012/2013 wurde Marina aus dem Makroknast „Fleury“, einem der größten Gefängnisse in Europa, im Umland von Paris in die Haftanstalt „Sud Francilien“ ebenfalls nahe Paris verlegt.



Marina Bernadó im Knast Fleury

■ In den Jahren 2000/2001 kam es zu einer Repressionswelle gegen linke Aktive in Barcelona wegen Unterstützung der baskischen Organisation ETA. Innerhalb mehrerer Monate wurden rund ein Dutzend Personen in Barcelona und umliegenden Städten festgenommen. Einige junge Männer und Frauen wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, andere ohne Anklage freigelassen. Wieder andere konnten sich der Festnahme entziehen und untertauchen, darunter auch Marina. Ein anderer Gesuchter, der Sänger der Hardcoreband KOP aus Barcelona, wurde einige Zeit später in den Niederlanden verhaftet und verbüßte in Spanien eine mehrjährige Haftstrafe.

Marina Bernadó konnte sich über fünf Jahre dem Zugriff der Polizei entziehen, trotz eines europäischen Haftbefehls. Im Herbst 2006 wurde sie in Frankreich festgenommen. In der Zwischenzeit hatte sie sich der ETA angeschlossen. Vor Gericht bekannte sich Marina, wie auch ihre mitangeklagten Gefährten, zur ETA-Mitgliedschaft. Sie soll einem „Logistik-Kommando“ angehört haben. In zwei Prozessen wurde Marina unter anderem wegen Mitgliedschaft in der ETA sowie wegen Fälschens von Ausweispapieren und PKW-Kennzeichen zu neun Jahren Haft verurteilt. Die juristischen Verfahren sind jedoch noch immer nicht abgeschlossen, eine weitere Verhandlung steht aus. ❖

► **In der BRD gibt es einen kleinen Solikreis, der Marina unterstützt. Infos unter: http://marina.blogsport.de**

► **Schreibt Marina in Französisch, Spanisch oder Englisch!**

Marina Bernadó Bonada
CP Sud Francilien (CDF/109D)
Le Plessis Picard – Réau
77558 Moissy Cramayel Cedex
Frankreich ❖

Ding-Dong! The witch is dead

Zum Tode von Margaret Thatcher

Johann Heckel

Als am 8. April die Nachricht vom Tod Margaret Thatchers durch Großbritannien ging, tanzten tausende Menschen auf den Straßen. In London, in Glasgow, in vielen republikanischen Vierteln in Nordirland, vor allem aber in den Städten Nordenglands feierten Junge und Alte, ehemalige Bergarbeiter und aktive Student_innen, linke und eigentlich unpolitische Menschen den Tod einer Premierministerin, die mehr als 20 Jahre zuvor aus 10 Downing Street ausgezogen war. Bis heute gilt Thatcher als „a major hate figure", als Inbegriff von Privatisierung, Armut, Reaktion und Repression, als Personifizierung des Bösen. Auch an den Folgetagen und während des Staatsbegräbnisses kam es im ganzen Königreich zu Feiern, die teils von der Polizei angegriffen wurden – und zu Protesten gegen die Fortsetzung von Thatchers Politik durch die amtierende Regierung Cameron.



flickr/Mwezibou

Menschen in England, Irland, Schottland feierten anläßlich des Todes von Thatcher, hier in Glasgow

■ Dass die 1925 geborene Tochter eines Kolonialwarenhändlers und einer Schneiderin die erste und bisher einzige Frau an der Spitze einer britischen Regierung wurde, war kein Ausdruck durchgesetzter Frauenrechte oder persönlicher Emanzipation. Im Gegenteil. Thatcher hatte maximal zwei Frauen in ihrem Kabinett und verabschiedete einige der sexistischsten Gesetze, sie versetzte der Frauenbewegung mehr als nur einen harten Schlag. Ihre Anliegen waren in der Innen wie der Außenpolitik freie Märkte und militärische Stärke, nicht die Interessen der Frauen oder anderer um ihre Rechte kämpfenden Gruppen. Thatcher wurde 1979 ins Amt des Premierministers gebracht nicht weil, sondern obwohl sie eine Frau war. Eine Frau, die mehr als alle anderen Politiker der Conservative Party seinerzeit rücksichtslos genug war, mit allen Mitteln die Interessen der Eliten durchzusetzen und die gnadenlos zu bekämpfen, die dem im Weg standen: Gewerkschaften, Hafenarbeiter, Bergarbeiter, Drucker_innen und viele andere organisierte Arbeiter_innen ebenso wie die Familien und Gemeinschaften, die hinter ihnen standen.

Allen Huldigungen nach ihrem Tode zum Trotz: Als Thatcher ihre Aufgabe erfüllt hatte, servierte ihre Partei sie in Abwesenheit kalt ab. Bei allem Hass, den ihre Person bis heute auf sich zieht, war sie natürlich immer eine Vertreterin verschiedener Elitegruppen, kein frei handelndes Individuum. Die in sie gesetzten Erwartungen erfüllte die oft als „Eiserne Lady" bezeichnete Thatcher, ein ursprünglich von Radio Moskau erfundener Schmähname, in der Tat voll und auch mit großer persönlicher Überzeugung. Sie misstraute jeglicher Demokratie und baute allein auf Egoismus und Individualismus. Dies verdeutlicht hervorragend eine vielzitierte Äußerung Thatchers aus dem Jahre 1987: „Es gibt so etwas wie eine Gesellschaft nicht. Es gibt individuelle Männer und Frauen, und es gibt Familien. (...) Menschen müssen sich zuerst um sich selbst kümmern. Es ist unsere Pflicht, für uns zu sorgen, und erst dann, auch für unseren Nachbarn zu sorgen."

Thatcher baute auf Märkte und einen starken, aber minimalen Zentralstaat, der ihre Herrschaft stützte. Sie schaffte die Stadträte ab, kürzte die Staats- und insbesondere Sozialausgaben auf ein Minimum,

► **Ding-Dong! The Witch Is Dead**
„Ding-Dong! The Witch Is Dead" ist ein Lied aus dem Musicalfilm „Der Zauberer von Oz" aus dem Jahre 1939. Es wird gesungen von Judy Garland als Dorothy Gale, nachdem Dorothys Haus einstürzt und die Böse Hexe des Ostens unter sich begräbt. Sofort nach dem Tod Margaret Thatchers stieg das Lied auf Platz Eins diverser britischer Klingelton- und Download-Charts sowie der UK Singles Chart. Die einst von Margaret Thatcher scharf als linksliberal bekämpfte BBC weigerte sich in der Chart-Sendung vom 14. April, das nur 51 Sekunden lange Stück zu spielen und sendete stattdessen eine Erklärung, unter welchen Umständen das Lied auf Platz Eins gelangt war.

fuhr die Steuern der Reichen zurück und führte stattdessen gegen landesweite, teils gewaltsam niedergeworfene Proteste massenfeindliche Steuern ein, verschärfte in vollem Bewusstsein Arbeitslosigkeit und Armut und lud nationale wie internationale Banken und Unternehmen ein, sich an vormals öffentlichem Eigentum schadlos zu halten. Bereits 1970, als Kultur- und Wissenschaftsministerin im Kabinett von Edward Heath, machte sie sich einen Namen als „Milchräuberin“ (milksnatcher), als sie die Gratismilch an Primarschulen abschaffte. Und auf diesem Weg blieb sie ihr ganzes Leben.

► Margaret Thatcher privatisierte Staatsunternehmen wie etwa die British Telecom, British Airways, BritOil, British Aerospace, British Steel, British Petroleum, Jaguar, die lokalen Trinkwasser- und Elektrizitätsversorger und insbesondere den Gesundheitsdienst National Health Service. Zur Begründung sagte sie, sie wolle damit „die Macht dem Volk zurückgeben“. Immerhin könne nun jeder Aktien der Unternehmen kaufen. Natürlich sind die privatisierten Unternehmen heute der „Macht des Volkes“ weiter entzogen denn je. Die Wasserpreise etwa stiegen in den ersten zehn Jahren um 46 Prozent an, die betreibenden Unternehmen investierten trotzdem nicht ausreichend in das Leitungsnetz, enorme Qualitätsverluste sind bis heute die Folge.

► Margaret Thatcher führte 1988 das erste schwulenfeindliche Gesetz seit mehr als 100 Jahren ein. Die Clause 28 verbot Kommunalbehörden die „vorsätzliche Förderung von Homosexualität“ und untersagte ihnen in den Schulen zu lehren, dass homosexuelle Beziehungen „akzeptabel“ seien. Dieses Gesetz blieb bis 2003 in Kraft. Auch mit zahlreichen anderen repressiven Maßnahmen fügte sie dem traditionellen Gemeinschaftsgefühl in Großbritannien bis heute spürbare Schäden zu. 1989 ließ sie ein nicht umgesetztes Gesetz verabschieden, das Stadionbesuche nur unter Vorlage eines – in Großbritannien nicht obligatorischen und kaum verbreiteten – Personalausweises erlaubte.

► Margaret Thatcher führte fortlaufend massive Kürzungen im Bildungsetat durch und setzte Anfänge der Privatisierung von Bildung um, die allerdings erst unter Labour voll ausgefahren wurde. 1985 verweigerte ihr die Universität Oxford die Ehrendoktorwürde aus Protest gegen die Kürzungen.

► Margaret Thatcher bevorzugte unter Umgehung geltenden Rechts reiche und einflussreiche Unternehmen und Privatpersonen, so Rupert Murdoch bei der Übernahme der Times Group Anfang der 80er Jahre.

► Margaret Thatcher brach im großen Bergarbeiterstreik von 1984/85 nicht nur die hart erkämpfte Macht der Gewerkschaften fast vollständig, sondern auch das Selbstbewusstsein zahlloser Menschen und Städte insbesondere in Nordengland, das am Ende ihrer Regierungszeit weitgehend deindustrialisiert war. Thatcher wollte von Anfang an die Gewerkschaften brechen und bezeichnete sie als den „Feind im Inneren“. Da die Nationale Bergarbeitergewerkschaft (National Union of Mineworkers, NUM) die Speerspitze des Gewerkschaftsbundes war, griff Thatcher diese Branche an. Dazu hatte sie, um den provozierten Arbeitskampf abfedern zu können, frühzeitig enorme Kohlevorräte anlegen und andere Energiequellen ausbauen lassen, insbesondere Nordseeöl und Atomkraft. Bereits ab 1980 hatte Thatcher eine ganze Reihe gewerkschaftsfeindlicher Gesetze vorgelegt – bis hin zu detaillierten Festlegungen wie der, dass bei Strafe pro bestreiktem Betrieb nur sechs Streikposten zugelassen waren. Streikbrechern ließ sie von der Polizei den Weg durch die Streikenden hindurch in die Minen freiprügeln. Ihre Parole in der lange vorbereiteten Auseinandersetzung lautete: „Der Herrschaft des Mobs darf nicht nachgegeben werden.“ Nach zwölf Monaten Streik mit zehn Toten, über dreitausend Verletzten und über 11.000 Verhaftungen waren die NUM und der Gewerkschaftsbund besiegt, die meisten Zechen geschlossen und die angegliederten Industrien bis hin zu den Werften verschwunden. Der Norden Englands hat sich bis heute nicht davon erholt.

► Margaret Thatcher höhlte den Arbeitsmarkt aus und verursachte damit die große Krise des allgemeinen Lebensstandards in Großbritannien, die lange vor der aktuellen Bankenkrise die Mittelschicht ruinierte und die Gesellschaft in extreme Armut einerseits und extremen Reichtum andererseits teilte. Die 2008 eingetretene Bankenkrise ist allerdings ebenfalls mit Resultat von Thatchers Politik, die die Bankenregulierung abschaffte und die Dominanz der Finanz- über die Realwirtschaft förderte.

► Margaret Thatcher bot ab 1980 die Sozialwohnungen ihren Bewohner_innen zum Kauf an, was den bis heute auch in den unteren Einkommensschichten weit verbreiteten Drang nach Wohneigentum entfachte. Ersatz für die so privatisierten Sozialwohnungen wurde nicht geschaffen, stattdessen langfristig eine riesige Kredit- und Immobilienblase.

► Margaret Thatcher steigerte die Arbeitslosigkeit massiv und weigerte sich, die durch Strukturwandel und ihre arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Politik um ihre Stellen gebrachten Menschen zu unterstützen. Sie erschwerte administrativ den Zugang zum Arbeitslosengeld und



Liverpool am 17. April 2013

führte stattdessen völlig unzureichende Unterstützungszahlungen für Arbeitslose ein.

► Margaret Thatcher entfesselte die City of London als monströsen Finanzplatz. Sechs Monate nach ihrem Regierungsantritt waren die Wechselkontrollen abgeschafft und Kapital aus der ganzen Welt strömte nach Großbritannien. 1986 wurde die Börse völlig dereguliert. Die City darf seither als Wiege des völlig ungezügelten Finanzkapitalismus gelten.

► Margaret Thatcher verschärfte und verlängerte mit ihrem militaristischen und polizeistaatlichen Politikansatz, mit Zensur und geheimen Mordkommandos den Nordirlandkonflikt. Besonders unrühmlich war ihre Rolle während der großen Hungerstreiks republikanischer Gefangener 1980 und 1981. Ihrer persönlichen Weigerung, den Status als politische Gefangene zuzugestehen, ist die Verlängerung der Aktion und der Tod von zehn Häftlingen, darunter der Unterhausabgeordnete Bobby Sands, geschuldet. In direktem Bezug dazu verübte die Irish Republican Army (IRA) 1984 während des Parteitags von Thatchers Conservative Party einen Bombenanschlag auf ihr Hotel, dem sie knapp entging. Fünf andere Personen starben.

► Margaret Thatcher militarisierte die britische Außenpolitik und holte die seit der Suez-Krise wenig einflussreiche Armee zurück auf die politische Bühne. Gemeinsam mit US-Präsident Ronald Reagan betrieb sie die Eskalation des Kalten Kriegs. Sie kämpfte für den Nato-Doppelbeschluss und gegen Libyen. Unter ihrer Regierung schaffte Großbritannien Cruise Missiles an und verkaufte in großem Umfang Waffen in alle Welt, insbesondere nach Saudi-Arabien. Sie unterstützte die Roten Khmer im Kampf gegen die vietnamesische Intervention und die danach gewählte Regierung mit Waffen, Minen und Ausbildern.

► Margaret Thatcher zeigte immer wieder offen ihren Rassismus. So sagte sie zum heutigen Außenminister von Australien, Bob Carr, er solle in der Einwanderungspolitik aufpassen, dass Sydney nicht ende wie Fidschi, wo asiatische Einwanderer zur Zeit seiner Unabhängigkeit von Großbritannien die Bevölkerungsmehrheit bildeten.

► Margaret Thatcher bekämpfte die Sanktionen gegen das südafrikanische Apartheid-Regime, unterstützte es bis zum Schluss, lieferte Waffen und bezeichnete den inhaftierten Nelson Mandela als Terroristen. In Zimbabwe und Namibia stand sie an der Seite rechter bis rechtsradikaler Kräfte und verlängerte damit die blutigen Konflikte im südlichen Afrika. Ihre neoliberale und gewerkschaftsfeindliche Politik setzte sich bis in die ehemaligen Kolonien in Afrika durch. Sie erzwang Ausgabenkürzungen insbesondere im Gesundheitswesen, was beispielsweise in Swasiland die Zahl der HIV-Infektionen massiv ansteigen ließ.

► Margaret Thatcher hob bereits im Juni 1979, anders als etwa die USA, die britischen Sanktionen und Embargos gegen das von Augusto Pinochet regierte Chile auf. Ein Jahr später ließ sie Waffenlieferungen zu und verstärkte die Handelsbeziehungen mit der Begründung, die Menschenrechtslage habe ich verbessert. Noch 1998 stattete sie dem zu dieser Zeit in London unter Hausarrest stehenden Ex-Diktator einen Privatbesuch ab.

► Margaret Thatcher schickte 1982 ein enormes militärisches Aufgebot in den Südatlantik, um die von Argentinien besetzten Falklandinseln zurückzuerobern. Der unter großen argentinischen Verlusten errungene Sieg brachte Thatcher noch einmal einen Popularitätsschub, den sie für erfolgreiche Neuwahlen nutzte. Der Sieg entfachte eine neue Begeisterung der Brit_innen für das Militär und ermöglichte erst die weitgehende Akzeptanz der späteren Einsätze am Persischen Golf, in Sierra Leone, Jugoslawien und Afghanistan.

► Margaret Thatcher führte 1989 die als „poll tax“ (Kopfsteuer) bekannt gewordene „Reform“ der Kommunalsteuer durch. Um die ihr nahestehenden Haus- und Grundeigentümer_innen zu erfreuen, setzte sie als Berechnungsgrundlage für die „community charge“ anstelle des Immobilienbesitzes nun die Zahl der Bewohner_innen durch. Plötzlich zahlten reiche Alleinbewohner_innen einer Villa genauso viel Abgabe wie jede_r einzelne Erwachsene in einer mehrfach belegten Mietwohnung. 18 Millionen Brit_innen weigerten sich, die Steuer zu bezahlen, es kam zu teils militanten Demonstrationen sogar in ausgesprochen konservativ geprägten Landesteilen. Die Proteste gipfelten am 31. März 1990 in einer Demonstration mit rund 70.wooo Teilnehmer_innen in London, bei der es erneut zu massiven Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Die in den 80er Jahren weit verbreitete Demo-Parole „Maggie, Maggie, Maggie – out, out, out!“ wurde nach ihrem Tod auch mitten in London vielfach in abgewandelter Form gerufen: „Maggie, Maggie, Maggie – dead, dead, dead!“ Dabei machten viele Feiernde klar, dass nun zwar die verhasste Person Thatcher tot ist, aber nicht der Thatcherismus. Nicht nur ihr konservativer Nachfolger John Major, sondern auch die Labour Party mit Anthony Blair und dann Gordon Brown führten Thatchers Kurs in unterschiedlicher Ausprägung fort. Auch die derzeitige konservative Regierung von David Cameron hat mit ihrer offen unsozialen Umverteilungspolitik seit Amtsantritt breit getragenen Protest und zahlreiche, zum Teil auch militante Großdemonstrationen provoziert. Zuletzt traten Anfang April zahlreiche Gesetzesänderungen in Kraft, die für hunderttausende Geringverdiener_innen Verluste von durchschnittlich 1200 Pfund pro Jahr bedeuten, so eine Schlafzimmersteuer (bedroom tax). Auch wenn also den meisten Menschen, die in Großbritannien auf den Tod von Margaret Thatcher angestoßen haben, völlig klar ist, dass sich durch ihren Tod das System nicht geändert hat, wird sie doch für viele Menschen nach wie vor eines bleiben: a major hate figure. ❖

Thatcherismus

■ Die als Thatcherismus bezeichnete Wirtschaftspolitik ist keine geschlossene Theorie, sondern eine Praxis mit sowohl konservativen als auch neoliberalen Elementen. Sie zeichnet sich aus durch:

– Marktfundamentalismus
– einen weitgehend abgebauten Staat
– äußerst rudimentäre sozialstaatliche Leistungen
– eine sich selbst überlassene Zivilgesellschaft
– eine autoritäre Moral in Verbindung mit ökonomischem Individualismus
– einen der Selbstregulierung überlassenen Arbeitsmarkt
– die Hinnahme bis Förderung von sozialer Ungleichheit
– einen traditionellen Patriotismus
– eine lineare Modernisierung
– ein schwach ausgebildetes ökologisches Bewusstsein
– einen neorealistischen Ansatz in der Außenpolitik
– eine Einbindung in den Ost-West-Gegensatz

Der Rechtshilfefonds AZADÎ unterstützt Kurdinnen und Kurden, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung mit Strafverfolgung bedroht werden.

AZADÎ e. V. | Hansaring 82, 50670 Köln | mail: azadi@t-online.de

www.nadir.org/azadi/ | V.i.S.d.P. Monika Morres (Anschrift wie AZADÎ e. V.)

Spendenkonto GLS Gemeinschaftsbank e.G. | BLZ 430 60 967 | Konto 80 35 78 26 00

Newroz 2013: Neuer Tag – Neue Perspektiven

Abdullah Öcalan ruft Waffenruhe aus und fordert Demokratisierung der Türkei

Im vergangenen Dezember wurden die Gespräche zwischen Abdullah Öcalan, der seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist, und der türkischen Regierung wieder aufgenommen. Seitdem wurde es auch zwei Delegationen der prokurdischen Partei für Demokratie und Frieden (BDP) ermöglicht, ihn dort zu besuchen, während die Anwältinnen und Anwälte von Öcalan seit fast eineinhalb Jahren daran gehindert werden und 36 von ihnen selbst inhaftiert wurden. Bei dem Besuch am 18. März hatte Abdullah Öcalan gegenüber der BDP-Delegation für das diesjährige Neujahrsfest Newroz einen „historischen Aufruf" zur friedlichen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts angekündigt.

Vor Millionen Menschen verlasen am 21. März in Amed (Diyarbakir) BDP-Abgeordnete die Botschaft des PKK-Vorsitzenden, in der es u.a. heißt: „Wir sind an dem Punkt zu sagen: Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen. [...] Das ist kein Ende, sondern ein Neubeginn. Ethnisch reine und mono-nationale Gebiete zu schaffen, ist eine unmenschliche Praxis der Moderne, die unseren Wurzeln und unserer Identität widerspricht. [...] Die Zeit des Streits, der Konflikte und der gegenseitigen Verachtung ist vorbei, die Zeit ist reif für Einheit, Gemeinsamkeit, Umarmung und Vergebung. [...] Wir arbeiten daran, ein neues Modell aufzubauen, welches trotz aller Fehler und Defizite der letzten neunzig Jahre von Neuem alle Betroffenen, alle Völker, die schlimmes Leid erlitten haben, alle Klassen und Kulturen einbezieht. Ich rufe alle diese Gruppen dazu auf, sich auf egalitäre, freie und demokratische Weise zu organisieren [...]."

Die Themen Demokratie und Frieden dominierten auch das diesjährige Newroz-Fest, zu dem trotz bitterer Kälte und eisigem Wind tausende Menschen aus allen Teilen Deutschlands nach Bonn gekommen waren. Neben einer Videobotschaft des KCK-Exekutivratsvorsitzenden Murat Karayilan aus den Kandil-Bergen, Redebeiträgen der Co-Vorsitzenden und Parlamentsabgeordneten der Partei für Frieden und Demokratie, Gültan Kisanak, des Bundestagsabgeordneten der Linken, Andrej Hunko und des Bonner NRW-Landtagsabgeordneten Bernhard „Felix" von Grünberg (SPD), sorgten kurdische Musikgruppen und die baskische Band „Femu Muguruza" (vormals Kortatu) für Bewegung im wahrsten Sinn des Wortes.

Hinweis zu RHZ 01/2013
Der Artikel „Der dreckige Krieg wird euer Ende sein" auf den Azadi-Seiten der RHZ 1/2013 wurde nicht von Azadi selbst verfasst, sondern von ATESH – Für eine sozialrevolutionäre Perspektive, Tatort Kurdistan Hamburg und der ISKU. Leider ist im Layout die Autorenzeile weggefallen. Der Layouter bittet dafür um Entschuldigung.

AKP-Reaktionen auf Erklärung Öcalans

Ministerpräsident Tayyip Erdogan bewertete Öcalans Vorschläge als „sehr positiv" und versprach, dass es keine Angriffe auf abrückende PKK-Kämpfer_innen geben werde. Außerdem stellte er die Einrichtung einer aus bis zu 30 zivilgesellschaftlichen Vertretern bestehende „Kommission der Weisen" in Aussicht, die den Friedensprozess begleiten und die Öffentlichkeit informieren soll. Der türkische Justizminister Sadullah Ergin hatte am 18. März gegenüber dem türkischen Fernsehsender Kanaltürk erklärt, dass im Gegenzug zu einem Rückzug der kurdischen Guerillaeinheiten von der Regierung entsprechende Gesetzesänderungen umgesetzt werden könnten. Und weiter: „Es gibt keine Garantie für den Verlauf dieses Prozesses, jedoch gibt es eine Garantie für das, was passieren wird, wenn der Prozess nicht positiv voranschreitet." Innenminister Muammar Güler meinte: „Diese Sprache ist die Sprache des Friedens."

Abdullah Öcalan hatte bereits im Verlaufe einer ersten Gesprächsphase, die nach den Parlamentswahlen von der türkischen Regierung 2011 abgebrochen wurde und der eine massive Repressionswelle gegen die kurdische Bewegung folgte, eine „Roadmap für Verhandlungen" erarbeitet. In diesem Aktionsplan werden mehrere Etappen auf dem Weg zur Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts vorgeschlagen: eine „dauerhafte Waffenruhe", die Einrichtung einer „Wahrheits- und Versöhnungskommission, die die Grundlagen für eine verfassungsrechtliche Gleichstellung der Kurden vorbereitet, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Rückkehr der Kurden aus dem Exil sowie der Abzug der Guerillakräfte aus der Türkei. (Die „Roadmap für Verhandlungen" liegt inzwischen auch in deutscher Sprache vor und ist erschienen im Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2013, 9,90 Euro).

Karayilan: Beteiligung des Parlaments und neue Verfassung unverzichtbar



Newroz-Demonstration 2013, Bonn

Murat Karayilan, Vorsitzender des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), hat sich am 24. März ausführlich zu den jüngsten Entwicklungen geäußert. Notwendig sei „eine neue Verfassung, die die vollkommene Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage mit einbezieht". Hierfür sei die Einschaltung des türkischen Parlaments unumgänglich. Der Rückzug der Guerilla vom Territorium der Türkei müsse angesichts des seit 30 Jahren andauernden Aufstands „ordentlich gestaltet" werden.

Ministerpräsident Erdogan habe gefordert, dass die kurdische Bewegung ihre Waffen niederlegen und stattdessen Politik machen solle. „Schön und gut, aber diejenigen, die Politik machen, sind heute in den Gefängnissen, werden verurteilt und bestraft." Um dem Abschied von den Waffen und einer Normalisierung des Prozesses nahezukommen, müssten auch die Zehn-Prozent-Wahlhürde und die Antiterror-Gesetzgebung geändert sowie die Morde sogenannter unbekannter Täter und Massaker wie der Fall Roboskî aufgeklärt werden. Wichtig sei zudem, Abdullah Öcalan in diesen Prozess mit einzubeziehen, um eine Verbindung zwischen ihm und den Kandil-Bergen noch durchlässiger zu machen.

Norman Paech, emeritierter Professor für Öffentliches Recht und Völkerrechtler, begrüßt in einem Gespräch mit dem Neuen Deutschland vom 22. März zwar den Friedensaufruf, doch bleibt er bezogen auf die positiven Reaktionen von Tayyip Erdogan eher skeptisch: „Erdogan hat nie eine konstante Perspektive für eine politische Lösung des Kurdenproblems eröffnet. Auch jetzt ist es außerordentlich zweifelhaft, ob er zum Beispiel die Militäroperationen gegen die PKK, die nach wie vor auch über die Grenze nach Irak gehen, jetzt mit einem Waffenstillstand einstellt". […] Doch bedeute allein die Tatsache, dass Öcalans Botschaft vor Hunderttausenden Menschen in kurdischer Sprache vorgetragen werden konnte, „die große Sehnsucht der Kurden nach einem nicht nur friedlichen Leben, sondern auch nach Demokratisierung, Anerkennung ihrer kurdischen Identität, ihres Selbstbestimmungsrechts". […] In Richtung Erdogan: „Warten wir einmal ab, ob er darauf nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten antworten wird."

Bundesaußenminister Guido Westerwelle sieht im Aufruf von Abdullah Öcalan einen „großen Schritt hin zu mehr gegenseitigem Vertrauen". Es komme jetzt darauf an, „dass den Ankündigungen konkrete Schritte folgen und die Waffen tatsächlich schweigen". So könne „dauerhaft ein Ende von Konfrontation und Gewalt erreicht werden und auch Vorstellungen der kurdischstämmigen Bürger der Türkei auf legitime Weise im Rahmen des türkischen Staates abgebildet werden". „Wir" – vermutlich die Bundesregierung – „wollen dazu ermutigen, den Weg politischer Gespräche und Verhandlungen auch gegen Widerstände weiterzugehen, um den langen, blutigen Konflikt endlich zu beenden". Na dann, Herr Außenminister, ergreifen Sie die Initiative! Hierzu möchten wir S i e ermutigen.

Sein Parteifreund, der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff, hatte sich im Rahmen einer Debatte im EU-Parlament am 6. Februar 2013 zu Wort gemeldet: „Wir sehen gleichzeitig aber eine massive Repressionskampagne gegen die KCK, also gegen Leute, die im Südosten der Türkei hauptsächlich kommunalpolitisch aktiv sind. Ich glaube, dass deswegen die öffentliche Debatte mit dieser Debatte heute hier im Europäischen Parlament

vielleicht beginnen kann, dass sie Fahrt aufnehmen kann, dass das Kurdenproblem nicht mehr im Windschatten unserer Aufmerksamkeit liegt, sondern dass wir es öffentlich debattieren. [...] Die KCK-Verhaftungswelle muss gestoppt werden, die Repression muss enden, und die türkische Regierung muss sich der regionalen Dimension des Problems klar werden."

Na dann, Graf Lambsdorff: Sorgen Sie mit dafür, dass PKK/KONGRA-GEL/KCK von der EU-Terrorliste verschwinden und geben Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag einen „Ruck" zur Aufhebung des PKK-Betätigungsverbots !

Türkei-Berichterstatterin fordert Reformen der Antiterror-Gesetzgebung – gleichzeitig wird der kurdische Politiker Yilmaz Orkan in Brüssel verhaftet

Im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess der Türkei hatte sich auch die zuständige Berichterstatterin Ria Oomen-Ruijten geäußert. In der Türkei müssten weitere Reformen durchgeführt werden und insbesondere solle sie Probleme angehen, die sich aus der breiten Definition von Terrorismus in der türkischen Antiterror- und Strafgesetzgebung ergäben.

Diese Forderungen richten wir allerdings auch an die EU-Länder, denn: Am 24. März wurde Yilmaz Orkan, Mitglied des Kurdistan Nationalkongresses (KNK) und stellvertretender Vorsitzender der Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD), auf Ersuchen der spanischen Justizbehörden am Flughafen Brüssel festgenommen. Er befand sich auf dem Weg zum Weltsozialforum in Tunesien. „Diese negativen Entwicklungen und Angriffe auf kurdische PolitikerInnen in Europa verlaufen konträr zu den wichtigen Entwicklungen und Bemühungen um Frieden in Kurdistan und der Türkei", schreibt der Exekutivrat des KNK seiner Erklärung vom 27. März. „Diese politische Haltung schadet der Friedensphase und erweckt den Eindruck, dass die EU-Staaten eine friedliche, politische Lösung der kurdischen Frage verhindern wollen."

Am 24. März sagte ein Sprecher des Bundesamtes für Verfassungsschutz (VS) gegenüber den Deutsch Türkischen Nachrichten (DTN), dass die Waffenruhe zwischen der PKK und der türkischen Regierung einen „positiven Effekt auf die innere Sicherheit in Deutschland" haben könne. Man müsse jedoch die Entwicklung abwarten. Auf Nachfrage erklärte er weiter, dass es „internen Erhebungen aus dem Jahre 2011 zufolge insgesamt 13.000 PKK-Mitglieder in Deutschland" gebe.

Vor dem Hintergrund dieser historischen Entwicklungen müssen die politisch Verantwortlichen in Deutschland künftig nachdrücklicher aufgefordert werden, der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden ein Ende zu bereiten und das PKK-Betätigungsverbot in Deutschland aufzuheben. Das gilt auch für die Indizierung der PKK und sämtlicher Nachfolgeorganisationen auf der Terrorliste des UN-Sicherheitsrates sowie der EU – sie müssen gestrichen werden.

Diese und jede künftige Bundesregierung muss sich zur Aufgabe machen, den kurdisch-türkischen Friedensprozess aktiv zu unterstützen statt Waffen und Raketen zu liefern. In den zurückliegenden Jahrzehnten haben deutsche Politikerinnen und Politiker ihre ignorante Haltung gegenüber den Konflikten immer wieder damit begründet, dass die Problemlösung zu allererst in der Türkei erfolgen müsse. Voilà, der Anfang ist gemacht. Jetzt ist die deutsche Politik am Zuge – 20 Jahre nach dem PKK-Betätigungsverbot.

Lasst die politischen Gefangenen frei, stellt alle politisch motivierten Verfahren ein, gebt Meinungs-, Presse-, Betätigungs- und Vereinigungsfreiheit !

Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Metin A. – AZADÎ verurteilt politisch motivierte Verfolgung kurdischer Aktivist_innen

Wie die BAW am 12. März mitteilte, hat sie am 21. Februar gegen Metin A. Anklage vor dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart erhoben. Sie wirft dem kurdischen Aktivisten vor, sich von März 2008 bis zu seiner Festnahme im Juli 2011 als „hochrangiger Kader" der „Gemeinschaft der Jugend" (KC) in der Bundesrepublik und im europäischen Ausland betätigt zu haben. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden ordnen die „Komalen Ciwan" als Unterorganisation der PKK zu, so dass Metin A. als ein mutmaßliches Mitglied einer „ausländischen terroristischen Vereinigung" nach § 129b StGB angeklagt wird. Er soll in seiner Funktion Demonstrationen und Schulungsveranstaltungen organisiert, Propagandamaterial verteilt, an Ausbildungsseminaren teilgenommen und Jugendliche für die Guerilla angeworben haben. Die Ermächtigung zur Strafverfolgung von Metin A. nach § 129b, hat das Bundesjustizministerium am 19. April 2011 erteilt.

Metin A. wurde aufgrund eines Festnahmeersuchens der BAW am 20. Juli 2011 während einer Reise in der Schweiz fest- und in Auslieferungshaft genommen. Während seiner Haft hatte er Asyl beantragt und ist – aus Solidarität mit den zu dieser Zeit hungerstreikenden politischen Gefangenen in der Türkei – in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Ende Oktober 2012 befand sich der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan auf Staatsbesuch in Deutschland, wo er wie gewöhnlich die angeblich mangelnde strafrechtliche Verfolgung kurdischer Aktivist_innen beklagte. Kaum war er am 31. Oktober wieder abgereist, wurde Metin A. am 1. November 2012 an die bundesdeutschen Behörden überstellt. Zu diesem Zeitpunkt befand er sich seit über 50 Tagen im Hungerstreik.

Die Überstellung erfolgte unter äußerst fragwürdigen Umständen. Weder war sein Schweizer Anwalt zuvor über den ernsten Gesundheitszustand seines Mandanten informiert worden noch von der bevorstehenden Überstellung. Metin A. wurde unter dem Vorwand, in ein anderes Gefängnishospital verlegt zu werden, an den Füßen gefesselt mit einem Krankenwagen allerdings statt in ein Krankenhaus an die deutsche Grenze gefahren und den dortigen Behörden übergeben. Zuvor sollen drei Ärzte unabhängig voneinander die Transportfähigkeit von Metin A. festgestellt haben. Wegen seines ernsten Gesundheitszustandes wurde der Kurde in das Haftkrankenhaus der JVA Stuttgart-Stammheim gebracht. Nach Beendigung seines Hungerstreiks, wurde Metin A. aus diesem Krankenhaus entlassen und befindet sich seitdem – inzwischen unter „normalen" Haftbedingungen – in einem anderen Gefängnis. Das Hauptverfahren gegen ihn wird vermutlich im Frühsommer eröffnet werden.

YEK-KOM fordert sofortiges Ende der Anwerbepraxis durch den VS – Kurdischer Verein in Hannover im Fokus des Geheimdienstes

Erneut greift die Föderation kurdischer Vereine die Versuche des Inlandsgeheimdienstes an, Kurdinnen und Kurden als Spitzel zu gewinnen, wobei der Fokus auf kurdische Jugendliche gerichtet ist. „Haben die Beamten des Verfassungsschutzes hiermit keinen Erfolg, versuchen sie, die Jugendlichen davon zu überzeugen, nicht mehr an Demonstrationen teilzunehmen und ihr Engagement abzubrechen". Wenn auch das nicht weiterführt, wird versucht, sie „durch Festnahme einzuschüchtern oder sie sorgen dafür, dass der Aufenthaltsstatus der Jugendlichen in Gefahr gerät".



Newroz-Feiern 2013 in Diyarbakır (kurdisch Amed), Türkei/Nordkurdistan

Vom YEK-KOM-Mitgliedsverein in Hannover sei berichtet worden, „dass die Beamten der Kripo dauerhaft aus ihrem Pkw den Verein provokativ beobachten und die Personen, die ein- und ausgehen, selektieren sowie in diesem Kontext auch den Vereinseingang aus dem Auto heraus fotografieren". Einige Mitglieder und Besucher seien nach Verlassen des Gebäudes „direkt angesprochen" und ihnen „nahegelegt" worden, „den Verein nicht mehr zu besuchen", weil es sich angeblich um einen „PKK-Verein" handele, in dem Jugendliche unter 16 Jahren für den bewaffneten Kampf rekrutiert würden. Weiter gebe es Fälle, in denen Jugendliche an „unbekannte Orte" mitgenommen und ihnen in Anwesenheit von Polizisten und Dolmetschern Geld, Alkohol oder Drogen angeboten worden seien. Als Gegenleistung müssten sie Informationen beschaffen.

YEK-KOM fordert ein „sofortiges Ende dieser unwürdigen Praxis der bewussten Kriminalisierung und Anwerbeversuche von Kurdinnen und Kurden, die sich für eine friedliche und politische Lösung der kurdischen Frage einsetzen und dies durch ihre Mitgliedschaft in einem Verein bestärken wollen."

Polizeiangriff auf kurdischen Verein in Hannover

Auf Beschluss des Amtsgerichts Lüneburg führte die Polizei Braunschweig mit mindestens fünf Mannschaftswagen und Zivilbeamten am 10. März eine Durchsuchung des „Kurdistan Volkshaus Hannover" e.V. durch. Begründet wurde die Maßnahme mit Ermittlungen gegen eine Person, die gelegentlich den Verein aufgesucht habe. Dennoch haben sich alle Anwesende durchsuchen, fotografieren lassen und sich ausweisen müssen. Beschlagnahmt wurden unter anderem der Kurdistan-Report, seit Jahrzehnten käuflich zu erwerben, im Handel erhältliche Veröffentlichungen von Abdullah Öcalan, Exemplare des Buches von Nick Brauns und Brigitte Kiechle „PKK – Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes" sowie die kürzlich erschienene Publikation „Widerstand und gelebte Utopien", in der u.a. ein Interview mit der im Januar in Paris ermordeten PKK-Mitbegründerin Sakine Cansiz veröffentlicht ist. Die Beamten rechtfertigten die Beschlagnahmungen mit einem angeblichen Verbot der Bücher, weil da PKK draufstünde. (Nach einem Protestschreiben von Nick Brauns an den Polizeipräsidenten von Hannover sind die beschlagnahmten Buchexemplare inzwischen wieder frei, Azadî).

„Unser Verein in Hannover wurde in der Vergangenheit öfter Opfer deutscher Polizeigewalt", erklärte die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland, YEK-KOM in einer ersten Stellungnahme und beklagte, dass die „seit Jahren verstärkten Bemühungen um Integration" lediglich mit „staatlicher Diskriminierung beantwortet" werde. Sie fordert eine sofortige Stellungnahme des niedersächsischen Innenministers zu diesen „willkürlichen Maßnahmen".

Ermittlungen nach Kulturfestival 2012 in Mannheim

Einer Meldung von dpa zufolge sollen im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen am Rande des kurdischen Kulturfestivals im September 2012 in Mannheim bisher rund zwei Dutzend Verdächtige im Fokus der Strafverfolgungsbehörden stehen. Von den 22 eingeleiteten Ermittlungsverfahren seien einige inzwischen eingestellt und in einem Fall ein Strafbefehl beantragt worden. Gegenüber der Nachrichtenagentur sagte Oberstaatsanwalt Jochen Seiler am 26. Februar, dass der große Teil der Verfahren noch laufe bzw. mit weiteren Ermittlungen gerechnet werden könne. Laut „Mannheimer Morgen" vom 14. März ermitteln die Strafverfolgungsbehörden gegen 482 Personen. Auf einer Sitzung des baden-württembergischen Landtagsinnenausschusses vom 13. März, erklärte Innenminister Reinhold Gall (SPD), dass 91 Beschuldigte identifiziert seien.

In der zweiten April-Woche gab es Wohnungsdurchsuchungen mehrerer Kurden in Mannheim und Hamburg. Die Durchsuchung der Wohnung eines 24-jährigen Kurden in Dortmund sowie die Beschlagnahmung von Kleidungsstücken erfolgte aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Mannheim vom Februar. Er wird des „besonders schweren Landfriedensbruchs" beschuldigt. Beschlagnahmt wurden insbesondere CDs und DVDs. Im Hamburger Fall ist gegen den Betroffenen Haftbefehl erlassen worden.

Siehe dazu auch: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/AZADIinfodienst/nr117/info117.pdf und http://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/AZADIinfodienst/nr118/info118.pdf ❖

„Der Gebrauch rassistischer/sexistischer Sprache ist nie unschuldig“

Ein Beitrag zur Debatte um die Parole ACAB

Gruppe Kartoffelbrei

Im Folgenden geht es um den Artikel „ACAB – Eine auf wenige Worte reduzierte Aussage“ von Henning aus Bremen (RHZ 4/12), der als Reaktion auf den Artikel „Kampf den hohlen Parolen“ von Buvo-Hannah (RHZ 3/12) erschien. In den Artikeln geht es um die Benutzung der Parole ACAB und damit um die politische Tragbarkeit des Begriffs „Bastard“, im Folgenden B*. Wir wurden vom AK PoC-Empowerment Köln auf die Debatte aufmerksam gemacht und angefragt, einen Kommentar zu schreiben, da der AK sich nicht die ganze Zeit an Rassismen von Weißen abarbeiten, sondern sich auf sein Empowerment konzentrieren will.

■ Um nochmal kurz zurückzukommen zum ursprünglichen Bezugstext „Kampf den hohlen Parolen“ hier ein kurzes Fazit unsererseits. Buvo-Hannah erklärt darin die Bedeutung und Herkunft des Wortes B* und damit auch der ACA*-Parole. Die Begründung, warum staatliche Repression aufgrund der Benutzung des Begriffs B* nicht von der Roten Hilfe e.V. aufgefangen werden sollte, ist eindeutig und konsequent: Es handelt sich um einen rassistischen und sexistischen Begriff, der auf die Ideologie der „Blutreinheit“, die kolonialistische „Rassen“ideologie und die christliche Sexualmoral zurückgreift und elementar für die genozidale Politik im Nationalsozialismus war (siehe beispielsweise den Beitrag zu B* von Kien Nghi Ha und Susan Arndt in: „Wie Rassismus aus Wörtern spricht“, S. 624–628). Also ist die Verwendung des Wortes aus „linken Mündern“ eine Absurdität, und aus weißen Mündern ein rassistischer Gewaltakt, den es zu kritisieren und zu stoppen, und kein unschuldiges unwissendes Rebell*innentum, das es zu fördern gilt.

Hennings Antwort auf den Artikel ist eine Verteidigung der Benutzung des Begriffs, fernab jeglicher kritischer Selbstreflexion. Zunächst einmal möchte er uns weismachen, dass die Parole ACA* nichts, rein gar nichts mit dem B-Wort zu tun habe – obwohl es darin vorkommt. Henning weiß es besser als Lexika, Geschichtswissenschaftler*innen und Ethymolog*innen: Nicht rassistische Strukturen hätten das Wort und damit auch die Parole ACA* hervorgebracht, sondern die Punkband Slime, und die sind ja links und alles was links ist, kann ja gar nicht rassistisch sein. Dass ein Artikel mit einer so lächerlichen These überhaupt in der RHZ erscheinen kann, ist skandalös genug und Zeichen dafür, wie vehement sich die weiße Linke gegen antirassistische Kritik wehrt.

Henning argumentiert weiterhin damit, dass dieser reaktionäre Begriff im ACA* Polem emanzipatorisch (nämlich gegen Autoritäten) verwendet werde. Dies ist in etwa so schlüssig, wie wenn man zum Beispiel Angela Merkel sexistisch beschimpft und diese sexistische Gewalttat damit rechtfertigt, dass sie ja die Richtige trifft. Es ist auch nicht relevant, dass in bestimmten (anderen) Kontexten (beispielsweise von den später genannten Minenarbeiter_innen in England) der Begriff B* auch mal aus einer nicht-hegemonialen Position heraus als Beleidigung genutzt wurde. Relevant ist hingegen, dass die Verwendung des Begriffs B* als Beschimpfung bedeutet, dass rassistische, klassistische und sexistische Vorstellungen reproduziert werden.

Auch ohne Entfremdung durch Nazis ein reaktionäres Wort

Henning argumentiert weiterhin mit der kurzen und prägnanten Verwendbarkeit von ACA* – erkennt jedoch selbst das Risikopotential der Verkürzung. Das sehen wir ähnlich, aber radikaler: Die Verkürzung verschleiert die Auseinandersetzung mit dem B-Wort. Buvo-Hannah hat sich Zeit genommen, diese Verkürzung aufzulösen und gezeigt, warum das Wort den linken Wortschatz verlassen sollte. Henning geht sogar so weit, dass er sich fragt, ob es denn tatsächlich ein Problem darstellen würde, von den Nazis infiltrierte Symboliken und Worte nun wieder zurückzugewinnen. Das erinnert uns an innerfeministische Diskussionen um die Verwendung des Wortes „sl*“ im Kontext des „sl*walk“ (http://blog.derbraunemob.info/2012/09/22/was-das-problem-an-den-slutwalks-ist/). Seitenlang langweilt er uns mit Aufzählungen, was die bösen Nazis nicht schon alles für Begriffe und Symbole „zweckentfremdet“ haben, die wir uns doch nicht nehmen lassen sollen. Der Unterschied ist: Der Begriff B* braucht keine*n Nazi, die*der es entfremdet, es ist nämlich schon an sich, ganz ohne Eingreifen, ein reaktionäres Wort. Und nein, wir möchten nicht, dass sich rassistische/sexistische Wörter im (linken) Sprachgebrauch (re)etablieren.

Es geht hier auch um Definitionsmacht. Die Diskussion um ACA* und den Begriff B* weist hier auch deutliche Parallelen zur „Rassistische Sprache in Kinderbüchern“-

Debatte auf, in der weiße Leute rassistische Begriffe verteidigen, auf ihr „Recht“ pochen, diese zu verwenden und Kritik von Seiten der von Rassismus negativ Betroffenen mit dem Totschlagargument „Zensur“ abwehren. Auch bei dem Text von Henning fragen wir uns: Wer verteidigt hier welche Begriffe und warum? „Provokation“ – wie Henning sie im letzten Teil seines Textes einfordert – ist nicht hilfreich, sie verletzt, sie diskriminiert. Provokation geschieht auf dem Rücken der Betroffenen.

Kollektive Verantwortung, Bewusstsein für rassistische/ sexistische Sprache zu schaffen

Sprache ist auch Herrschaftsmittel. Rassistische, sexistische und klassistische Sprache wird von weißen bürgerlichen Männern konstruiert, um ihre Herrschaft zu festigen. Der Gebrauch rassistischer/sexistischer Sprache ist nie unschuldig (wie Henning es in seinem Beispiel vom kleinen Dorfpunk suggeriert), ebenso wie es keinen unschuldigen Rassismus/Sexismus gibt. Vielmehr gibt es die kollektive Verantwortung aller, ein Bewusstsein für rassistische/ sexistische Sprache zu schaffen und das auch bei der Roten Hilfe. Der ideale linke Wortschatz sollte sich auf eine andere Specher*innenposition berufen können als die von WHAM (white heterosexual able bodied man). Berechtigte Kritik am Begriff B* ist nur einer der Ansatzpunkte, diese Hegemonie angreifbar zu machen.

Die solidarische Diskussionskultur, die Henning am Ende seines Artikels einfordert, kann er selbst nicht erfüllen. Er ist durchaus solidarisch mit denjenigen, die dieses reaktionäre Wort in der Parole ACA* benutzen und dafür Repression abkriegen, deren märtyrerisches Leid er auch nicht müde wird hervorzuheben. Vollkommen unsolidarisch ist er hingegen gegenüber den Betroffenen von Rassismus, die seit Jahrzehnten versuchen, ein Bewusstsein für rassistischen Sprachgebrauch zu schaffen und von Weißen schlichtweg ignoriert werden (zum Beispiel Noah Sow, Grada Kilomba, Peggy Piesche, Audre Lorde, May Ayim, Frantz Fanon ...). Dies nennt sich auch „weiße Solidarität“ und ist Teil weißer Vorherrschaft. Und DAS ist nicht der Weg, den eine linke Solidaritätsbewegung gehen sollte. ❖

► **kartoffelbrei.blogsport.eu**

Anmerkung des Redaktionskollektivs

■ Mit dem im nebenstehenden Beitrag erwähnten Artikel von Buvo-Hannah und dem entsprechenden Antrag an die Bundesdelegiertenversammlung 2012 aus dem Buvo sollte eine notwendige Diskussion innerhalb und außerhalb der Roten Hilfe e. V. über den Gebrauch der Parole ACAB angestoßen werden. Zu einer Diskussion gehört die Äußerung unterschiedlicher Positionen. Deshalb werden wir auch weiterhin Beiträge dazu veröffentlichen, solange sie nicht beleidigend sind.

ROTE HILFE E.V. LITERATURVERTRIEB

Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon & Fax 0431/751 41
Öffnungszeiten:
Dienstag: 15.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 17.00 – 20.00 Uhr
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Postbank Hamburg BLZ 200 100 20
Konto 35 50 92 02

IBAN DE97200100200355092O2 BIC PBNKDEFF

Der vollständige Bestand des Literaturvertriebs ist online unter www.rote-hilfe.de/literaturvertrieb einsehbar

Die Rote Hilfe
Bundesweites Quartalsmagazin der Roten Hilfe e. V.; regelmäßige Berichterstattung über die Rote Hilfe, Prozesse und Ermittlungen sowie Entwicklungen im Polizei- und Justizapparat. Aktuelle Schwerpunktthemen.
60–70 S. DIN A4.
4,– Euro (für Mitglieder kostenlos)

INTERNATIONALES

Das Massaker am 19. Dezember 2000 in den türkischen Gefängnissen.
UPOTUDAK. Internationales Solidaritätskommitee mit den politischen Gefangenen.
Zweisprachig auf deutsch und türkisch.
ATIK – Konföderation der Arbeiter aus der Türkei und Europa (Hg.)
Brosch. 42 S.
Gegen Spende

Experimentierfeld Nordirland
Technologie politischer Unterdrückung.
Rote Hilfe. 1989.
Brosch. A4. 47 S.
1,– Euro (Sonderpreis)

Hau ab, Mensch!
Erfahrungen von Xosé Tarrio.
1997/2007.
Paperback. 402 S.
8,– Euro

How many more years ?
Haft in den USA. Biografie des politischen Gefangenen Ruchell „Cinque“ Magee.
Mark A. Thiel. 2000. Atlantik-Verlag.
Paperback. 252 S.
4,– Euro (Sonderpreis)

Indian War
Der Fall des indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier.
Martin Ludwig Hofmann. 2005. Atlantik-Verlag.
Paperback. 179 S.
13,– Euro

Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung
Beiträge für eine Menschenrechtschronik.
Eberhard Schulz. 1998. GNN-Verlag.
Paperback. 124 S.
1,– Euro (Sonderpreis)

Mumia Abu Jamal – Der Kampf gegen die Todesstrafe und für die Freiheit der politischen Gefangenen.
Bibliothek des Widerstandes, Bd.14.
Laika-Verlag 2011. Hardcover. 269 S. mit DVD: HINTER DIESEN MAUERN, J. Burjes, H. Kleffner. BRD 1996. 70 Min. / IN PRISON MY WHOLE LIFE, M. Evans, USA 2007. 90 Min. OmU. / JUSTICE ON TRIAL, K. Esmaeli, USA 2011. 25 Min.
24,90 Euro

BEWEGUNGEN UND REPRESSION

Freilassung für die politischen Gefangenen der RAF
Rote Hilfe e. V., 2000.
Brosch. A4. 67 S.
0,50 Euro (Sonderpreis)

NachrICHten aus dem Strafvollzug
Essays und Gedichte von Thomas Meyer-Falk.
J. Gotterwind (Hg.). 2010. Blaulicht-Verlag.
Paperback. 164 S.
9,90 Euro

Ohne Zweifel gegen den Angeklagten
Erklärungen vor Gericht.
Rainer Recke. 1997. Aktiv-Druck.
Paperback. 455 S.
16,36 Euro



Reden vor Gericht
Plädoyers in Text und Ton.
Heinrich Hannover. 2010. PapyRossa.
Einband. 276 S.
22,– Euro

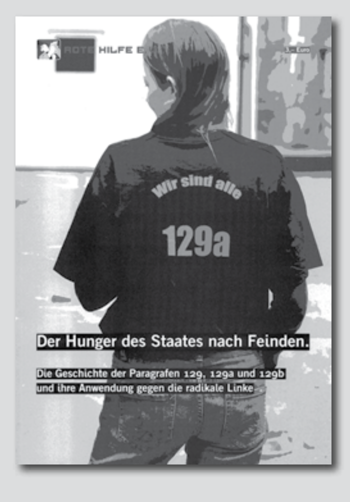
Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht
Dokumentation der Internationalen Untersuchungskommission von 1977. Pieter Bakker Schut u.a. (Hg.) 1995. Verlag Rote Säge.
Paperback. 298 S.
13,– Euro

Vom Armeeeinsatz bis Zensur
Ein ABC der Repression. G8-Gipfel 2007. Rote Hilfe. 2007. Brosch. A4. 75 S.
1,– Euro (Sonderpreis)



Stammheim
Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion. Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung.
Pieter Bakker Schut. 2007. Pahl-Rugenstein.
Paperback. 685 S.
19,95 Euro

BEWEGUNGEN UND § § 129/A/B



Der Hunger des Staates nach Feinden
Die Geschichte der Paragrafen 129, 129a u. 129b und ihre Anwendung gegen die radikale Linke.
Rote Hilfe. 2009.
Brosch. A4. 80 S.
3,– Euro

Entsichert. Der Polizeistaat lädt nach …
Zusammen kämpfen! Gegen die Sicherheit der Herrschenden!
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation & Rote Hilfe. Ca. 1998.
Brosch. 64 S.
2,– Euro (Sonderpreis)



Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen
Eine Nachbereitung zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg).
Bündnis für die Einstellung der 129(a)Verfahren. 2011.edition assemblage.
Paperback. 86 S.
4,80 Euro

Kein Schritt zurück
129a Verfahren gegen die Passauer AntifaschistInnen.
Rote Hilfe. 1999.
Brosch. A5. 39 S.
1,– Euro (Sonderpreis)

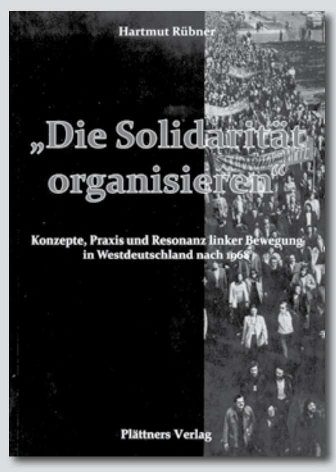
GESCHICHTE DER ROTEN HILFE

Der Barkenhoff, Kinderheim der Roten Hilfe 1923–1932
Die Kinderhilfe, der Barkenhoff, das Kinderheim in Egelsburg, Heinrich Vogeler und die Rote Hilfe.
192 Seiten mit zahlreichen z. T. ganzseitigen farbigen Abbildungen. Gesamte Restauflage des Verlages beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe.
Bresler, Grahn, Hoffmeister. 1991.
Hardcover im Vier-Farben-Druck.
16,– Euro

Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands
Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien von A wie Albert Aaron, Alex Heilbrun, Felix Halle, Hans Litten, Alfred Lewinsohn bis Arthur Wolff.
Schneider, Schwarz, Schwarz. 2002.
Pahl-Rugenstein für die Rote Hilfe.
Hardcover. 364 S.
16,– Euro

Gelebte Emanzipation
Frauen zwischen Küche, Mutterkreuz und „Roter Hilfe“.
Inge Helm. 2008. Karin Kramer Verlag. Paperback. 128 S.
14,80 Euro

Genossenschutz
Die Rote Hilfe in Westberlin 1969–71
Rote Hilfe e. V. & Hans-Litten-Archiv e. V.. 2011.
Brosch. A4. 56 S.
5,– Euro



Die Solidarität organisieren
Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968. Mit einem Geleitwort von Karl Heinz Roth.
Hartmut Rübner. 2012. Plättners Verlag. Paperback. 304 S.
16,80,– Euro

Zu Unrecht vergessen
Arbeit eines Rote-Hilfe Anwaltes in der Weimarer Republik: Felix Halle und die deutsche Justiz.
Josef Schwarz. 1997. GNN-Verlag. Paperback. 248 S.
13,– Euro



Vorwärts und nicht vergessen!
70/20 Jahre Rote Hilfe. Die Geschichte der Roten Hilfe von der Weimarer Republik bis zur Wiedergründung der Roten Hilfe 1975.
Rote Hilfe e. V.. 1996.
Brosch. A4. 61 S.
(Sonderpreis) 1,– Euro

SICHERHEITSTECHNOLOGIE

Bei lebendigem Leibe
Von Stammheim zu den F-Typ-Zellen.
Nowak, Sesen, Beckmann. 2001. Unrast-Verlag. Paperback. 174 S.
7,– Euro



Eurovisionen
Aspekte und Entwicklungen der europäischen Repressionsarchitekur
Redaktionskollektiv der Hamburger Ortsgruppe der Roten Hilfe e. V. (Hg.). 2013. Laika-Verlag., 140 S.
17,– Euro

Demonen
Zur Mythologie der Inneren Sicherheit.
Olaf Arndt. 2005. Nautilus-Verlag. Paperback. 156 S.
12,90 Euro



Menschenrechte in Zeiten des Terrors
Kollateralschäden an der „Heimatfront“.
Rolf Gössner. 2007. Konkret-Verlag. Paperback. 288 S.
17,– Euro

Der rote Faden
Grundsätze der Kriminalpraxis.
Horst Clages (Hg.). 2012. Kriminalistik Verlag, Paperback. 622 S.
24,90 Euro

TROIA
Technologien politischer Kontrolle.
Olaf Arndt. 2005. Belleville-Verlag. Paperback. 174 S.
14,80 Euro

ANTIREPRESSION



Was tun wenn‘s brennt?!
Auf Demonstrationen; bei Übergriffen; bei Festnahmen; auf der Wache. Rechtshilfetipps.
Rote Hilfe e. V.. 2011.
Brosch. 36 S. A6. Auch erhältlich auf Englisch, Türkisch, Französisch, Spanisch, Italienisch.
Gegen Erstattung der Versandkosten.

Wege durch die Wüste
Ein Antirepressionshandbuch für die politische Praxis.
AutorInnenkollektiv (Hg.) 2007. Unrast-Verlag. Paperback. 280 S.
9,80 Euro

Fliegendes Material der Roten Hilfe e. V.
Infoflyer zu den Themen Anquatschversuche, Aussageverweigerung, Hausdurchsuchung, DNA-Abgabe, „Warum die Parole A.C.A.B scheisse ist ...“, Selbstdarstellung der Roten Hilfe.
Gegen Erstattung der Versandkosten.

EXTRA-MATERIAL

Rote Hilfe-Aufnäher
vier verschiedene Motive; weißer Flock auf schwarzem Stoff „Solidarität. Rote Hilfe + Logo“; „Freiheit für alle politischen Gefangenen!!! Rote Hilfe + Logo“; „Solidarität ist eine Waffe. Rote Hilfe + Logo“; „Nicht Müsli und Quark, Solidarität macht stark!!! Rote Hilfe + Logo“
1,– Euro

Rote Hilfe-Feuerzeug „Was tun wenn‘s brennt?“
mit Rote Hilfe-Logo
1,– Euro

Rote Hilfe „... der Sampler“
Doppel-CD mit über 140 Min. Spieldauer und mehr als 35 Musiker_innen und Bands, die sich mit der Roten Hilfe solidarisieren. Der Erlös kommt zu 100% der Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe zugute.
15,– Euro

Rote Hilfe T-Shirt „Kettensäge“
Schwarz mit weißem Aufdruck
Größen: M, L sowie im Taillenschnitt (girly_er) M, L
13,– Euro

Rote Hilfe T-Shirt „Wir sind alle 129a“
Schwarz mit rotem Aufdruck: Vorderseite: Rote-Hilfe-Logo; Rückseite: „Wir sind alle 129a“
Größen: Nur noch im Taillenschnitt (girly_er) in M zu haben!!
10,– Euro (Sonderpreis)

Rote Hilfe T-Shirt „Solidarity“
Solidarity in silence. Solidarity needs to fight. Solidarity helps to win. Schwarz mit weißem Aufdruck (wahlweise hinten oder vorne), darunter klein: www.rote-hilfe.de
Größen: XL, XXL sowie im Taillenschnitt (girly_er) one size, S, L
10,– Euro

T-Shirt „Free Mumia!“
Schwarz, grün oder rot mit weißem Aufdruck, Größen: schwarz: S, M, L, XL, XXL; grün: M, L; rot: S, M, L
8,– Euro

T-Shirt „Free Mumia Now! Weg mit der Todesstrafe!“
Schwarz mit weißem Aufdruck
Größen: S, M, L, XL sowie im Taillenschnitt (girly_er) S, M
8,– Euro

Free Mumia Abu Jamal-Sampler
Musik von Roaring Jack, Die Goldenen Zitronen, Rotes Haus, Chumbawamba, Anti-Flag, AZIZA A, Selektah Koletktiboa und vielen mehr. Doppel-CD.
12,– Euro

Allgemeine Bezugsbedingungen
Lieferungen gegen Vorkasse, Briefmarken, Verrechnungscheck oder Überweisung auf das Konto des Literaturvertriebes (siehe oben auf dieser Seite). Versandkostenpauschale nicht vergessen! Aus der Überweisung müssen Name des/der Bestellenden und Titel der bestellten Ware ersichtlich sein. Das Material bleibt bis zur Bezahlung nach § 455 BGB Eigentum der Roten Hilfe e. V.

Weiterverkäufer_innen, Buch- und Infoläden
Für Broschüren der Roten Hilfe gibt es ab einer Mindesmenge 30% Mengenrabatt. Regelmäßige Bezieher_innen können bei Abnahme von mindestens drei Exemplaren remittieren. Dies gilt NICHT für Materialien die mit Sonderpreis gekennzeichnet sind.

Alle Lieferungen zuzüglich Versandpauschale: 500g = 1,50 Euro; 1 000 g = 2,50 Euro; 2000 g = 4,50 Euro; bis 10 kg = 7,00 Euro. Bei anderen Vorstellungen oder internationalem Versand bitte Rücksprache unter literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Adressen

BUNDESVORSTAND UND REDAKTION

Rote Hilfe e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
Telefon 0551 / 770 80 08
Dienstag und Donnerstag 15 – 20 Uhr, Fax 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
rhz@rote-hilfe.de

SPENDEN- UND BEITRAGSKONTO

Rote Hilfe e. V.
Postbank Dortmund
BLZ 440 100 46
Konto 19 11 00-462

ORTSGRUPPEN DER ROTEN HILFE E.V.

Aschaffenburg
c/o Infoladen Aschaffenburg
Ernsthofstr. 12
63739 Aschaffenburg
aschaffenburg@rote-hilfe.de

Augsburg
c/o Kulturladen in Selbstverwaltung „Die Ganze Bäckerei“
Reitmayrgäßchen 4
86152 Augsburg
augsburg@rote-hilfe.deaugsburg@rote-hilfe.de

Berlin
c/o Stadtteilladen Lunte
Weisestraße 53
12049 Berlin
Telefon 030 / 62 72 25 77
berlin@rote-hilfe.de
http://berlin.rote-hilfe.de

Bielefeld
c/o Hermann Taube
Goldbach 5
33615 Bielefeld
Telefon 0521 / 12 34 25
bielefeld@rote-hilfe.de

Bochum-Dortmund
c/o soziales Zentrum
Josephstraße 2
44791 Bochum
bochum-dortmund@rote-hilfe.de
http://bochum-dortmund.rote-hilfe.de

Bonn
c/o Buchladen le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn
bonn@rote-hilfe.de

Braunschweig
c/o Antifa-Café
Cyriaksring 55
38118 Braunschweig
Telefon 0531 / 8 38 28 (AB)
Fax 0531 / 280 99 20
braunschweig@rote-hilfe.de
Treffen: Jeden 3. Freitag im Monat ab 20:00 Uhr

Bremen
Postfach 11 04 47
28207 Bremen
bremen@rote-hilfe.de
http://bremen.rote-hilfe.de

Cottbus
Postfach 100601
03006 Cottbus
Paketanschrift: c/o Infoladen Wildost, Parzellenstraße 79, 03046 Cottbus
telefonisch zu erreichen dienstags 9–12 und donnerstags 18–21 Uhr unter 0162/3671914
cottbus@rote-hilfe.de
http://cottbus.rote-hilfe.de

Darmstadt Bunte Hilfe/ Rote Hilfe e.V.
c/o LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
Telefon & Fax 06151/3919791
darmstadt@rote-hilfe.de

Dresden
Rudolf-Leonhard-Straße 39
01097 Dresden
Telefon/Fax: 0351/8115111
dresden@rote-hilfe.de

Düsseldorf-Neuss
c/o Linkes Zentrum Hinterhof
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf
duesseldorf-neuss@rote-hilfe.de
http://rhduesseldorf.blogsport.de

Duisburg
c/o Jugend- und Kulturverein
Kaiser-Wilhelm-Straße 284
47169 Duisburg
duisburg@rote-hilfe.de

Erfurt
c/o Offene Arbeit Erfurt
Allerheiligenstr. 9 / Hinterhaus
99084 Erfurt
erfurt@rote-hilfe.de
http://erfurt.rote-hilfe.de

Frankfurt am Main
c/o café exzess
Leipziger Straße 91
60487 Frankfurt am Main
ffm@rote-hilfe.de
http://frankfurt.rote-hilfe.de

Gelsenkirchen
c/o Alfred-Zingler-Haus
Margaretenhof 10
45888 Gelsenkirchen
gelsenkirchen@rote-hilfe.de

Gießen
Postfach 10 08 01
35338 Gießen
Telefon 0160/4073351
giessen@rote-hilfe.de

Göttingen
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
Telefon 0551/7708001
Mobil 01577/7253534
Fax 0551/7708009
goettingen@rote-hilfe.de
http://goettingen.rote-hilfe.de
Treffen: Dienstags 18:15 Uhr im Rote-Hilfe-Haus, Lange-Geismar-Str. 3

Greifswald
Postfach 1228
17465 Greifswald
greifswald@rote-hilfe.de
http://greifswald.rote-hilfe.de

Halle
c/o Infoladen
Ludwigstraße 37
06110 Halle
Tel. 0345/17012-42 (Fax: -41)
Sprechzeit Dienstags 18–19 Uhr
halle@rote-hilfe.de
http://halle.rote-hilfe.de

Hamburg
Postfach 30 63 02
20329 Hamburg
hamburg@rote-hilfe.de
http://hamburg.rote-hilfe.de

Hannover
c/o UJZ Kornstraße
Kornstraße 28
30167 Hannover
hannover@rote-hilfe.de
http://hannover.rote-hilfe.de

Heidelberg
Postfach 10 31 62
69021 Heidelberg
heidelberg@rote-hilfe.de
http://heidelberg.rote-hilfe.de

Heilbronn
c/o Infoladen
Postfach 2204
74012 Heilbronn
heilbronn@rote-hilfe.de

Jena
c/o Infoladen Jena
Schillergäßchen 5
07745 Jena
Telefon 03641/449304
jena@rote-hilfe.de
http://jena.rote-hilfe.de

Karlsruhe
Werderstraße 28
76137 Karlsruhe
karlsruhe@rote-hilfe.de

Kassel
c/o Karoshi Kassel
Gießbergstraße 41–47
34127 Kassel
kassel@rote-hilfe.de

Kiel
Postfach 6444
24125 Kiel
Telefon & Fax 0431/75141
kiel@rote-hilfe.de

Köln
Salierring 37
50677 Köln
koeln@rote-hilfe.de

Königs Wusterhausen
c/o H. G. A.
Postfach 11 19
15701 Königs Wusterhausen
Telefon: 0177/7420920
kw@rote-hilfe.de
http://kw.rote-hilfe.de

Landshut
Wagnergasse 10
84034 Landshut
landshut@rote-hilfe.de

Leipzig
c/o linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
leipzig@rote-hilfe.de
Sprechzeit: jeden ersten Freitag im Monat: 17.30–18.30 Uhr linXXnet

Leverkusen
c/o Kulturausbesserungswerk
Kolbergerstraße 95a
51381 Leverkusen
leverkusen@rote-hilfe.de

Magdeburg
c/o Soziales Zentrum Magdeburg
Alexander-Puschkin-Straße 20
39108 Magdeburg
magdeburg@rote-hilfe.de
http://magdeburg.rote-hilfe.de

Mainz
c/o Kreativa
Kaiser-Wilhelm-Ring 80
55118 Mainz
mainz@rote-hilfe.de

Mönchengladbach
Postfach 201027
41210 Mönchengladbach
Telefon 0173 / 328 88 81
moenchengladbach@rote-hilfe.de, http://moenchengladbach.rote-hilfe.de

München
Schwanthalerstraße 139
80339 München
Telefon 089/4489638
muenchen@rote-hilfe.de
http://muenchen.rote-hilfe.de
Sprechzeit: Mittwochs 18–19 Uhr

Neuruppin
Postfach 11 55
16801 Neuruppin
Tel.: 01512 / 844 42 52
neuruppin@rote-hilfe.de
http://neuruppin.rote-hilfe.de

Nürnberg, Fürth, Erlangen
c/o Libresso
Postfach 810112
90246 Nürnberg
Telefon 0157 / 89 37 20 76
nuernberg@rote-hilfe.de
Sprechzeiten: jeden 2. und 4. Donnerstag, 19–20 Uhr im KOMM, Untere Seitenstr. 1

Oberhausen/Westliches Ruhrgebiet
c/o Ground Zero
Thiesbürgerweg 24
45144 Essen
oberhausen@rote-hilfe.de

Osnabrück
c/o Infoladen
Alte Münze 12
49074 Osnabrück
osnabrueck@rote-hilfe.de
http://osnabrueck.rote-hilfe.de

Potsdam
c/o Madia
Lindenstraße 47
14467 Potsdam
potsdam@rote-hilfe.de

Salzwedel
c/o Autonomes Zentrum
Altperverstr. 34
29410 Salzwedel
salzwedel@rote-hilfe.de

Strausberg
c/o doma e. V.
An der Stadtmauer 7
15344 Strausberg
strausberg@rote-hilfe.de

Stuttgart
Linkes Zentrum Lilo Herrmann
Böblingerstr. 105
70199 Stuttgart
stuttgart@rote-hilfe.de
http://stuttgart.rote-hilfe.de
Treffen: Jeden ersten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann

Südthüringen
c/o Infoladen Arnstadt
Plauesche Straße 20
99310 Arnstadt
sth@rote-hilfe.de

Wiesbaden
c/o Infoladen Linker Projekte
Werderstraße 8
65195 Wiesbaden
wiesbaden@rote-hilfe.de

Würzburg
c/o Die Linke KV Würzburg
Weissenburgstraße 3
97082 Würzburg
wuerzburg@rote-hilfe.de
http://wuerzburg.rote-hilfe.de

KONTAKTADRESSEN DER ROTEN HILFE E.V.

Chemnitz
c/o Rothaus
Lohstr. 2
09111 Chemnitz
chemnitz@rote-hilfe.de

Freiburg
c/o KTS
Baselerstraße 103
79100 Freiburg
Telefon 0761/4097251
freiburg@rote-hilfe.de

Hameln
c/o VVN/BdA
Postfach 101230
31762 Hameln

Rendsburg
c/o T-Stube
Postfach 506
24756 Rendsburg
Telefon 04331/29566

Rostock
Kröpeliner Straße 90
18055 Rostock
rostock@rote-hilfe.de

Saarland
c/o Verein für kommunikatives Wohnen und Leben
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken
saarland@rote-hilfe.de

Weimar
Jacobsstraße 22
99423 Weimar
weimar@rote-hilfe.de
http://rhweimar.blogsport.de
Sprechstunde jeden ersten Dienstag im Monat 17–19 Uhr in der Gerber1

Wismar
c/o Tikozigalpa
Dr.-Leber-Str. 38
23966 Wismar
wismar@rote-hilfe.de

Wuppertal
Postfach 130804
42035 Wuppertal
Wuppertal@rote-hilfe.de

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen!

BEITRITTSERKLÄRUNG UND EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Bitte senden an: Rote Hilfe e. V., Postfach 3255, 37022 Göttingen

☐ Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e. V.

☐ Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert

☐ Ich möchte den E-Mail-Newsletter der Roten Hilfe beziehen, der aktuell über Repression berichtet

E-Mail

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines rechts angegebenen Kontos durch Lastschrift durchzuführen. Innerhalb von 5 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Vorname/Name

Straße und Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Telefonnummer

Name und Sitz des Kreditinstituts

Kontonummer | Bankleitzahl

Datum | Unterschrift

Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von

☐ jährlich 90 Euro
anderer Betrag ______ Euro

☐ halbjährlich 45 Euro
anderer Betrag ______ Euro

☐ vierteljährlich 22,50 Euro
anderer Betrag ______ Euro

☐ monatlich 7,50 Euro
anderer Betrag ______ Euro

Ich zahle einen Solibeitrag von

☐ jährlich 120 Euro
anderer Betrag ______ Euro

☐ monatlich 10 Euro
anderer Betrag ______ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich. Der ermäßigte Mindesbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 3 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

Impressum

Die Rote Hilfe erscheint quartalsweise. Für die Ausgabe 3/2013 gilt:
Erscheinungstermin: Mitte September 2013
Redaktionsschluss: 12. Juli 2013

Herausgeber
Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

V.i.S.d.P.
H. Lange, PF 3255, 37022 Göttingen

Für die AZADÎ-Seiten
V.i.S.d.P. Monika Morres
(Anschrift siehe AZADÎ-Seiten)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die VerfasserInnen der namentlich nicht gezeichneten Artikel sind der Redaktion bekannt.

Die Rote Hilfe im Internet
www.rote-hilfe.de

Auflage
7650 Exemplare; Eigendruck auf chlorfrei gebleichtem Papier im Selbstverlag.

Preise
Einzelexemplar 4 Euro,
Abonnement: 20 Euro im Jahr.
Für Mitglieder der Roten Hilfe e. V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.
Eine Teilauflage enthält einen Mitgliederrundbrief.

Bildnachweise
Archiv Rote Hilfe

Alle Zuschriften und Anfragen
bitte schicken an:
Rote Hilfe Redaktion
Postfach 32 55, 37022 Göttingen,
Telefon 0174/477 96 10,
Fax 0551/770 80 09,
rhz@rote-hilfe.de.
Diese Adresse bitte nicht für Mailinglisten verwenden!

Artikel, Leserbriefe und Ähnliches wenn möglich als Mail, vor dem Schreiben längerer Sachen die Redaktion kontaktieren.

Unverlangt eingesandte Texte und Bilder werden nicht zwingend abgedruckt. Die Auswahl der zu veröffentlichenden Texte liegt im Rahmen der Satzung der Roten Hilfe e. V. im Ermessen der Redaktion.

Austauschanzeigen:
Austauschanzeigen linker Zeitschriften drucken wir nach Möglichkeit ab. Anzeigen in den Datei-Formaten jpeg, tif (jew. mind. 300dpi, Graustufen), bitmap (mind. 600dpi, sw), pdf (nach PDF/X-3 bzw. PDF/X-1a-Standard) oder Vektor-EPS an:
austauschanzeigen@rote-hilfe.de

Mitgliedsbeiträge und Spenden
bitte nur auf folgendes Konto überweisen:
Rote Hilfe e. V.
Kontonummer: 191 100 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund
IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62
BIC: PBNKDEFF

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen!

ÄNDERUNG DER BISHERIGEN ADRESSE/ BANKVERBINDUNG/ BEITRAGSHÖHE

Ich bin Mitglied der Roten Hilfe und ändere meinen Beitrag/meine Bankverbindung/meine Adresse

Bitte senden an: Rote Hilfe e. V., Postfach 3255, 37022 Göttingen

Meine **bisherige** Anschrift/Bankverbindung

Vorname/Name

Straße und Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Telefonnummer

Name und Sitz des Kreditinstituts

Kontonummer | Bankleitzahl

Datum | Unterschrift

Meine **neue** Anschrift/Bankverbindung

Vorname/Name

Straße und Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Telefonnummer

Name und Sitz des Kreditinstituts

Kontonummer | Bankleitzahl

Datum | Unterschrift

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

☐ jährlich 90 Euro
anderer Betrag ______ Euro

☐ halbjährlich 45 Euro
anderer Betrag ______ Euro

☐ vierteljährlich 22,50 Euro
anderer Betrag ______ Euro

☐ monatlich 7,50 Euro
anderer Betrag ______ Euro

Ich zahle einen Solibeitrag von

☐ jährlich 120 Euro
anderer Betrag ______ Euro

☐ monatlich 10 Euro
anderer Betrag ______ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich. Der ermäßigte Mindesbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 3 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

BUNDESVORSTAND UND REDAKTION

Rote Hilfe e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
Telefon 0551/770 80 08
di+do 15–20 Uhr
Fax 0551/770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de



Postvertriebstück

C 2778 F

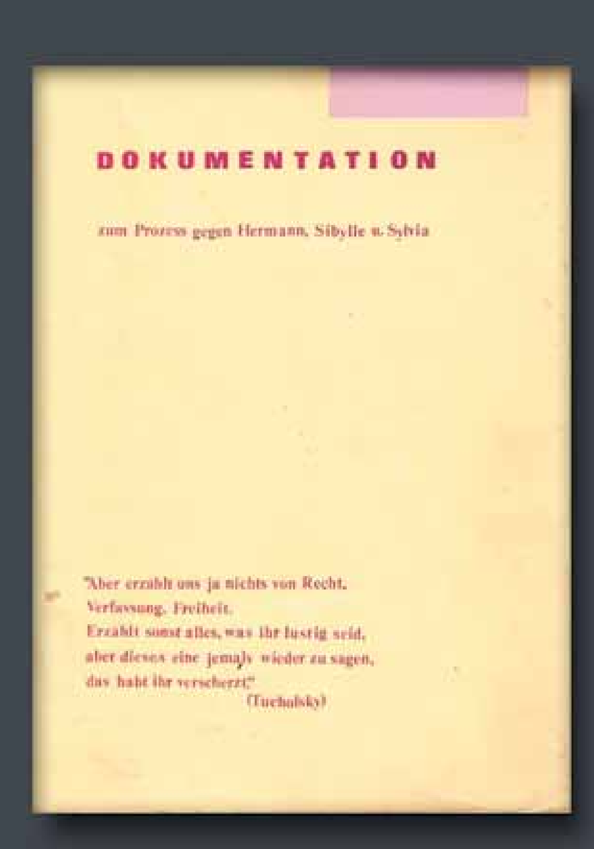
Gebühr bezahlt

http://beugehaft.blogsport.de

BEUGEHAFT



Getroffen hat es eine, gemeint sind wir alle!



DOKUMENTATION

zum Prozess gegen Hermann, Sibylle u. Sylvia

"Aber erzählt uns ja nichts von Recht,
Verfassung, Freiheit.
Erzählt sonst alles, was ihr lustig seid,
aber dieses eine jemals wieder zu sagen,
das habt ihr verscherzt."
(Tucholsky)

Dokumentation zum Prozess gegen Hermann, Sybille und Sylvia von 1980

www.verdammtlangquer.org
beugehaft.blogsport.de

Seit dem 9. April 2013 sitzt Sibylle S. in Beugehaft. Sie soll als Zeugin im Prozess gegen Sonja und Christian aussagen.
In diesem Prozess stützt sich die Staatsanwaltschaft auf Aussagen von Hermann F., die unter Folter gemacht wurden.
Dazu Sibylle: *„Mir wird jetzt in dem laufenden Prozess als Zeugin das Recht zu schweigen nicht zugestanden. Wenn ich das als juristischer Laie richtig verstanden habe, dann soll eine eventuelle Nichtverwertbarkeit von Hermanns Aussagen nur ein Verfahrensfehler des früheren Prozesses gewesen sein, der mit meiner heutigen Aussagepflicht nichts zu tun habe. Das verstehe ich nicht. Dieser mögliche Verfahrensfehler war der Dreh- und Angelpunkt des Urteils gegen mich. Und mehr noch: Es ging um eine schwere Menschenrechtsverletzung, die heute einen Gang zum Europäischen Gerichtshof nahelegen würde. Es war nicht meine Entscheidung und schon gar nicht die von Hermann, die Vorgänge von vor 34 Jahren wieder hervorzuholen. Aber wenn das Frankfurter Landgericht es jetzt so entschieden hat, dann muss auch und vor allem der Umgang von Polizei und Justiz mit Hermann im Jahre 1978 Gegenstand des gegenwärtigen Prozesses sein. […] Ich habe für mich entschieden, in diesem Prozess keine weiteren Aussagen zu machen.“*